

**Thema der Woche:**  
**Atomstreit vor Lösung**  
 Drei Meiler sollen befristet weiterlaufen

**EIN JAHR IM BUNDESTAG**  
 Drei Abgeordnete über die ersten zwölf Monate im Parlament

**EIN JAHR IM AMT**  
 Bundestagspräsidentin Bärbel Bas im Interview

**SEITE 9**

# Das Parlament

Berlin, 24. Oktober 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 43-45 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

»Oh dear, oh dear«

**Liz Truss** Vielleicht ahnte es König Charles III. bereits, als er die Premierministerin unlängst mit den Worten „Oh dear, oh dear“ zum wöchentlichen Gesprächstermin empfing. Nun verkündete Liz Truss nach nur 45 Tagen im Amt ihren Rücktritt. Nach ihren gescheiterten Steuerreformplänen für Wohlhabende und Unternehmen, dem damit verbundenen Kurseinbruch des Pfunds und Beinah-Kollaps der Pensionsfonds, der Entlassung von Finanzminister Kwasi Kwarteng und dem Rücktritt von Innenministerin Suella Braverman in der vergangenen Woche gab Truss angesichts des Vertrauensverlustes in der eigenen Partei auf. Um die Frage ihrer Nachfolge wird heftig gestritten. Selbst Amtsvorgänger Boris Johnson scheint ein Comeback als Premier anzustreben (siehe Seite 11).



**ZAHL DER WOCHE**

**22**  
 Tage konnte sich Arthur Wellesley, besser bekannt als Herzog von Wellington, 1834 im Amt des britischer Regierungschef halten. Der Grund war eine Finanzkrise. Von 1828 bis 1830 hatte der Sieger der Schlacht von Waterloo allerdings bereits eine erste Amtszeit mit 1.035 Tagen.

**ZITAT DER WOCHE**

»Wir stehen bereit, eine Regierung zu formen.«

**Keir Starmer** Der Vorsitzende der britischen Labour-Partei hat seine Bereitschaft zur Übernahme der Regierungsgeschäfte erklärt und fordert Neuwahlen.

**IN DIESER WOCHE**

**INNENPOLITIK**  
**Mehr Chancen** Koalition will das Aufenthaltsrecht reformieren **Seite 4**

**INNENPOLITIK**  
**300 Euro** Bundestag beschließt Energiepauschale für Rentner **Seite 5**

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**Mangelware** Union und AfD fordern Sicherung von Rohstoffen **Seite 7**

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Irak** Bundeswehreinsatz verlängert. Land vor schwieriger Regierungsbildung **Seite 11**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
 64546 Mörfelden-Walldorf

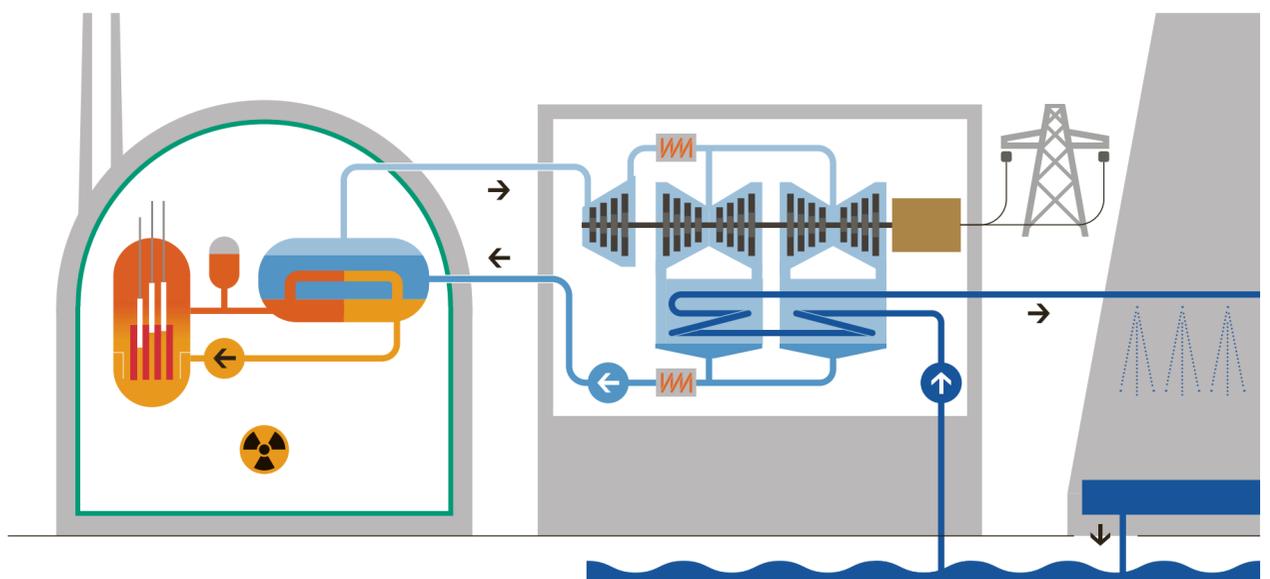


## Nach dem Machtwort

**ATOMSTREIT** Kanzler will alle Meiler bis April laufen lassen. Bundestag muss nun entscheiden

Nicht einmal fünf Minuten soll es gedauert haben, bis die 19. Atomgesetznovelle am vergangenen Mittwoch das Kabinett passiert hatte. Sie habe den Gesetzentwurf vorgestellt, berichtete die zuständige Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) anschließend den Journalisten. „Es gab keine Diskussionen.“ Die hatte es davor jedoch zur Genüge gegeben. Mehr noch: Die Frage, wie viele der drei noch aktiven deutschen Atomkraftwerke – Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland – angesichts von Energieknappheit und explodierenden Strompreisen wie lange noch am Netz bleiben sollen, hatte über Wochen zu zähem Zwist in der Ampelkoalition geführt und eine Atomgesetzänderung bisher blockiert. Für einen wie auch immer gearteten Weiterbetrieb der Meiler braucht es eine neue gesetzliche Grundlage. Nach der geltenden Rechtslage erlischt am 31. Dezember die Betriebslaubnis für alle Atomkraftwerke.

**Verhärtete Positionen** Doch selbst die Zeitnot schien die Kontrahenten nicht zur Raison zu bringen: Während die FDP mit Verweis auf die Ergebnisse des Netzstress-tests drängte, nicht auf die Brückentechnologie Atomkraft zu verzichten und alle drei Meiler noch bis 2024 in Betrieb zu lassen, zogen die Grünen ihrerseits rote Linien: Auf ihrem Parteitag am vorletzten Wochenende lehnten sie den Weiterbetrieb des AKW Emsland und eine Verlängerung der Laufzeiten über den Winter hinaus kategorisch ab. Für den Notfall sollten nur zwei Meiler in der Reserve gehalten werden. Die Beschaffung neuer Brennstäbe werde es nicht geben, so das Votum der Delegierten. Eine verfahrenere Situation, die erst ein an Umweltministerin Lemke, Wirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) gerichtetes Schreiben zu lösen vermochte: Nüchtern im Ton, unmissverständlich in der Botschaft, teilte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Streitparteien unter Verweis auf seine Richtlinienkompetenz mit, wie er in der Causa AKW-Verlängerung zu entscheiden gedenke: Alle drei Atomkraftwerke sollten im Leistungsbetrieb, nicht nur als Reserve, über den 31. Dezember hinaus am Netz bleiben. Doch spätestens am 15. April sei Schluss, so die Quintessenz der am vergangenen Montag veröffentlichten Kanzler-Note. Neue Brennstäbe würden nicht angeschafft. Das Schreiben traf den Berliner Politikbetrieb völlig unvorbereitet: Nicht nur der In-



Reaktor, Maschinenhaus, Kühlturm: Verglichen mit dem Streit um die Atomkraft wirkt der schematische Aufbau eines AKW geradezu einfach. Quelle: Quelle: Bundesumweltministerium, Greenpeace, Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften (BOKU Wien) Grafikquelle: dpa\*103844 (edifiziert) © picture-alliance/dpa-infografik GmbH

halt überraschte, sondern auch, dass Scholz seine Entscheidung mit der ihm gemäß der Geschäftsordnung der Regierung zustehenden Richtlinienkompetenz als Kanzler begründet hatte. Ein durchaus ungewöhnlicher Vorgang (mehr dazu auf Seite 3). Doch ob dies nun ein Ausweis von Stärke oder Schwäche ist, wie politische Kommentatoren anschließend lebhaft diskutierten, so hat das Machtwort des Kanzlers zumindest den koalitionsinternen Streit offenbar fürs Erste befriedet. Im Bundestag, der über die Atomgesetznovelle nun voraussichtlich in der zweiten Novemberwoche berät, wird ebenfalls mit einer Mehrheit gerechnet: Selbst die Grünen, denen der erzwungene Kompromiss deutlich heftiger aufstieß, werden wohl entsprechend der Empfehlung ihrer Fraktionsspitzen zustimmen. Ob es die Atomdebatte insgesamt beendet, ist jedoch fraglich. Experten warnen bereits, eine möglicherweise prekäre Gasversorgung im Winter

2023/24 könne den AKW-Einsatz länger erforderlich machen. Auch die Opposition scheint sich durch das Kanzler-Machtwort nicht bremsen lassen zu wollen. Eigentlich hatte das Parlament am Donnerstagmittag über einen Gesetzentwurf der Unionsfraktion für AKW-Laufzeiten bis mindestens Ende 2024 abschließend debattieren wollen. **Oppositionskritik** Als kein Regierungsentwurf vorlag und die Abstimmung über den der Union auf Antrag der Ampelfraktionen im federführenden Umweltausschusses verlagert wurde, entlud sich die Kritik der Opposition in einer beantragten Aktuelle Stunde: Es brauche es einen Wiedereinstieg in die Atomkraft, verlangte Steffen Kotré (AfD). Alle laufenden AKW müssten unbefristet am Netz bleiben und abgeschaltete Meiler wieder reaktiviert werden. „Alles, was ohne Erdgas Strom produzieren kann,

muss ans Netz“, forderte auch Jens Spahn (CDU). Die Ampel solle keine Zeit mehr verlieren und endlich Brennelemente bestellen. Die Entscheidung reiche nicht. Das Machtwort des Kanzlers sei vielleicht für die Koalition ein „großer Schritt“, für Deutschland aber nur ein „Mini-Schritt“ auf dem Weg aus der Energiekrise. Ein längeres Festhalten an der Atomkraft – für SPD, Grüne und Linke keine Option: Längere Laufzeiten bremsen den Ausbau erneuerbarer Energien aus, erklärte Nina Scheer (SPD). Verlässlich sei die Atomkraft auch nicht, betonte Bernhard Herrmann (Grüne) mit Blick auf Frankreich, wo gut die Hälfte der Reaktoren wegen Mängeln stillstehen. Das aber blende die AfD aus. Ralph Lenkert (Linke) zeigte sich genervt, überhaupt über den „Irrweg Atomkraft“ debattieren zu müssen. Diese sei gefährlich und teuer. Lieber wolle er stattdessen über die Nutzung von Überschussstrom und Netzentgelte reden, meinte er und fand sich dabei in seltener Allianz mit Lukas Köhler (FDP) wieder, der es auch als sinnvoller befand, über das „Stromsystem der Zukunft“ mit mehr Flexibilität in den Netzen und einem anderen „Stromdesign“ nachzudenken. **Sandra Schmid**

**EDITORIAL**  
**Ausweg ohne Zugeständnis**

VON CHRISTIAN ZENTNER  
 „Schreib mal wieder“ lautete einstmalig eine Kampagne der Post. Ein Brief des Bundeskanzlers dürfte es nun ins Haus der Geschichte schaffen. Olaf Scholz (SPD) schreibt seinen Ministern Robert Habeck (Grüne) und Christian Lindner (FDP), wie es in Sachen Atomenergie in Deutschland weitergeht. In Zeiten von Kurznachrichten und E-Mail ist ein Brief etwas Besonderes. Formuliert darin ein Bundeskanzler seine Richtlinienkompetenz, wird es historisch. Auf diese Idee kam zuletzt Konrad Adenauer. Scholz' Brief verfehlte jedenfalls seine Wirkung nicht: Plötzlich herrschte Einigkeit. Nach monatelangem Streit zwischen den beiden Empfängern scheint auf einen Schlag alles gut. Habeck und Lindner zeigten sich demonstrativ zufrieden mit dem, was sie da in den Händen hielten. Es ist ein Kompromiss ohne Zugeständnisse. Die Atomenergie bekommt in Deutschland eine Laufzeitverlängerung von dreieinhalb Monaten. Sie könne damit ihren Beitrag leisten, damit das Land so gut wie möglich durch den Winter kommt, zeigten sich die einen zufrieden. Es ändere sich nicht so viel, merkte die andere Seite an. Wieso konnte man sich hierauf nicht vorher einigen? So wichtig Parteien für unsere Demokratie sind, so sehr erschweren die Vielfalt ihrer Grundeinstellungen und Werte die Mehrheitsfindung. Die Pluralität ist Gewinn und Herausforderung für eine Demokratie. Was für den einen eine reine Sachfrage, ist für den anderen ein ideologisch aufgeladener Glaubenssatz. Das gilt für viele Themen, für die Zuwanderung, die Schuldenbremse oder eben die Frage der Atomenergie. Für den einen ist schon die Frage, ob von Atomkraft oder Kernenergie gesprochen wird, ein wichtiger Aspekt in der Diskussion. Für den anderen ist Strom schlicht Energie, von der derzeit jede Kilowattstunde benötigt wird. Unser Grundgesetz betont die Bedeutung der Parteien für die politische Willensbildung und stellt in diesen Tagen wieder einmal unter Beweis, wie vorausschauend es formuliert wurde. Einem verstaubt geglaubten Artikel kommt in einer pluraler gewordenen Demokratie plötzlich eine große Bedeutung zu: Die Richtlinienkompetenz als politischer Ausweg aus einer Krise. Ob dieser Ausweg tatsächlich trägt, entscheidet demnächst der Bundestag. Doch auch dort kennt das Grundgesetz Möglichkeiten, wenn alle Argumente für den Kompromiss alleine nicht überzeugen: die Vertrauensfrage.

**»Das Machtwort des Kanzlers ist für Deutschland nur ein Mini-Schritt.«**  
 Jens Spahn (CDU)

## Votum über Berliner Wahlwiederholung rückt näher

**WAHL 2021** Das Parlament soll im November über eine neuerliche Abstimmung in der Hauptstadt entscheiden

Mehr als ein Jahr nach der Bundestagswahl vom 26. September 2021 wird das Parlament voraussichtlich in seiner nächsten Sitzungswoche über eine mögliche Teilwiederholung der Stimmenabgabe in Berlin entscheiden. Wie Johannes Fechner (SPD), Mitglied des Wahlprüfungsausschusses, vergangenen Donnerstag ankündigte, soll das Gremium am 7. November eine Vorentscheidung treffen, die dann dem Bundestagsplenum zur Schlussabstimmung am 11. November vorgelegt wird. Das letzte Wort über den Umfang der Wahlwiederholung in der Hauptstadt dürfte aber das Bundesverfassungsgericht haben, bei dem gegen die Parlamentsentscheidung Beschwerde eingelegt werden kann und, wie allgemein erwartet, wohl auch wird. Das Wahlgesehen in Berlin, wo 2021 zugleich mit dem Bundestag auch das Landesparlament sowie die Bezirksvertretungen gewählt und zudem über einen Volksentscheid abgestimmt wurde, war von zahlreichen Pannen geprägt. In manchen Wahllokale fehlten Stimmzettel, in anderen gab es die falschen. Wahllokale wurden zeitweise geschlossen; teils mussten Wähler in langen Schlangen anstehen und warten,



26. September 2021: Berliner Wählerinnen und Wähler stehen in einer langen Warteschlange vor einem Wahllokal. © picture alliance / AA / Abdulhamid Hosbas

bis sie ihre Stimme abgeben konnten – mancherorts bis weit nach 18 Uhr. Im Ergebnis gab es mehr als 2.100 Einsprüche gegen die Wahl; darunter auch von Bundeswahlleiter Georg Thiel, der für eine Wiederholung in jedem zweiten Berliner Wahlkreis plädierte – das wären mithin etwa 1.200 Wahllokale. Unterstützung für diese Forderung kam aus der Unionsfraktion. Die Koalition fasste dagegen im Juli

eine Wiederholung in etwa 400 Wahllokale ins Auge. Anfang Oktober war dann von einer Wiederholung in rund 300 Berliner Wahllokalen die Rede. Am Mittwoch kündigten schließlich die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und -führer der Ampel-Fraktionen, Katja Mast (SPD), Irene Mihalic (Grüne) und Johannes Vogel (FDP) an, dass der Wahlprüfungsausschuss am folgenden Tag mit der Koalitionsmehr-

heit eine Wiederholung der Bundestagswahl in 431 Berliner Wahlbezirken beschließen werde. Der Zeitplan ließ sich indes nicht halten. Es sei sehr umfangreich, in die 200 Seiten starke Beschlussempfehlung die aktuellen Änderungswünsche einzuarbeiten, begründete Fechner am Donnerstag die Verschiebung auf November. Derweil warb Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) für einen möglichst breiten Konsens bei Fragen der Wahlprüfung. Konstruktiver Streit sei grundsätzlich wichtig für die Demokratie, doch wie bei allen Fragen des Wahlrechts wünsche sie sich auch hier einen solchen Konsens, sagte Bas dieser Zeitung. Die Wähler müssten darauf vertrauen können, dass Wahlen ordnungsgemäß ablaufen. Nur dann würden sie auch künftig zur Wahl gehen und sich aktiv an der Demokratie beteiligen (siehe Seite 9). **Helmut Stoltenberg**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

GASTKOMMENTARE

NEUE BRÜCKENTECHNOLOGIE?

Atom als Krücke

PRO



Ann-Kathrin Büscker, Deutschlandradio, Berlin

Das Wichtigste vorweg: Atomenergie ist nicht nachhaltig. Sie produziert strahlende Abfälle, die nachfolgende Generationen belasten und für die Deutschland weiterhin keine Lagerstätte hat. Sie ist eine Risiko-, keine Zukunftstechnologie. Und dennoch wäre es klug, unter den derzeitigen Voraussetzungen darüber zu diskutieren, ob Atomkraft nicht als Krücke dienen kann, um Deutschland zur Klimaneutralität zu bringen. Denn die Brücke dorthin durch billiges Erdgas ist mit Putins Angriffskrieg zusammengebrochen. Erdgaskraftwerke sollten der Puffer sein für die Zeiten, in denen Erneuerbare schwächeln. Dunkelflauten, wenn keine Sonne scheint und kein Wind weht. Doch angesichts der Gasmangellage ist dies keine Alternative mehr. Wasserstoff steht als Ersatz auch noch nicht ausreichend und bezahlbar zur Verfügung. Und CO2-intensiver Kohlestrom kann und darf in Zeiten der Klimakatastrophe keine Lösung sein. Es braucht daher eine kurzfristig verfügbare Alternative und die könnte in Atomstrom bestehen. Hierfür müsste die Energiewende modifiziert werden, denn Atomkraftwerken mangelt es an Flexibilität, sie können nicht wie Gaskraftwerke einfach zugeschaltet werden. Hier wird also klug zu überlegen sein, wo und wie die AKW einen Beitrag leisten könnten. Der Stresstest der Netzbetreiber liefert dafür Indizien: in Süddeutschland. Wo der Ausbau des Stromnetzes seit Jahren hinterher hinkt. Wo mit Leipzig im nächsten Jahr ein neues Gaskraftwerk ans Netz gehen soll. Sehr schlechtes Timing. Weil die Energiewende in den letzten Jahren politisch verpennt wurde, gerät sie jetzt in Gefahr. Ihr Ziel aber, eine CO2-freie Energieversorgung, muss gehalten werden, zur Not kurzfristig über die Krücke Atom.

Brücke ins Nichts

CONTRA



Michael Bauchmüller, »Süddeutsche Zeitung«, München

Atomkraft als „Brückentechnologie“ – mit diesem Trostpflaster behalf sich schon die schwarz-gelbe Bundesregierung, ziemlich genau zwölf Jahre ist es her. Damals wollte sie so eine Laufzeitverlängerung rechtfertigen: als Brücke „in das Zeitalter erneuerbarer Energien“. Doch diese Brücke trägt nicht, damals so wenig wie heute. Sie ist alles andere als sicher – und sie sorgt in Wahrheit dafür, dass der Ort, den sie erreichen soll, in immer weitere Ferne rückt. Sie überbrückt nicht, sie spaltet. Das hat verschiedene Gründe, einer ist das Stromsystem selbst. Atomkraft und erneuerbare Energien folgen grundverschiedenen Konzepten. Die eine basiert auf zentralen Großkraftwerken, die andere auf vielen dezentral verteilten Anlagen. Atomenergie erzeugt wenig flexibel stets ähnliche Mengen Strom, während Wind und Sonne mal mehr, mal weniger Energie abwerfen. Die Erneuerbaren verlangen Speicher und eine flexible Ergänzung, die Atomkraftwerke nicht bieten können. Schon deshalb funktioniert diese Brücke nicht. Im Gegenteil: Wer Atomkraft als Brücke will, weckt Zweifel am deutschen Kurs in der Energiepolitik. Auf diejenigen, die in die Energiewende investieren sollen, wirkt das als zuverlässiges Gift. Deswegen ist es gut, wenn dieses Kapitel in Deutschland nun Mitte April verlässlich endet. Es macht den Weg frei für eine zukunftsfestere Versorgung. Denn nachfolgende Generationen werden mit einem intelligenten, aus Sonne und Wind gespeisten Stromsystem allemal mehr anfangen können als mit einem, das neben Strom auch Atomkraft produziert, und das mit zunehmenden Alter gewiss nicht ungefährlicher wird. Die Brücke Atomkraft ist eine Brücke ins Nichts.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Wiener, mit einem Machtwort hat der Kanzler den Streit innerhalb der Ampel über die AKW-Laufzeiten beendet. Wie bewerten Sie diese Entscheidung?

Drei Kernkraftwerke im Streckbetrieb bis maximal zum 15. April 2023 laufen zu lassen, ist deutlich zu kurz gesprungen. Wir haben eine extreme Energiemangellage und brauchen eine Lösung – nicht nur für die nächsten drei Monate. Die Energiekrise wird uns länger begleiten. Dieser Kompromiss reicht nicht.

Die FDP wollte die drei AKWs bis 2024 laufen lassen. Die Grünen wollten höchstens zwei der Kraftwerke als Reserve bereithalten. Wer hat durch die Kanzlerentscheidung gewonnen?

Verloren haben in jedem Fall die deutsche Wirtschaft und ihre Unternehmen. Aber auch die Privathaushalte, die weiterhin mit höheren Preisen leben müssen. Drei plus drei wäre die richtige Antwort gewesen. Die drei noch aktiven Kernkraftwerke sowie die drei Ende 2021 vom Netz gegangenen AKW hätten acht Gigawatt Leistung bei einem Tagesbedarf von 80 Gigawatt gebracht. Damit wären wir schon mal ein gutes Stück weitergekommen.

Warum fordert die Union eine Laufzeitverlängerung bis 2024?

Die Energiekrise ist am 15. April 2023 nicht vorbei. Wir werden im nächsten Winter eine noch schwierigere Situation haben als in diesem. 2022 konnten die Gasspeicher noch teils mit russischem Gas gefüllt werden. Zudem ist China wegen seiner Covid-Maßnahmen als großer Gasnachfrager ausgefallen. Das wird 2023 nicht der Fall sein. Wir haben in diesem Jahr so viel Gas verstromt wie schon lange nicht mehr. Daher reicht das, was die Ampel vorhat, nicht aus.

Wirtschaftsminister Habeck geht davon aus, dass die Energieversorgung im Winter 2023/2024 dank neuer LNG-Terminals, dem Netzausbau und dem Aufwuchs bei den erneuerbaren Energien auch ohne Kernkraft sicher ist.

Das kann er ja so sehen. Aber beim IWF und auch bei der Internationalen Energieagentur verweist man auf ein Energieproblem Deutschlands, das im nächsten Winter noch größer wird. Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise bis mindestens Mitte 2024 anhalten wird, und plädiert für einen Weiterbetrieb der Atomkraftwerke. Wir müssen außerdem die Dimensionen im Blick behalten. Russland hat uns 310 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr geliefert. Die Floating-Terminals haben eine Kapazität von fünf Milliarden Kubikmetern. Wenn es gut läuft, werden wir im Winter zwei davon an den Start bringen – im Sommer drei weitere. Das sind dann 25 Milliarden Kubikmeter. Das ist gut, reicht aber für unseren Energiebedarf bei weitem nicht, selbst wenn wir bei der Energieeffizienz noch deutlich besser werden. Außerdem gehen derzeit die Genehmigungszahlen für Windkrafttrader sogar zurück. Einen Turbo beim Ausbau der Erneuerbaren kann ich da nicht erkennen.

Einer Laufzeitverlängerung stehen aber Sicherheitsbedenken entgegen. Ignorieren Sie die?

Keineswegs. Es wird ja immer auf die im Zehnjahres-Turnus stattfindenden Periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) verwiesen. Die fanden letztmals 2009 statt. 2019 wurde darauf verzichtet, mit Verweis auf die Außerbetriebnahme Ende 2022. Bei der PSÜ geht es aber eher um eine Dokumentation, was denn gerade Stand der Technik ist. Für das operative Geschäft spielt die PSÜ keine Rolle. Die AKW werden nicht nur alle zehn Jahre einmal son-

»Das reicht nicht«

KLAUS WIENER Der Unionsabgeordnete hält den Ampel-Kompromiss zu den AKW-Laufzeiten für zu kurz gesprungen



© Dr. Klaus Wiener/Justus Kersting

dem selbstverständlich fortlaufend überwacht und sind auf eine 40-jährige Betriebsdauer ausgelegt.

Grüne und SPD befürchten, dass längere Laufzeiten den Ausbau der erneuerbaren Energien ausbremsen. Sehen Sie das auch so?

Nein. Sechs Atomkraftwerke können den Energiebedarf sicherlich nicht decken. Die Investitionsanreize in die Erneuerbaren sind unverändert hoch. In dem Bereich werden die höchsten Gewinne erzielt.

Die Atomkraftwerke können über das Frühjahr 2023 hinaus nur laufen, wenn neue Brennstäbe angeschafft werden. Das ist aber mit den Grünen nicht zu machen. Außerdem braucht es dafür einen Vorlauf von bis zu zwölf Monaten.

Das geht auch schneller. Davon bin ich überzeugt, weil wir entsprechende Signale von den Herstellern bekommen haben. Dennoch sollte bald gehandelt werden.

Neue Brennstäbe würden dann für drei oder vier Jahre den Betrieb ermöglichen.

chen. Ist es das, was die Union eigentlich will: Die Laufzeiten weit über 2024 verlängern?

Wir wollen eine Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 plus Evaluierungsklausel, um zu sehen, ob wir dann bereits so weit sind, komplett auf Atomkraft verzichten zu können. Glauben Sie mir: Ich bin kein Riesenfan der Kernkraft. Ich sehe die Risiken und auch das Problem mit der Endlagerung. Genauso sehe ich aber auch die Risiken von Energieknappheit und hohen Preisen für unsere Wirtschaft und die Risiken der Kohleverstromung für das Klima. Wir sind in einer wirklich schwierigen Lage, weil wir in der größten Energiekrise aller Zeiten stecken. In dieser Krise brauchen wir eine pragmatische Politik im Interesse unseres Landes – seiner Bürger und seiner Unternehmen. Das kann ich nicht überall erkennen. Noch immer dominieren bei einigen Parteien ideologische Überlegungen.

Langfristig auf erneuerbare Energien zu setzen ist also aus Ihrer Sicht falsch?

Nein, überhaupt nicht. Bei einer Gesamtstrategie für die kommenden Jahre spielen die erneuerbaren Energien eine ganz große Rolle. Davon bin ich fest überzeugt, so handle ich auch privat. Aber in der jetzigen Situation nur auf ein Pferd zu setzen, wäre falsch. Der Ausbau der Erneuerbaren kann funktionieren, und ich hoffe sehr, dass es funktioniert. Genauso ist aber auch möglich, dass wir hinter den ambitionierten Zielen zurückbleiben. Als Industriestandort können wir uns das nicht erlauben und müssen deshalb alle Optionen offenhalten und uns neuen Entwicklungen nicht verschließen. Auch was die Atomkraft angeht. Wenn es in Zukunft bei Atomreaktoren tatsächlich Fortschritte in Sachen Sicherheit und Dauer der Lagerung von Atomtüll gibt, wären wir schlecht beraten, uns an dieser Entwicklung nicht zu beteiligen.

Und wie sieht es mit Fracking in Deutschland aus?

Auch hier plädiere ich für Pragmatismus. Es gibt eine Expertenkommission, die zu dem Schluss gekommen ist, das Fracking auch mit Blick auf die Umweltrisiken vertretbar ist. Die Fracking-Verfahren sind so weiterentwickelt, dass es für die Umwelt, insbesondere für das Grundwasser, kein Problem mehr darstellt. Es ist nicht vermittelbar, wenn wir auf der einen Seite Fracking-Gas aus den USA und Atomstrom aus Frankreich kaufen und zugleich sagen: In Deutschland gibt's das aber nicht. Diese Verweigerungshaltung wird auch im Ausland inzwischen sehr kritisch gesehen.

Herr Wiener, als Chefvolkswirt haben Sie viele Jahre lang große Unternehmen beraten. Welche wirtschaftlichen Folgen hat die aktuelle Krise?

Sie wird uns kurzfristig, aber auch langfristig Wachstum kosten. Die Unternehmen schauen zudem schon genau, wie es künftig um die Energiesicherheit und die Preise in Deutschland, aber auch ganz Europa bestellt ist. International aufgestellte Unternehmen prüfen Verlagerungsentscheidungen – beispielsweise in die USA, wo die Energiepreise deutlich günstiger sind. Ein wesentliches Rückgrat unserer Wirtschaft sind aber die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die ihre Produktion nicht so einfach verlagern können und die unter den Preisen und der Unsicherheit am stärksten leiden. Ich befürchte, dass schlussendlich der Mittelstand für die falsche Politik der Ampelkoalition die Zeche zahlen muss.

Das Gespräch führte Götz Hausding. ||

Klaus Wiener (CDU) sitzt seit 2021 im Bundestag und gehört dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Energiefachmann: Ralph Lenkert

Für einen Moment hat Ralph Lenkert seine Mitarbeiter verunsichert, ist er doch sonst immer vor ihnen im Büro. Doch heute kommt er mit einem „akademischen Viertel“ um kurz nach neun in der Früh, saß gestern noch nach einem Abendtermin bis in die Nacht an einer Rede im Bundestag – zum Brennstoffemissionshandlungsgesetz, die wird er um 19 Uhr halten. Es wird ein langer Tag werden, mit einer namentlichen Abstimmung wieder bis in die Nacht hinein. Dazwischen wird es nicht langweilig. Nachdem Lenkert, 55, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion, kurz das Gesetz abgekanzelt hat („Lenkt die Verantwortung für die Reduzierung von Kunststoff von den Herstellern um zu den Verbrauchern“) schützt er den Kopf angesichts der Debatte über den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken (AKW) im Land. „Diese ganze Diskussion ist ein falscher Weg, das löst nichts“, sagte er. Dass nach dem „Basta“ des Kanzlers drei AKW noch bis April kommenden Jahres weiterlaufen sollen, hält er für einen falschen Kompromiss, die Forderung nach neuen Brennelementen für das Ergebnis einer Ausblendung. „Warum sollen wir die Abhängigkeit von russischem Gas durch eine von russischem Uran ersetzen?“, fragt er. Langfristig könne das nur aus Russland kommen. Unterhält sich ein Laie mit Lenkert über Energiefragen, wartet der mit Details auf, die Otto Normalverbraucher so nicht kennt. „Wir brauchen AKW immer dann, wenn wir viel Wind und Verbrauch haben“, erläutert er. „Bei viel Wind aber ist Windstrom am billigsten.“ Dann dürften Kraftwerke im Süden auf Basis von Gas oder

Kohle nicht laufen, „und dann haben wir angeblich nicht genügend Reservekraftwerke? Das ist nicht technisch bedingt, sondern eine schwachsinnige Marktregelung.“ Lenkert nimmt einen mit in eine Welt, in der Frankreich uns mit Gas beliefert, um wegen der unzureichend laufenden eigenen Atomkraft von Deutschland mit Strom aus Gas versorgt zu werden. In eine Welt, in der Hamburg nicht direkt mit den Stromtrassen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins verbunden ist, we-



»Warum sollen wir die Abhängigkeit von russischem Gas durch eine von russischem Uran ersetzen?«

gen verschiedenen Regelzonen im Übertragungsnetz. Zu all diesen Fragen kam Lenkert, weil es 2009 in der Fraktion einen Experten brauchte, und der Maschinenbautechniker verstand zumindest, wie solche Dinge funktionieren. Dabei war es die Familienpolitik, die ihn damals in den Bundestag brachte. In den Nullerjahren wurde er einmal an einem Elternabend der Schule zu laut, es ging um die Pläne der thüringischen Landesre-

gierung, die Schulhorte zu reduzieren. Für den jungen Vater und Berufspendler ein rotes Ruch. Die Eltern der Schule wählten ihn in ein landesweites Hortbündnis, er wurde Mitinitiator und Sprecher eines Volksbegehrens dazu, das Erfolg hatte und ihn bekannt machte. 2009 stellte ihn die Linke parteilos im Wahlkreis Gera – Jena – Salle-Holzland-Kreis auf, den er direkt gewann. Lenkert wurde Parteimitglied und zog in den weiteren Legislaturen über die Landesliste ein. Im Bundestag ist er ein Vielredner seiner Fraktion, Mitglied und Obmann im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, ferner Mitglied im Umweltausschuss sowie Berichterstat-ter für Technikfolgenabschätzung.

Alles ein bisschen viel. Im September kündigte Lenkert an, als energiepolitischer Sprecher zurückzutreten. „Ich schaffe es nicht mehr, meinen Ansprüchen gerecht zu werden“, sagt er. Der Ukrainekrieg und die Energiekrise hätten die Arbeitsbelastung verdoppelt, „ich hatte mehrfach die Fraktion erfolglos um Unterstützung gebeten, um die Entlastung von Arbeiten oder Zugriff auf Kapazitäten“. Doch die bewegte sich schließlich, Lenkert bleibt Sprecher. Zwischenzeitlich war Unruhe aufgekommen: „Es knallt in der Linksfraktion“, hatte „ND.Der Tag“ vormals „Neues Deutschland“ getitelt. Sahara Wagenknecht hatte der Bundesregierung vorgeworfen, einen Wirtschaftskrieg gegen Russland vom Zaun gebrochen zu haben – eine Umkehrung von Tatsachen. „Wenn Sahara über Energie redet, ist es wie ein Gespräch über ein Buch, das man nicht gelesen hat“, schmunzelt Lenkert. Aber die Fraktion bleibt ja nun beim Fachlichen. Jan Rübel ||

DasParlament logo and contact information including address, phone, and website details.



Eigentlich sollten die letzten drei Atomkraftwerke zum Jahresende abgeschaltet werden und der Atomausstieg damit vollzogen sein. Doch nun geht, wie hier im AKW Isar 2, der Betrieb erst einmal weiter.

© picture-alliance/SZ Photo/Sebastian Beck

# Verlängerung kurz vor Schluss

**ATOMKRAFT** Die letzten drei deutschen Meiler sollen bis Mitte April weiterlaufen. Der Nutzen bleibt umstritten

**D**er Countdown für die Abschaltung der letzten drei deutschen Atomkraftwerke lief. Seit dem 2011 beschlossenen Atomausstieg war ihr Ende bereits besiegelt. Am 31. Dezember 2022 erlischt gemäß dem Atomgesetz ihre Betriebslaubnis. Doch der Ukrainekrieg und die darauf folgende Energiekrise haben die Situation gründlich verändert und eine neue Debatte über die Atomkraft ausgelöst. Sollen die Meiler angesichts drohender Gasknappheit und damit auch massiv steigender Strompreise tatsächlich fristgerecht vom Netz gehen oder weiterlaufen? Über diese Frage hatten sich zuletzt nicht nur Regierung und Opposition gestritten, sondern auch die Ampelkoalitionäre untereinander.

**Atomgesetznovelle** Mit seinem Machtwort hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nun rund drei Monate vor dem geplanten Abschalten der Atomkraftwerke jedoch klargestellt: Alle drei AKW sollen bis zum 15. April 2023 weiterlaufen. Laut der nun im Kabinett vereinbarten 19. Atomgesetzänderung kann neben den beiden süddeutschen Atomkraftwerken Isar 2 und Neckarwestheim 2 auch das bis zuletzt umstrittene niedersächsische AKW Emsland weiterbetrieben werden.

Doch so klar die Ansage des Kanzlers, so ungewiss scheint zu sein, welche Wirkung diese Entscheidung tatsächlich auf den

Energiemarkt haben wird. Experten beurteilen dies weiterhin unterschiedlich. Gerade auch die Frage, welchen Mehrwert das AKW Emsland für die Energieversorgung hat, ist umstritten. Alle drei AKW tragen aktuell etwa sechs Prozent zur gesamten Stromerzeugung in Deutschland bei.

**Streckbetrieb** Anders als ursprünglich von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgeschlagen, sollen die Meiler nun nicht nur für den Notfall in Reserve vorgehalten werden, sondern im Leistungsbetrieb weiterlaufen. Damit folgt die Bundesregierung den Übertragungsnetzbetreibern, die in ihrem zweiten „Stresstest“ empfohlen hatten, alle Kapazitäten zu nutzen.

Da gemäß der geplanten Atomgesetzänderung allerdings kein neuer Brennstoff beschafft werden darf, arbeiten die AKW mit den vorhandenen Brennstäben im gestreckten Betrieb weiter. So lässt sich zwar noch Strom erzeugen, aber weniger als regulär. Ausgegangen wird hier von 75 Prozent der Kapazität, was etwa vier Prozent der gesamten deutschen Stromproduktion entspricht.

In ihrer Analyse des Stresstests hatten die Netzbetreiber die gemeinsame Leistung der

AKW bis Mitte April mit circa fünf Terawattstunden beziffert.

**Reparaturen** Ob diese Leistung in den kommenden Monaten in diesem Umfang zur Verfügung steht, bleibt abzuwarten. Das AKW Isar 2 muss zunächst zur Wartung von Druckhalterventilen für ungefähr eine Woche stillgelegt werden. Im September war eine Ventil-Leckage bekannt geworden.

**Die Wirkung des befristeten Weiterbetriebs aller AKW auf den Energiemarkt ist ungewiss.**

Auch beim AKW Emsland steht laut Ankündigung der Grünen-Fraktionschefin im niedersächsischen Landtag, Julia Willie Hamburg, als erstes eine zwei bis dreiwöchige Sicherheitsprüfung an, um den Bedarf von Nachrüstungen zu klären. Anfang 2023 muss das AKW, so wie auch der Meiler in Neckarwestheim 2, zudem für zwei Wochen heruntergefahren werden, um den Reaktorkern neu zu konfigurieren. Dabei werden die Brennstäbe im Reaktorkern so umsortiert, dass die stärksten in die Mitte kommen, die schwächsten an den Rand. Ursprünglich wollte Wirtschaftsminister Habeck das AKW Emsland gar nicht weiterbetreiben, weil der Norden immer wieder mit Stromüberschüssen aus der Windkraft zu kämpfen hat. Um Überlastungen der Stromnetze zu vermeiden, müssen die

Netzbetreiber dann Anlagen abschalten und die Produktion damit künstlich drosseln. Strommangel herrsche hier nicht, die Leistung des AKW Emsland werde daher nicht dringend gebraucht, meinen auch Experten.

**Brennstoff** Wirtschaftsverbänden wiederum geht die Entscheidung für den AKW-Weiterbetrieb bis April nicht weit genug. Auch die Union (siehe Interview, Seite 2) dringt auf eine Verlängerung der Laufzeiten bis mindestens Ende 2024. Die Gasmanngelage könne im nächsten Winter noch ernster und die Weiternutzung der AKW daher erforderlich sein, so das Argument. Darauf müsse man vorbereitet sein – unter anderem durch die frühzeitige Bestellung von frischen Brennelementen. Tatsächlich lassen sich diese nur mit Vorlauf bestellen: Laut der Aussage der AKW-Betreiber dauert die Lieferung der für jedes AKW speziell angefertigten Elemente bis zu zwölf Monaten. Laut Herstellern wie Framatome oder Westinghouse ließe sich diese Zeit jedoch verkürzen. Der Branchenverband Kerntechnik Deutschland gab auf Anfrage der „Wirtschaftswoche“ zuletzt die Lieferfrist „bei bereits getätigten Vorleistungen“ mit „sechs oder sieben Monaten“ an.

**Strompreise** Noch offen ist auch, wie sich der Streckbetrieb tatsächlich auf die Strompreise auswirken wird. Ein zusätzliches Angebot könne die Preise senken, so die Mei-

nung vieler Experten. Das Münchner Ifo-Institut etwa rechnet mit bis zu neun Prozent niedrigeren Preisen durch den Streckbetrieb der drei AKW bis Mitte April. Laut der Studie eines Forscherteams rund um die Wirtschaftsweisse Monika Grimm ist sogar eine Senkung der Strompreise um bis zu 13 Prozent möglich, vorausgesetzt jedoch die Meiler laufen bis 2024. Andere Energie-Experten, wie etwa die des Öko-Instituts, sind skeptischer. Die Preisreduktion werde sich in Grenzen halten, prognostizieren sie. Bleibe die Nachfrage hoch, werde das relativ kleine zusätzliche Stromangebot aus den AKW kaum etwas nützen. Grund sei das Strommarkt-System nach der „merit order“. Danach orientiert

sich der Strompreis immer für alle Kraftwerke an dem Preis für die Brennstoffe des teuersten Kraftwerks, das noch nötig ist, um die Nachfrage zu befriedigen.

**Sicherheitsprüfungen** Viel diskutiert wurde auch über die Sicherheit der inzwischen 34 Jahre alten Meiler: Denn die letzte „periodische Sicherheitsüberprüfung“ fand 2009 statt. 2019 hätte sie erneut erfolgen müssen, doch aufgrund des nahenden Ausstiegsstermins wurde darauf verzichtet. Auch ein Grund offenbar, den Weiterbetrieb nur auf dreieinhalb Monate zu befristeten: Bei längeren Laufzeiten wären die Sicherheitüberprüfungen nicht mehr aufzuschieben gewesen. Sandra Schmid

## STICHWORT

### 19. Novelle des Atomgesetzes

**> Fristverlängerung** Mit der Gesetzesänderung sollen die atomrechtlichen Voraussetzungen für den befristeten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 bis zum 15. April 2023 geschaffen werden.

**> Streckbetrieb** Die Atomkraftwerke sollen im Streckbetrieb weiterlaufen. Sie werden nicht in Reserve vorgehalten, sondern produzieren weiterhin Strom. Weil sie aber nur mit den vorhandenen Brennstäben arbeiten dürfen, wird die Strommenge geringer sein. Gerechnet wird mit 75 Prozent der Kapazität.



© picture-alliance / S. Beck

## Die stolze Atomnation Frankreich hat Probleme

**ENERGIEKRISE** Deutschlands Nachbar braucht kaum russisches Gas. Warum Paris dennoch den Winter fürchtet

In Deutschland soll der um wenige Monate verlängerte Betrieb von drei Atomkraftwerken Teil der Lösung im Umgang mit der Energiekrise sein. In Frankreich ist der Ausfall von zeitweise mehr als jedem zweiten der insgesamt 56 AKW des Landes ein Teil des Energie-Versorgungsproblems. Deutschland hat in der Vergangenheit, als Brückentechnologie auf dem Weg in eine CO2-freie Zukunft mit erneuerbaren Energien, vor allem auf Gas gesetzt – und sich dabei in starke Abhängigkeit von russischen Importen begeben. Nicht zuletzt, um das zu vermeiden, hat Frankreich seit Jahren auf möglichst weitgehend selbst produzierten Atomstrom gesetzt. Dennoch leiden beide unter den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, den westlichen Sanktionen und Moskaus Reaktion darauf: Energieknappheit und enorme Preissteigerungen für Strom, Gas und Öl versetzen die Regierungen in den Krisenmodus.

Für die stolze Atomnation Frankreich kommt es einer Kränkung gleich, dass das Land jetzt teuren Strom im Ausland, auch aus Deutschland einkaufen muss, um etwaige Ausfälle im Winter zu verhindern. Wie konnte es soweit kommen?

Frankreich deckt 70 Prozent seines Energiebedarfs mit Atomkraft. Im Jahr 2022 aber wird das Land nach Auskunft des Energieun-

ternehmens Electricité de France (EDF), Betreiber aller Atomkraftwerke in Frankreich, voraussichtlich so wenig Atomstrom produzieren wie seit 30 Jahren nicht. Grund ist der gleichzeitige Ausfall zahlreicher Kraftwerke wegen dringender Wartungs- und Reparaturarbeiten. Etwa ein Drittel läuft seit mehr als 40 Jahren, länger als vorgesehen. Aber auch jüngere, leistungsstärkere Reaktoren haben teils sicherheitsrelevante technische und kor-

rosionsbedingte Probleme. Und als die Flüsse während der Sommerhitze nicht genug Wasser trugen, um die Kühlung zu garantieren, mussten einige der funktionierenden Kraftwerke ihre Leistung runterfahren.

**Deutschland betroffen** Mittelbar sind auch die deutschen Stromkunden Leidtragende der Entwicklung. Denn Frankreichs Nachfrageboom nach Strom aus dem Ausland treibt

die Stromkosten in die Höhe: Im September 2021 kostete die Megawattstunde Strom durchschnittlich mehr als 120 Euro – derzeit liegt der Börsenstrompreis deutlich darüber. Frankreichs Regierung hofft, dass wenigstens ein Teil der abgeschalteten AKW bald wieder angefahren werden kann. Viele zweifeln daran. Und dennoch: „Unsere wirtschaftliche und energetische Zukunft hängt von der Atomkraft ab“, hatte Staatspräsident Emmanuel Macron schon in einer Rede vor zwei Jahren gesagt. Und nun pocht er auf seinem Plan für eine Renaissance von Frankreichs Atomkraft. Danach sollen sogar sechs bis acht neue Atomkraftwerke neu gebaut und der Energiekonzern EDF wieder voll verstaatlicht werden.

Ob das hilft? Akut jedenfalls nicht. Der Bau eines Reaktors dauert Jahre. Selbst wenn alles reibungslos lief, könnte der erste neugebaute wohl nicht vor 2035 ans Netz gehen. Es läuft aber nicht immer reibungslos. In der Normandie wird seit 2007 an einem Reaktor gebaut. Der sollte eigentlich 2012 ans Netz gehen. Inzwischen wurde der Start auf 2023 verschoben. Hinzu kommt eine weitere Unsicherheit: Rund 20 Prozent seines Uranbedarfs bezieht Frankreich laut „Le Monde“ über den Umweg Kasachstan von der Atomenergiegesellschaft Rosatom. Und die untersteht dem Kreml. Michael Schmidt



Viele AKW - wie das in Civaux - wurden abgeschaltet. © picture-alliance/dpa/B.trand Bechard

## Das Machtwort

**KANZLER** Die Richtlinienkompetenz in Theorie und Praxis

Es ist einer dieser Sätze im Grundgesetz, an dem Verfassungsrechtler die starke Stellung des Bundeskanzlers im Regierungssystem Deutschlands festmachen: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung“, heißt es in Artikel 65 des Grundgesetzes. Auch in Paragraph 1 der Geschäftsordnung der Bundesregierung ist festgehalten, dass der Kanzler „die Richtlinien der inneren und äußeren Politik“ bestimmt. Aufgrund dieser Richtlinienkompetenz entschied Bundeskanzler Scholz (SPD) in der vergangenen Woche per schriftlicher Anweisung den Streit über die Laufzeit der Atomkraftwerke.

So machtvoll die Richtlinienkompetenz des Kanzlers erscheinen mag, so eng limitiert und zweischneidig ist sie zugleich. Sie gilt nur innerhalb der Bundesregierung, nicht aber gegenüber dem Bundestag. Will ein Kanzler dort seinen Kurs gegen Widerstände durchsetzen, bleibt ihm nur der Weg der Vertrauensfrage, die er auch mit einer Sachentscheidung verknüpfen kann. Bislang beschränkt lediglich Gerhard Schröder (SPD) diesen Weg, als er die Entscheidung über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr mit der Vertrauensfrage verband. Die Gegner des Einsatzes in der SPD und bei den Grünen mussten sich ent-

scheiden, ob sie wegen des Einsatzes das Scheitern der Koalition und Neuwahlen riskieren wollten.

Scholz' Gebrauch der Richtlinienkompetenz ist durchaus bemerkenswert. Schriftlich machte vor ihm nur Konrad Adenauer (CDU) davon Gebrauch, als er beispielsweise seinen Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) unter Verweis auf Artikel 65 anwies, „alle Gespräche und jede Verlautbarung, die meinen Ihnen bekannten Richtlinien über die Behandlung der Ost-West-Frage widersprechen, zu unterlassen“. Angela Merkel (CDU) ließ 2018 Innenminister Horst Seehofer von der Schwesterpartei CSU lediglich mündlich als Warnschuss wissen, dass die Frage der Grenzöffnung für Flüchtlinge unter ihre Richtlinienkompetenz falle.

Die öffentliche Anwendung der Richtlinienkompetenz gegenüber einem Minister eines Koalitionspartners ist durchaus heikel. Dies kann auch zum Bruch der Koalition führen. Helmut Schmidt (SPD) betonte 1982, er habe nie von der Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht und lieber nach „zumutbaren Kompromissen“ gesucht. Doch Scholz' Machtwort diente eher der Gesichtswahrung für seine streitenden Minister der Grünen und der FDP gegenüber ihrer Parteibasis. Alexander Weinlein



# Aufreger Aufenthalt

**MIGRATION** Ein Gesetzentwurf der »Ampel« zur Besserstellung langjährig geduldeter Ausländer stößt auf heftige Kritik der Opposition

Asylbewerber und geduldete Ausländer bei einem Deutschkurs in Hamburg

Die Koalition lobt ihn als „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik. Der CDU-Abgeordnete Alexander Throm spricht von einem „Amnestiegesetz für Menschen, die ausreisepflichtig sind“, Gottfried Curio (AfD) von einer „Laufzeitverlängerung für illegale“, und für Clara Büniger (Linke) ist die Vorlage „viel zu unambitioniert“. Die Rede ist vom Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts“ (20/3717), über den der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung debattierte und bei dem die Meinungen im Hohen Haus erkennbar weit auseinanderklaffen. Mit dem „Chancen-Aufenthaltsrecht“ will die Bundesregierung langjährig geduldeten Ausländern ermöglichen, die Voraussetzungen für ein Bleiberecht in Deutschland zu erfüllen. Dazu zählt sie insbesondere die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, Kenntnisse der deutschen Sprache und den Identitätsnachweis. Erhalten sollen das einjährige Chancen-Aufenthaltsrecht Ausländer, die am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben und sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen. Straftäter sollen vom Chancen-Aufenthaltsrecht grundsätzlich ausgeschlossen bleiben, ebenso Personen, die ihre Abschiebung aufgrund von Falschangaben oder aktiver Identitätsfälschung verhindern. Sind die Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach der einjährigen Frist nicht erfüllt, sollen die Betroffenen in den Status der Duldung zurückfal-

len. Ende 2021 haben sich laut Bundesregierung in Deutschland 242.029 geduldete Ausländer aufgehalten, davon 136.605 seit mehr als fünf Jahren.

»Neustart« Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte in der Debatte, die Bundesregierung habe sich einen „Neustart in der Migrationspolitik“ vorgenommen, denn Deutschland sei ein „vielfältiges Einwanderungsland“ und brauche „endlich eine Politik, die diesem Anspruch auch gerecht wird“. Die Koalition schaffe ein modernes Einwanderungsrecht und mache dabei mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht den ersten Schritt. Wer gut integriert sei, solle „auch gute Chancen in Deutschland haben“. Das Chancen-Aufenthaltsrecht sei das Ende der Kettenduldungen und der damit verbundenen Unsicherheit, die für die Betroffenen eine große Belastung sei. Daneben werde mit dem Gesetz gut integrierten jungen Menschen unter 27 Jahren schon nach drei Jahren ein Bleiberecht ermöglicht und es ausländischen Fachkräften erleichtert, ihre Familien mit nach Deutschland zu bringen, fügte die Ministerin hinzu. Zugleich sollten Asylbewerber in Zukunft schon während des laufenden Asylverfahrens Sprach- und Integrationskurse absolvieren können. Straftätern könne dagegen künftig leichter das Aufenthaltsrecht entzogen werden, und auch die Anordnung von Abschiebehaft werde erleichtert, „damit sie vor ihrer Abschiebung nicht untertauchen können“. CDU-Mann Throm warf der Koalition vor, nach ihrem Willen solle es künftig heißen, dass jeder hier bleiben könne, „der irgendwie nach Deutschland kommt“. Das Chan-

cen-Aufenthaltsrecht nutze nur Geduldete ohne geklärt Identität. Alle anderen hätten schon heute die Möglichkeit, zu arbeiten und spätestens nach sechs bis acht Jahren ein Daueraufenthaltsrecht zu bekommen. Auch schaffe die Koalition mit dem Gesetz Anreize für Un- und Minderqualifizierte, und das sei „nicht die Personenklientel, die zukünftig unsere Volkswirtschaft und unsere Betriebe rettet“. Lamy Kaddor (Grüne) betonte dagegen, dass das Chancen-Aufenthaltsrecht niemanden anlocke, denn das würde bedeuten, erst fünf Jahre in der Duldung zu leben und danach „ein Jahr lang auf Probe Teil dieser Gesellschaft zu sein“. Es gehe vielmehr darum, Menschen eine Chance

zu geben, die bereits hier sind. So gewinnen man auch zehntausend motivierte Arbeitskräfte, die dringend benötigt würden. Auch Stephan Thomae (FDP) wandte sich gegen die Kritik, das Chancen-Aufenthaltsrecht schaffe Fehlanreize. Dadurch kämen nicht mehr Menschen ins Land, sondern man spreche „von Menschen, die schon da sind, die seit Jahren hier bei uns im System hängen“. Sie sollten künftig „etwas beitragen“, statt Geld zu kosten: „Wir wollen in diesem Land aus Hilfeempfängern Steuerzahler machen.“

Curio nannte das Argument eines Fachkräftemangels angesichts „millionenfacher europäischer Jugendarbeitslosigkeit und einer Viertelmillion arbeitslosen anerkannten Asylbewerbern plus 400.000 erwerbsfähigen Ukrainern“ einen schlechten Witz. Das Gesetz habe den Zweck, abgelehnte Asylbewerber, die geduldet werden, „nach fünf Jahren endgültig Deutschland aufzubürden“, kritisierte der AfD-Abgeordnete. Dirk Wiese (SPD) befand demgegenüber, es sei richtig, gut integrierten Menschen statt der „Unsicherheit der Kettenduldungen“ die Perspektive zu geben, „dass sie in diesem Land zu uns dazugehören“. Für Die Linke, die von der Bundesregierung in einem Antrag (20/3973) eine Neufassung des Gesetzentwurfes forderte, beklagte Büniger, dass die Anforderungen für das Chancen-Aufenthaltsrecht viel zu hoch seien. Wie die Bundesregierung selbst schätze, bekämen nach ihrem jetzigen Vorschlag nur etwa 34.000 Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht. Das seien „nicht besonders viele gegenüber den mehr als 240.000 Personen, die nur eine Duldung haben“. Helmut Stoltenberg

## KOMPAKT

### Das Chancen-Aufenthaltsrecht

> **Personenkreis** Erhalten sollen das Chancen-Aufenthaltsrecht geduldete Ausländer, die Anfang 2022 fünf Jahre straffrei in Deutschland gelebt haben.

> **Ziel** Das einjährige Aufenthaltsrecht soll ihnen ermöglichen, Voraussetzungen für ein Bleiberecht wie die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse und den Identitätsnachweis zu erfüllen.

> **Duldung** Sind solche Voraussetzungen nach Ablauf der Jahresfrist nicht erfüllt, fallen die Betroffenen in den Status der Duldung zurück.

# »Russland ist der Sturm, China ist der Klimawandel«

**KONTROLLGRIEM** Nachrichtendienste warnen vor Gefahren durch Russland und China

Gesellschaft und Politik in Deutschland haben nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden Warnungen vor den von Russland, aber auch China ausgehenden Gefahren zu lange ignoriert. So lautete der Tenor in einer öffentlichen Anhörung der Spitzenvertreter der Nachrichtendienste des Bundes durch das Parlamentarische Kontrollgremium am vergangenen Montag. Der jährliche Termin mit den Präsidentinnen und Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) fand zum sechsten Mal statt.

BND-Präsident Bruno Kahl nannte den Angriffskrieg gegen die Ukraine eine „Zäsur“, die aber „nicht wirklich“ überrascht habe. Es sei eingetreten, wovon seine Behörde über Jahre hinweg gewarnt habe, dass Russlands Präsident Wladimir Putin weiterhin bereit sei, Gewalt anzuwenden, um seine

Ziele zu erreichen, und dass sich an diesen Zielen auch nichts geändert habe. „Bedauerlicherweise“ sei es im öffentlichen Diskurs der letzten Jahrzehnte üblich gewesen, Bedrohungen zu ignorieren und Warnungen als Panikmache abzutun. Kahl räumte ein, dass Putin bei anhaltenden Misserfolgen einer konventionellen Kriegsführung in die Versuchung geraten könnte, „substrategische“ Kernwaffen einzusetzen, um die Ukraine an den Verhandlungstisch zu zwingen und einen Diktatfrieden durchzusetzen. Allerdings gebe es dafür derzeit keine Anhaltspunkte. Eine erhebliche Bedrohung sei auch von einem „zur Globalmacht aufsteigenden autokratischen China“ zu befürchten, warnte Kahl. Wirtschaft, Gesellschaft und Politik seien in dieser Hinsicht bisher ebenfalls zu vertrauensselig gewesen und hätten sich in eine „schmerzhaft Abhängigkeit“ begeben von einer Macht, die „auf einmal nicht

mehr wohlgesonnen“ erscheine. Gemeinsam mit dem BfV bemühe sich der BND seit fünf Jahren, in Wirtschaft und Wissenschaft das Bewusstsein für die von China ausgehenden Risiken zu schärfen. BfV-Präsident Thomas Haldenwang betonte, nach dem Überfall auf die Ukraine sei zu erwarten, dass die „Hemmschwelle für nachrichtendienstliche Operationen“ weiter sinken werde. In Zukunft sei damit zu rechnen, dass die russische Spionage „noch mehr konspirativ“ vorgehe. Eine „Bedrohung im politischen Raum“ seien zudem Desinformations- und Einflusskampagnen sowie „von russischen Stellen verbreitete proussische Narrative“, von denen zu erwarten sei, dass sie noch „deutlich offensiver und aggressiver“ würden. Hier nutze Russland alle Kanäle der Verbreitung von Falschmeldungen. Auch Haldenwang gab zu verstehen, dass auf die Dauer die weit erheblichere Bedro-

hung deutscher Sicherheit und deutscher Interessen von China ausgehe: „Russland ist der Sturm, China ist der Klimawandel.“ Die Präsidentin des MAD Martina Rosenberg berichtete, dass ihre Behörden schon „seit vielen Jahren“ russische Spionagetätigkeit „auf hohem Niveau“ beobachtet. Ausgespäht würden Verteidigungsstrukturen und Zukunftsplanung der Bundeswehr, die Rüstungsindustrie, jetzt auch Waffenlieferungen an die Ukraine sowie die Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland. So sei neuerdings festzustellen, dass Bundeswehr-Standorte, wo solche Schulungen stattfinden, oft von Drohnen überflogen werden. Die Bundeswehr sei auch Ziel russischer Desinformationskampagnen in osteuropäischen Nato-Staaten, wo sie mit Truppen präsent ist. Hier gebe es Versuche, mit Falschmeldungen das Vertrauen der Bevölkerung in die Nato zu untergraben. Winfried Dolderer

# AfD will Sachleistungen

**SOZIALES** Debatte über Status ukrainischer Geflüchteter

Seit dem Sommer erhalten Flüchtlinge aus der Ukraine keine Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), sondern sofort nach ihrer Ankunft in Deutschland Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch). Damit verbunden ist, ebenfalls im Unterschied zu anderen Gruppen von Geflüchteten, auch die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme. Die AfD-Fraktion kritisiert das seit Monaten scharf und hat diese Kritik nun in einem Antrag (20/4051) gegossen, der vergangene Woche erstmals im Bundestag debattiert wurde. Darin fordert sie, diesen Rechtskreiswechsel rückgängig zu machen. Außerdem soll im AsylbLG künftig ein strenges Sachleistungsprinzip gelten und bare oder unbare Geldleistungen nur noch ausnahmsweise gewährt werden. Für den Fall, dass vom Sachleistungsprinzip abgewichen werden müsse, soll dies durch nur in Deutschland nutzbare Prepaid-Karten, Geldkarten und Wertgutscheine geschehen. In der Debatte am vergangenen Mittwoch sagte René Springer (AfD), der Rechtskreiswechsel sei „im Ergebnis unfair und wirkt

im übertragenen Sinne wie ein Zuwendungsmagnet.“ Dies sei kein Vorwurf an die Ukrainer, die vor dem Krieg fliehen. „Wer würde diese Chance auf Rundumversorgung nicht ergreifen?“, fragte er. Maximilian Mörseburg (CDU) kritisierte den Wechsel der ukrainischen Flüchtlinge ins SGB II ebenfalls. Es sei nicht zu vermitteln, warum Geflüchtete unterschiedlich hohe Sozialleistungen bekommen und es sei auch nicht zu bezahlen, betonte er. Für die SPD warf Rasha Nasr der AfD vor, keine Lösungsvorschläge und auch kein Interesse an Lösungen zu haben. „Sie wollen weiter munter Stimmung gegen unsere Demokratie machen.“ Stephanie Aeffner (Grüne) nannte das Sachleistungsprinzip mit der Menschenwürde unvereinbar und viel zu bürokratisch. Clara Büniger (Die Linke) betonte: „Niemand kommt nach Deutschland, um hier Sozialleistungen zu beziehen“, die AfD betreibe Hetze. Jens Teutrine (FDP) warf der AfD vor, Unwahrheiten zu verbreiten. So wechsle jede Person, die subsidiären Schutz genießt oder einen anerkannten Fluchtgrund hat, vom AsylbLG ins SGB II. che

# Pflegepersonal entlastet

**GESUNDHEIT I** Verbindliche Vorgaben für Krankenhäuser

Krankenhäuser sollen verbindliche Vorgaben für den Einsatz von Pflegepersonal bekommen. Dazu soll stufenweise das Instrument zur Pflegepersonalbedarfsbemessung PPR 2.0 eingeführt werden. Das gemeinsam von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), dem Deutschen Pflegerat (DPR) und der Gewerkschaft ver.di entwickelte Verfahren soll laut Koalitionsvertrag als Übergangsinstrument eingesetzt werden, um Pflegekräfte im Krankenhaus möglichst rasch zu entlasten. Laut DKG werden die Patienten bei der PPR 2.0 in Leistungsstufen eingeteilt, wobei jeder Stufe ein Minutenwert zugeordnet wird. Damit ergibt sich ein Zeitwert pro Patient, der den Pflegepersonalbedarf abbildet. Der zusammengefasste Wert aller Patienten ergibt den Pflegepersonalbedarf des ganzen Hauses.

**Erprobungsphase** Das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz (20/3876), das vergangene Woche in erster Lesung beraten wurde, sieht vor, dass die PPR 2.0 in drei Stufen eingeführt wird. Ab 1. Januar 2023 ist eine Erprobungsphase geplant, um die PPR 2.0 in der Praxis zu testen. Vorgesehen ist der Test auf Normalstationen und in der Pädiatrie. Auf dieser Basis sollen den Krankenhäusern in einer Rechtsverordnung Vorgaben für die Personalbemessung gemacht werden. Ab 2025 soll die Personalbemes-

sung dann verbindlich sein und sanktioniert werden können. Falls ein Krankenhaus bereits über einen Entlastungstarifvertrag mit verbindlichen Vorgaben zur Mindestpersonalbesetzung auf bettenführenden Stationen verfügt, kann der Vorlage zufolge von einer Anwendung der PPR 2.0 abgesehen werden. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sagte, es gehe darum, stationengenau festzuhalten, wie hoch die Belastung sei. Er stellte deutliche Verbesserungen im Pflegealltag in Aussicht. So solle der Beruf aufgewertet werden, etwa indem Pflegekräfte künftig mehr Leistungen erbringen dürften, für die sie auch ausgebildet seien. Kordula Schulz-Asche (Grüne) mahnte, der demografische Wandel mit Alterung und Fachkräftemangel sei eine der größten aktuellen Herausforderungen. Nicole Westig (FDP) fügte hinzu, die Reform sei ein erster Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, weitere Reformen müssten folgen. Dietrich Monstadt (CDU) zeichnete ein düsteres Bild und warnte vor einer Notlage der Krankenhäuser durch die hohen Energiekosten. Christina Baum (AfD) forderte ein Gesundheitssystem ohne Profitinteressen zum Wohl der Patienten. Ates Gürpınar (Linke) rügte, die eigentlich gut gemeinte Pflegeform sei ein schlechter Witz, weil der Finanzminister bei der Stellenbesetzung ein Vetorecht habe. pk

# Finanzreform beschlossen

**GESUNDHEIT II** Hohes Defizit der Krankenversicherungen

Mit einer Finanzreform soll das von Gesundheitsexperten für 2023 errechnete Defizit in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in Höhe von rund 17 Milliarden Euro ausgeglichen werden. Das von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorgelegte Gesetz zur Stabilisierung der GKV-Finzen (20/3448; 20/4086) wurde in der vergangenen Woche mit den Stimmen der Ampel-Koalition und gegen das geschlossene Votum der Opposition beschlossen, die das Gesetz für kurzfristige Kosmetik hält und eine nachhaltige Finanzierung der Krankenkassen einfordert.

Die gesetzlich Versicherten müssen sich 2023 auf einen um 0,3 Prozentpunkte höheren Zusatzbeitrag einstellen. Der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds soll um zwei auf 16,5 Milliarden Euro erhöht werden. Ferner will der Bund der GKV ein unverzinsliches Darlehen in Höhe von einer Milliarde Euro gewähren. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen sich dafür an der Stabilisierung der Beitragssätze beteiligen. Dazu werden die Liquiditätsreserven weiter abgeschmolzen. Auch die Obergrenze für die Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds soll halbiert werden.

**Seltene Krankheiten** Gespart wird auch bei Ärzten, Apothekern und der Pharmaindustrie. Geplant ist eine Begrenzung des Honorarzuwachses für Zahnärzte. Für 2023 ist ferner ein um fünf Prozentpunkte erhöhter Herstellerabschlag insbesondere für patentgeschützte Arzneimittel eingeplant. Das Preismoratorium für Arzneimittel wird bis Ende 2026 verlängert. Der Apothekenabschlag zugunsten der Krankenkassen wird von 1,77 Euro auf zwei Euro je Arzneimittelpackung erhöht, auf zwei Jahre befristet. Vorgesehen sind außerdem angepasste Regelungen für die Erstattungsbeträge im Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes (AMNOG). In den Ausschussberatungen wurden einzelne Regelungen zugunsten der Pharmafirmen, Ärzte und Krankenkassen geändert.

Neugefasste Regelungen zielen darauf ab, den Pharmastandort zu stärken und die Bereitstellung von Wirkstoffen zur Behandlung seltener Erkrankungen zu fördern. Zudem wird das sogenannte Schonvermögen der Krankenkassen auf vier Millionen Euro erhöht. Damit soll sichergestellt werden, dass vor allem kleine Krankenkassen nach der Abschmelzung von Rücklagen noch genügend Finanzreserven behalten.

**Arzttermine** Auf die komplette Abschaffung der extrabudgetären Vergütung vertragsärztlicher Leistungen bei sogenannten Neupatienten, die als wenig erfolgreich eingeschätzt worden war, wird verzichtet. Stattdessen soll die Regelung reformiert werden mit einem zielgenaueren Anreizsystem für die Vermittlung und schnelle Behandlung von Patienten. In der Schlussberatung zeigte sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zufrieden: „Das 17-Milliarden-Euro-Defizit wird behoben, ohne dass es zu Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung kommt.“ Er wisse gar nicht, wo er anfangen soll mit seiner Kritik, erwiderte dagegen Tino Sorge (CDU). Denn „das ist ein Problemverschiebe-Gesetz“, mit dem Beitragszahler, Ärzte und Apotheker belastet würden. Martin Sichert (AfD) warf der Regierung vor, sie verhalte sich „wie eine Räuberbande“, die das Land plünder und verwüste. Maria Klein-Schmeink (Grüne) betonte, die Zumutungen seien vertretbar, denn man müsse riesige Beitragssprünge verhindern. Andrew Ullmann (FDP) ergänzte, ohne den Gesetzentwurf würde der Zusatzbeitrag um mindestens ein Prozentpunkt steigen. Christos Pantazis (SPD) sagte, die Regierung habe sich bemüht, die Lasten auf mehreren Schultern zu verteilen und eben nicht einseitig auf jenen der Versicherten. Kathrin Vogler (Die Linke) kritisierte, dass die Krankenkassen ihr Defizit größtenteils selbst stopfen sollen, indem sie ihre Rücklagen verbrauchen, also Gelder der Versicherern. Claus Peter Kosfeldche



Bereits im August protestierten Rentner (hier in Hamburg), als klar war, dass nur Erwerbstätige im September eine Energiepauschale von 300 Euro bekommen würden.

© picture-alliance

**KURZ NOTIERT**

**Fortführung des Islamismus-Expertenkreises abgelehnt**

Der Bundestag hat vergangene Woche Anträge der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion zur Fortführung des 2021 für ein Jahr beim Bundesinnenministerium eingesetzten „Expertenkreises Politischer Islamismus“ abgelehnt. In den Vorlagen hatte die Unionsfraktion dafür plädiert, das Gremium mindestens bis zum Ende der Wahlperiode weiterzuführen (20/3929), während die AfD-Fraktion forderte, den Kreis als dauerhaftes Fachgremium einzurichten (20/3946). *sto* ||

**Gesetzentwurf zur EU-Umwandlungsrichtlinie**

Die Bundesregierung hat den „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie“ (20/3822) vorgelegt. Mit dem Entwurf soll die „Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen“ (Umwandlungsrichtlinie) umgesetzt werden. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. *scr* ||

**Effektivere Verfahren in der Sozialversicherung**

Die Bundesregierung möchte Verfahren in der Sozialversicherung effektiver gestalten, digitalisieren und entbürokratisieren. Das ist das Ziel eines Gesetzesentwurfes (20/3900) für ein Aechtes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze, der vergangene Woche erstmals im Bundestag beraten wurde. Das Gesetz enthält darüber hinaus unter anderem Regelungen zum Künstlersozialversicherungsrecht und zu Hinzuverdienstgrenzen in der Rentenversicherung. *che* ||

**Linken-Antrag zur Mindestrücklage abgelehnt**

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung (20/398; 20/2695) mit der breiten Mehrheit aller übrigen Stimmen des Hauses abgelehnt. Die Linke hatte gefordert, die Mindestrücklage in der Rentenversicherung ab Januar 2023 von 0,2 auf 0,4 Monatsausgaben anzuheben. Die aktuelle Untergrenze sei zu niedrig und werde in Zukunft zu Problemen bei der Liquiditätssicherung führen, so Die Linke. *che* ||

**Union fordert Garantie für Renten-Härtefallfonds**

Die CDU/CSU-Fraktion fordert in einem Antrag (20/4049), die Umsetzung des Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer zu garantieren. Sie verweist auf den von der Vorgänger-Bundesregierung 2021 beschlossenen Fonds und dessen Einstellung in den Haushaltsplan für 2022. Der Antrag wurde vergangene Woche an die Ausschüsse überwiesen. *che* ||

# 300 Euro zu Weihnachten

## SOZIALES Bundestag stimmt für Energiepreispauschale für Rentner und Änderungen bei Midijobs

Susanne Ferschl (Die Linke) freute sich zwar grundsätzlich über die 300 Euro, die Rentner noch im Dezember bekommen sollen. Aber sie konnte, wie auch die Abgeordneten der anderen Oppositionsfraktionen, ihren Ärger darüber, dass die Energiepauschale erst jetzt kommt, nicht verbergen und ließ sich zu der bissigen Frage verleiten: „Warum hat die Bundesregierung drei Monate gebraucht, um zu merken, dass auch Rentner ihre Wohnungen heizen müssen?“ Die AfD-Fraktion und Unionsfraktion waren bemüht zu betonen, dass es eigentlich ihre Idee gewesen sei, die Bundesregierung nun endlich in Gesetzesform gegossen habe. Wenn da nicht noch die ärgerliche Sache mit den Midijobs wäre – unisono kritisierte die Opposition sowohl diesen Aspekt des Gesetzes wie auch den Umstand, dass viele Personengruppen bei der Energiepreispauschale außen vor blieben. Am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die Zahlung einer Energie-

preispauschale an Rentner und für Änderungen der Verdienstgrenze bei den Midijobs dennoch zugestimmt. Trotz ihrer deutlichen Kritik an den Midijob-Regelungen stimmten schließlich auch die Union und Die Linke zu, um die Auszahlung der Pauschale nicht zu verhindern. Die AfD-Fraktion enthielt sich. Laut Gesetzentwurf (20/3938) soll diese Pauschale von 300 Euro erhalten, wer zum Stichtag 1. Dezember 2022 Anspruch auf eine Alters-, Erwerbsminderungs- oder Hinterbliebenenrente der gesetzlichen Rentenversicherung oder auf Versorgungsbezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz oder dem ersten und zweiten Teil des Soldatenversorgungsgesetzes hat. Der Anspruch besteht nur bei einem Wohnsitz im Inland. Die Energiepreispauschale soll als Einmalzahlung durch die Rentenzahlstellen oder die Versorgungsbezüge zahlenden Stellen Anfang Dezember 2022 ausbezahlt werden. Die Energiepreispauschale unterliegt nicht der Beitragspflicht in der Sozialversicherung und wird automatisch ausgezahlt. Bestandteil des Gesetzesentwurfes ist außerdem, für eine sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung im Übergangsbereich die Obergrenze von 1.600 Euro auf 2.000 Euro im Monat anzuheben. Mit der Ausweitung des Übergangsbereichs sollen Beschäftigte bei den Sozialversicherungsbeiträgen in einer Größenordnung von rund 1,3 Milliarden Euro jährlich entlastet werden, für die Sozialversicherung insgesamt ergeben sich dadurch ab 2023 allerdings jährliche Mindereinnahmen. „Zu wenig und zu spät“ Aufgrund dieser Kosten für Sozialversicherung und für Arbeitgeber könne die Union der Midijob-Regelung unmöglich zustimmen, betonte Max Straubinger (CSU). Auch bei der Umsetzung der Energiepreispauschale erkannte er „erhebliche Mängel“, da viele Menschen vergessen worden seien, wie zum Beispiel Unfallopfer, Gewaltopfer und Versicherte aus berufsständischen Versorgungswerken. Ähnlich argumentierte Ulrike Schielke-Ziesing (AfD). Viele Gruppen bekämen die Pauschale nicht, obwohl sie es dringend nötig hätten, zum Beispiel pflegende Angehörige oder Bezieher von Krankengeld. „Wie immer ist es zu wenig und zu spät“, sagte sie. Deutlich kritisierte sie auch die Midijob-Änderungen. Die Sozialkassen dadurch zu belasten, zeige, dass die Regierung den Ernst der Lage nicht begriffen habe, so Schielke-Ziesing.

Auch Bezieher von Arbeitslosengeld I und Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, blieben außen vor, kritisierte Susanne Ferschl für Die Linke. Die Ausweitung der Midijob-Verdienstgrenze sei zudem ein Teilzeit-Förderungsmaß, das Frauen noch weiter in die Teilzeitalle dränge. Das Fazit von Bundesregierung und Regierungskoalition war naturgemäß ein anderes. Kerstin Griese (SPD), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, freute sich, dass durch den schnellen Gesetzgebungsprozess 20 Millionen Rentner noch vor Weihnachten die Energiepreispauschale unbürokratisch auf dem Konto hätten. Markus Kurth (Grüne) verwahrte sich dagegen, die Regierung lasse Rentner im Regen stehen. Das Gesetz zeige das Gegenteil. Auch stimme der Vorwurf der Union nicht, Freiberufler würden vergessen, da man Versicherte in berufsständischen Versorgungswerken nicht mit Freiberuflern gleichsetzen könne. Gleichwohl lasse das Gesetz bestimmte Gruppen noch außen vor, für die auf die Schnelle keine Lösung gefunden werden konnte. Hier sei die Bundesregierung aber dran, versicherte Kurth. Pascal Kober (FDP) sagte, das Gesetz sei „eine gute Nachricht in schwierigen Zeiten“. Dennoch verwies er auf die hohen Belastungen für die Arbeitgeber durch die Energie-

preise und nun auch durch die Midijob-Regelungen und appellierte, Firmen in dieser Zeit nicht noch weiter zu belasten. Tanja Machalet (SPD) sagte, es handle sich nicht um ein Schlechtes-Gewissen-Gesetz, wie die Union behauptete. Angesichts der Rentenpläne der Koalition werde sich zeigen, wer am Ende ein schlechtes Gewissen haben müsse. Denn eine Einmalzahlung sei zwar wichtig, aber ebenso wichtig seien dauerhaft gute Rentenbezüge für die Menschen. *Claudia Heine* ||

**STICHWORT**

**Energiepreispauschale und Midijobs**

- Pauschale** Wer am 1. Dezember eine Rente der gesetzlichen Rentenversicherung bekommt, erhält einmalig 300 Euro.
- Lücken** Die Opposition kritisiert, dass noch zu viele Personengruppen, wie Bezieher von Arbeitslosengeld I oder Krankengeld, außen vor bleiben.
- Midijobs** Die Verdienstgrenze im Übergangsbereich wird auf 2.000 Euro angehoben. Dadurch sollen Beschäftigte bei der Sozialversicherung entlastet werden.

## Unter den Rettungsschirm Genozidleugnung strafbar

### FORSCHUNG Union fordert Hilfen für die Wissenschaft

Angesichts steigender Energiekosten und drohender Versorgungsschwierigkeiten fordert die CDU/CSU-Fraktion Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Notfall als geschützte Kunden prioritär mit Energie zu versorgen. Zudem müsse ein Notfallfonds für die Wissenschaft eingerichtet werden, um kurzfristig zielgerichtete Hilfen zur Verfügung stellen zu können. Über den entsprechenden Antrag der Union debattierte der Bundestag am Donnerstag und überwies ihn zur weiteren Beratung in den Forschungsausschuss. Die explodierenden Energiepreise bedrohen Deutschlands Wissenschaftseinrichtungen in ihrer Existenz, Lieferengpässe könnten zu einem „unwiederbringlichen Verlust von Forschungsergebnissen“ führen, mahnte Thomas Jarzombek (CDU). Biobanken, Großforschungsanlagen, Hoch- und Höchstleistungsrechner oder Tierhäuser der Forschungsinstitute könnten eben nicht 20 Prozent ihres Strombedarfs einsparen, sondern müssten durchgängig betrieben werden. Der Bundesregierung warf Jarzombek vor, die Wissenschaft „vergessen“ zu haben. Es reiche nicht aus, wenn sich Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) in der aktuellen Ausgabe des „Handelblatts“ am Tag der Debatte im Bundestag für einen Rettungsschirm für die Wissenschaft ausspreche.

Parlamentarier der Ampelkoalition teilten zwar die Einschätzung der Union, dass die Wissenschaft eines besonderen Schutzes bedürfe, wiesen den Vorwurf der Untätigkeit jedoch zurück. Der SPD-Abgeordnete Holger Mann (SPD) warf der Union „Panikmache“ vor. Der Wissenschaftsbereich werde wie die Wirtschaft und die Bürger in den Genuss der Gas- und der Strompreismehrung kommen, sagte er zu. Die Koalition arbeite an deren Ausgestaltung. Laura Kraft (Grüne) mahnte, nicht nur Wissenschaftseinrichtungen, sondern auch die Studierenden müssten beispielsweise bei den Miet- und Heizungskosten unterstützt werden. Stephan Seiter (FDP) forderte von den für die Hochschulen zuständigen Bundesländern einen höheren Beitrag. Dies könne der Bund nicht alleine leisten. Marc Jongen (AfD) hielt der Union vor, sie beklage eine Krise, die sie selbst herbeigeführt habe. Es sei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gewesen, die den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und Deutschland in eine einseitige Abhängigkeit von russischem Gas geführt habe. Petra Sitte (Linke) verwies auf eine Unterfinanzierung des Wissenschaftsbereiches seit Jahren. Die Hochschulen litten an einem gewaltigen Sanierungsstau. Bund und Länder müssten wieder gemeinsam die Verantwortung tragen. *aw* ||

### RECHT Klarstellung nach Vertragsverletzungsverfahren

Die Strafbarkeit der öffentlichen Billigung, Leugnung und gröblichen Verharmlosung von Völkermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen soll künftig explizit im Strafgesetzbuch (StGB) genannt werden. Vorgesehen ist, den Paragraphen 130 StGB (Volksverhetzung) um einen neuen Absatz zu ergänzen. Das sieht ein am vergangenen Donnerstag im Bundestag beschlossener Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/3708, 20/4085) vor. In der Vorlage ging es ursprünglich um eine Änderung des Bundeszentralregistergesetzes. Im Rechtsausschuss wurde der Entwurf auf Antrag von SPD, Grünen und FDP um die Strafgesetzbuchsänderung ergänzt. Die Vorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit gegen die Stimmen von AfD und Linken angenommen. **Rahmenbeschluss** Mit den Änderungen reagiert die Koalition auf ein im Dezember 2021 von der EU-Kommission angestregtes Vertragsverletzungsverfahren. Die Kommission hatte gerügt, Deutschland habe einen Rahmenbeschluss zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unzureichend umgesetzt. Konkret sei das öffentliche Leugnen oder gröbliche Verharmlosung solcher Verbrechen nicht unter Strafe gestellt.

Aus Sicht der Koalition dürften solche Handlungen zwar „in aller Regel“ den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen, sie sind aber nicht explizit in Strafvorschriften erwähnt, wie sie in ihrem Änderungsantrag ausführt. Einzig das öffentliche Billigen, Leugnen oder Verharmlosens des Holocaust ist explizit unter Strafe gestellt. Mit der Änderung solle nun klargestellt werden, dass die öffentliche Billigung, Leugnung und gröbliche Verharmlosung „ausdrücklich pönalisiert“ werden. Als Strafrahmen ist eine Geld- oder eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren möglich. Gegenüber der Holocaust-Leugnung fällt der Strafrahmen um zwei Jahre niedriger aus. Die Koalition begründet dies mit der „Einzigartigkeit des Holocaust“. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sei es zudem zu rechtfertigen, dass schon die Verharmlosung des Holocaust – und nicht die gröbliche Verharmlosung – strafbar ist. **EU-Vorgaben werden umgesetzt** Mit der geplanten Änderung im Bundeszentralregistergesetz sollen europarechtliche Vorgaben umgesetzt werden. Ferner sollen mit Einzeländerungen in dem Gesetz und in der Gewerbeordnung „Anpassungen an Digitalisierungsvorhaben des Bundes sowie die Verbesserung des Datenschutzes“ angegangen werden. *scr* ||

Anzeige

**Die Sicht der Politischen Theorie auf Krisen**

**Neue Welt – andere Politik? Politikwissenschaftliche Vermessungsvorschläge**

Herausgegeben von Prof. Dr. Florian Grotz  
2022, 198 S., brosch., 44,- €  
ISBN 978-3-8487-7540-8  
E-Book 978-3-7489-3388-5  
(Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 39)

Infolge multipler Krisen haben sich die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen demokratischer Politik grundlegend verändert. Der Band diskutiert Konsequenzen dieser Entwicklungen aus Sicht der Politischen Theorie, der Vergleichenden Regierungslehre und der Internationalen Beziehungen.

Nomos  
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

**Nomos**

## Schutz für das Weddellmeer

**ANTARKTIS** Nach dem erneuten Scheitern der Europäischen Union in ihrem Bemühen um die Einrichtung eines Meeresschutzgebiets im antarktischen Weddellmeer bei der letztjährigen Tagung der Antarktis-Kommission CCAMLR, drängen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie die Union zu einem weiteren Anlauf: In einem gemeinsamen Antrag der vier Fraktionen (20/4057), den der Bundestag am vergangenen Freitag einstimmig annahm, fordern die Abgeordneten die Bundesregierung auf, sich weiter für die Ausweisung eines Schutzgebietes im Südpolarmeer einzusetzen, das mit 2,2 Millionen Quadratkilometern das größte Meeresschutzgebiet der Welt wäre.

Konkret solle sie bei der kommenden CCAMLR-Tagung dafür sorgen, dass der Antrag zur Unterschutzstellung des Weddellmeeres, den die Bundesregierung maßgeblich vorbereitet und in den vergangenen Jahren immer wieder an neue Forderungen verschiedener CCAMLR-Mitgliedsstaaten angepasst habe, erneut eingebracht werde, heißt es in der Vorlage. Schon im Vorfeld der Tagung solle die Regierung „alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten“ nutzen, um eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, und auch außerhalb der Kommission auf „höchster diplomatischer Ebene“ für den Schutz des Weddellmeeres werben.

Dieses gelte allein wegen der etwa 14.000 am Boden lebenden verschiedenen Tierarten als „Schatzkammer der Artenvielfalt“, sei aber zunehmend dem Druck internationaler Fischfangflotten ausgesetzt, die das sensible Ökosystem gefährdeten, schreiben die Abgeordneten. Fangschiffe machten vor allem Jagd auf den antarktischen Seehecht und auch Krill, der eine wichtige Nahrungsgrundlage für Wale, Pinguine und andere Tiere darstelle, erklären die Fraktionen.

Russland und China blockierten in den vergangenen Jahren wiederholt Initiativen zum Schutz des Weddellmeeres. 25 Länder und die EU sind Mitglieder der Antarktis-Kommission CCAMLR, die ihre Beschlüsse einstimmig fassen muss. sas



Gasdeckel: Die finanzielle Grundlage für die Preisbremsen ist gelegt.

© picture-alliance/SULUPRESS.DE/Torsten Sukrow

# Das Fundament

## HAUSHALT Bundestag beschließt Finanzierung des »Abwehrrschirms« gegen steigende Energiepreise

Der „Abwehrrschirm“, den die Bundesregierung angesichts der Energiekrise über Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aufspannen will, hat nun ein finanzielles Fundament. Vergangenen Freitag verabschiedete der Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen von SPD, Grünen und FDP (20/3937, 20/4094). Sofern der Bundesrat zustimmt, sollen über den Wirtschaftsstabilisierungsfonds – ein Sondervermögen des Bundes – in diesem Jahr noch 200 Milliarden Euro neue Kredite aufgenommen werden. Die Mittel sollen dann bis Mitte 2024 dazu genutzt werden, Gas- und Strompreise zu deckeln sowie strahlende Unternehmen zu stützen. Damit der Staat sich überhaupt frisches Geld besorgen darf, verabschiedete der Bundestag eine neuerliche Ausnahme von der Schuldenobergrenze des Grundgesetzes. Die Ampelkoalitionäre begründeten den dazu gestellten Antrag (20/4058), wie im Grundgesetz vorgesehen, mit einer anhaltenden „außerwöhnlichen Notsituation“. Bei der Verabschiedung des Haushalts für 2022 im Juli hatten die Fraktionen die Folgen des russischen Über-

Bedenken zu dem Vorgehen der Ampel geäußert.

Von Seiten der Koalition wurde die Kritik des Hofes zurückgewiesen. Der Rechnungshof sei ein wichtiger Teil der „Checks and Balances“, aber nicht „unfehlbar“, sagte FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke. Mit der Kreditaufnahme über das Sondervermögen solle die Ampelkoalition dafür sorgen, dass die Mittel jetzt zur Verfügung stünden und jederzeit auf sie zugegriffen werden könne. Der anhaltenden Kritik der Unionsfraktion der vergangenen Wochen an den Plänen der Bundesregierung entgegnete der Liberale, dass die Union dann auch durchgerechnete Alternativen darlegen habe. Nur pure, simple Opposition gehe nicht, „dafür ist die Sache zu ernst“, sagte Fricke.

Fricke Vorwurf wollte Mathias Middelberg (CDU) nicht gelten lassen. Bei der Gaspreisbremse läge nur das Papier der Expertenkommission vor, bei der Strompreisbremse und den Unternehmenshilfen nichts Konkretes. „Wir würden gerne rechnen, aber dann müssen wir von Ihnen eine Berechnungsgrundlage kriegen“, konterte Middelberg. Die Regierung wolle einen mit 200 Milliarden Euro gefüllten „Geldsack“ haben und wisse noch gar nicht, wofür und wann sie das

»Wer soll eigentlich die gigantische Strom- und Gasrechnung bezahlen?«

Gesine Lötzsch (Die Linke)

Geld brauche. Middelberg forderte stattdessen einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr und die Integration der geplanten Maßnahmen in den in Beratung befindlichen Haushalt 2023, gegebenenfalls wieder mit einer Ausnahme von der Schuldenbremse. Die Finanzierungsmethode der Koalition sei hingegen „maximal unsolid“. „Es ist Schwachsinn, was Sie machen“, schoss der Unionsfraktionsvize.

Diesen Vorwurf retournierte SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch. Schließlich verweigere sich die Union, die Voraussetzungen zu schaffen, „dass wir die Bevölkerung und die Unternehmen in diesem Land schützen können“. Die 200 Milliarden Euro seien die Grundbedingung dafür, im Dezember die Abschlagszahlungen für Gas zu übernehmen, ab Januar Unternehmen zu unterstützen und ab März die Preise für Strom und Gas zu deckeln, führte der Sozialdemokrat aus. Mit Blick auf die Ausgestaltung von

Gas- und Strompreisbremsen kündigte Miersch an, dass seine Fraktion unter anderem klären wolle, ob es für die gedeckelten Preise eine Möglichkeit der Rückwirkung oder weiterer Abschlagszahlungen geben könnte. Auch eine mögliche Obergrenze bei der Gaspreisbremse aus Gerechtigkeitsgründen erwähnte Miersch.

Der Grünen-Abgeordnete Sebastian Schäfer mahnte, den Kontext der „sehr nach innen gerichteten Debatte“ nicht zu vergessen: Auch in dieser Woche eskalierten Putin und seine Truppen den „Terror-Krieg“ gegen die Ukraine. Die 200 Milliarden Euro seien ein klares Zeichen, „dass wir der russischen Aggression trotzen“. Die Sicherung von Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung bleibe eine europäische Frage, sagte der Abgeordnete mit Verweis auf die Verhandlungen zu einem EU-weiten Gaspreisdeckel (siehe Seite 10). Putins Kalkulation dürfe nicht aufgehen, die EU müsse „solidarisch und geschlossen“ bleiben. Die Redner der Koalition verwiesen zudem auf die Änderungen im parlamentarischen Verfahren. So ist vorgesehen, dass der Haushaltsausschuss die Mittel aus dem Sondervermögen freigeben muss. Auch Berichtspflichten wurden verschärft. Gestützte Unternehmen sollen ferner unter anderem keine Boni auszahlen dürfen.

**Anträge ohne Mehrheit** Keine Mehrheit fand ein Antrag der AfD (20/3944). Sie hatte – ähnlich wie die Union in einem ebenfalls abgelehnten Entschließungsantrag – gefordert, die Ausgaben für den Abwehrrschirm im regulären Haushalt zu veranschlagen. In der Debatte warf der AfD-Abgeordnete Albrecht Glaser der Bundesregierung vor, mit der Einstellung des Energiegeschäfts mit Russland einen „Anschlag auf den Staat“ ausgeführt zu haben. „Dafür werden Sie politisch bezahlen“, prognostizierte Glaser mit Blick auf heranziehende Krisen.

Zahlungsmodalitäten anderer Art interessierten die Linken-Abgeordnete Gesine Lötzsch. Die Bundesregierung lasse eine Frage unbeantwortet, sagte Lötzsch: „Wer soll eigentlich die gigantische Strom- und Gasrechnung bezahlen?“ Sie sprach sich für einer Übergewinnsteuer aus, um „Krisengewinner“ wie Strom- und Rüstungskonzerne heranzuziehen. Ein Antrag der Fraktion (20/3976), die Schuldenbremse auch 2023 auszusetzen, fand im Bundestag keine Mehrheit. Sören Christian Reimer

## Enquete gefordert

### ENERGIEVERSORGUNG Kein Rückhalt für AfD-Vorschlag

Die AfD-Fraktion verlangt, dass der Bundestag eine Enquete-Kommission „Sicherstellung der Energieversorgung für die Bundesrepublik Deutschland“ einsetzt. Über den Antrag der Fraktion (20/4061) debattierte das Plenum vergangene Woche erstmalig. Federführend beraten wird die Vorlage im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Auftrag der aus 19 Bundestagsabgeordneten und 19 Sachverständigen bestehenden Kommission soll laut Antrag sein, eine Bestandsaufnahme und Evaluation der Energieversorgung in Deutschland vorzunehmen. Dabei sollen Vor- und Nachteile der von der Bundesregierung anvisierten Energiepolitik „ergebnisoffen“ gegeneinander abgewogen und Vorschläge, Optionen und grundsätzliche Alternativen für eine Energieversorgung der Zukunft erarbeitet werden.

Stärken und Schwächen der von der Bundesregierung seit 2000 betriebenen „Energieende“ will die Fraktion auf der Basis eines Vergleichs der Energiepolitik starker Industrienationen analysieren lassen. Für den Gesetzgeber solle die Kommission Handlungsempfehlungen formulieren, wie eine langfristige stabile und kostengünstige Energieversorgung in der Bundesrepublik gewährleistet werden kann. Dabei sollen

nach Ansicht der Fraktion der erwirtschaftete Wohlstand erhalten und energiepolitische Abhängigkeiten vermieden werden. Der Industriestandort solle nicht gefährdet und die Umwelt am wenigsten belastet werden. Die Kommission solle dem Bundestag bis Ende 2024 einen Abschlussbericht mit Arbeitsergebnissen und Handlungsempfehlungen vorlegen.

In der Debatte führte Holger Kraft (AfD) zur Begründung an, die deutsche Energiepolitik habe sich „hoffnungslos verrannt“. Sie werde nur noch „durch behelfsmäßige Flickschusterei am Leben gehalten“. Für den Vorschlag einer Enquete konnte sich bei den übrigen Fraktionen niemand erwärmen. Für das Thema sei eine Enquete-Kommission „gänzlich ungeeignet“, befand Markus Humpfer (SPD). Fabian Gramling (CDU) meinte, der Vorschlag gehe an der Realität vorbei. Eine Enquete-Kommission helfe aktuell nicht weiter. Ingrid Nestle (Bündnis 90/Die Grünen) warf der AfD vor, Fragen bearbeiten zu wollen, „die längst bearbeitet und intensiv diskutiert sind“. Ähnlich äußerte sich Klaus Ernst (Die Linke): „Die Debatten, die Sie führen, sind inzwischen wirklich die Debatten von gestern“. Michael Kruse (FDP) attestierte dem Antrag veraltete Bezüge und faktische Fehler. vom/sr

## CO2-Preis für Abfälle

### ENERGIE Müllverbrennung fällt unter Emissionshandel

Die Müllverbrennung wird künftig in die CO<sub>2</sub>-Bepreisung einbezogen. Mit der Mehrheit der Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes BEHG (20/3438, 20/3819) angenommen. CDU/CSU, AfD und Die Linke stimmten dagegen. Zur Abstimmung hatte der Ausschuss für Klimaschutz und Energie eine Beschlussempfehlung vorgelegt (20/4096). Ein Entschließungsantrag der Unionsfraktion (20/4099) fand keine Mehrheit. Abfall ist kein fossiler Brennstoff, deshalb ist es einfach nicht zielführend, wenn man die Müllverbrennungsanlagen und die Abfallwirtschaft in das Emissionshandelssystem einbezieht, sagte Unionsfraktionsvertreter Andreas Lenz (CSU) in der Debatte.

Das BEHG, das 2019 als Teil des Klimapaketes der damaligen Bundesregierung Gesetz verknüpft wurde, soll helfen, über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen – zunächst für die Sektoren Wärme und Verkehr – die nationalen Klimaschutzziele Deutschlands zu erreichen. Mit dem jetzt gebilligten Gesetz sollen nunmehr, ein Jahr später als ursprünglich geplant, ab 2024 auch die Brennstoffe Kohle und Abfälle aufgenommen werden. Lisa Badum stellte im Namen

der Grünen fest, sie hätte sich eine frühere Einbeziehung der Müllverbrenner vorstellen können, nämlich ab 1. Januar nächsten Jahres, „aber das Entscheidende ist, dass wir diese Sache in dieser Legislatur festgemacht haben und es keine Verschiebung auf die Zeit nach der Wahl geben wird.“ Andreas Mehlretter (SPD) sagte, ein CO<sub>2</sub>-Preis brauche ein sozial gestaffeltes Klimageld. „Ja, der CO<sub>2</sub>-Preis macht das teurer, was schlecht fürs Klima ist; aber das Klimageld macht dann das erschwinglich, was gut fürs Klima ist, und zwar für alle.“

Der AfD-Abgeordnete Karsten Hilde kritisierte, „die von grünen Kommunisten dominierte Bundesregierung“ eskaliere mitten in der Krise die Situation in Deutschland. Olaf in der Beek (FDP) stellte heraus, die Regierung gehe den Schritt „so, dass die betroffenen Unternehmen nicht überfordert werden“. Die Bepreisung sei „moderat“, der CO<sub>2</sub>-Preis und die Vorgehensweise „absolut verhältnismäßig“.

Dem widersprach Ralph Lenkert von den Linken: Damit Deutschland die Klimaziele erreiche, belaste die Regierung ab 2024 Verbraucherinnen und Verbraucher und verteuere die Abfallgebühren um eine Milliarde Euro durch CO<sub>2</sub>-Steuern. „Selbst beim Klimaschutz verschont diese Regierung wieder die Konzerne, und die Bevölkerung muss doppelt bezahlen. Das lehnt Die Linke ab“, sagte Lenkert. Michael Schmidt

## Hilfe für den Winter

### WOHNEN Weg frei für zweiten Heizkostenzuschuss

Wohngeldempfänger sollen noch in diesem Jahr einen zweiten Heizkostenzuschuss erhalten, um die höheren Ausgaben für Energie stemmen zu können. In seltener Einstimmigkeit gab der Bundestag am vergangenen Donnerstag grünes Licht für einen von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes und des Elften Buches Sozialgesetzbuch (20/3884). Die Fraktionen drängten darauf, dass die Einmalzahlung für Geringverdienere nun schnellstmöglich ausgezahlt wird.

Den Zuschuss sollen alle Haushalte erhalten, die in mindestens einem Monat im Zeitraum vom 1. September 2022 bis zum 31. Dezember 2022 wohngeldberechtigt sind. Die Höhe hängt von den im Haushalt lebenden Personen ab. Ein Ein-Personen-Haushalt mit Wohngeld erhält danach 415 Euro, ein Zwei-Personen-Haushalt 540 Euro, für jede weitere Person im Haushalt werden 100 Euro ausgezahlt.

Wie schon beim ersten Heizkostenzuschuss, den die Ampel-Koalition im Frühjahr auf den Weg brachte, profitieren auch Empfängerinnen und Empfänger von BAföG sowie von Ausbildungs- und Berufsausbildungsbeihilfen von der Einmalzahlung, wenn sie mindestens in einem Monat des Zeitraums wohngeldberechtigt waren. Für sie sieht die Bundesregierung einen pauschalen Zuschuss in Höhe von 354 Euro vor.

Ihr zufolge werden mit der Maßnahme rund 660.000 wohngeldbeziehende Haushalte, rund 372.000 Geförderte nach dem BAföG, rund 81.000 Geförderte mit Unterhaltsbeitrag nach dem Aufstiegsförderungsgesetz sowie rund 100.000 Personen, die Berufsausbildungsbeihilfe oder Ausbildungsbeihilfe beziehen, entlastet. Der Zuschuss ist Teil des dritten Entlastungspaketes der Ampel-Koalition. Mit ihm soll der Zeitraum bis zum Inkrafttreten der geplanten Wohngeldreform zum 1. Januar 2023 überbrückt werden, die eine Erweiterung des Empfängerkreises, deutlich höhere Leistungen sowie dauerhafte Komponenten für Heizkosten und Klima in Bezug auf energieeffiziente Sanierungen vorsieht.

**Hilfe für Pflegeheime** Mit der Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch ermöglicht die Bundesregierung den Pflegeeinrichtungen vorgezogene Neuverhandlungen mit den Pflegekassen, falls die Energiekosten sich in „unvorhergesehenem Ausmaß“ ändern sollten. Die Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen hatten dazu im Bauausschuss erfolgreich einen Änderungsantrag durchgebracht. Nun wird im Gesetz definiert, was unter einer unvorhersehbaren Änderung der Energiekosten verstanden werden soll: eine „erhebliche Abweichung der tatsächlichen Bewohnerstruktur“ sowie eine „erhebliche Änderung der Energieaufwendungen“. joh



Eine Einmalzahlung von mindestens 345 Euro sollen Wohngeldempfänger erhalten.

© picture-alliance / M.L.S. | Leahim Müller

### KURZ NOTIERT

#### Mietrechts-Anträge der Linken an Ausschüsse überwiesen

Drei mietrechtspolitische Anträge der Fraktion Die Linke hat der Bundestag vergangenen Freitag erstmalig beraten und an die Ausschüsse überwiesen. Die Fraktion fordert unter anderem einen bundesweiten Mietstopp sowie eine Streichung aller Ausnahmen bei der Mietpreisbremse (20/2685) und die Untersagung von Indexmieten (20/2687). Zudem schlägt die Fraktion einen Kündigungsschutz für Mieter (20/4054) während der Energiekrise vor. Für Privatvermieter und kommunale und genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften sowie kleine Wohnungsunternehmen, die aufgrund der Energiepreiskrise in wirtschaftliche Not geraten, sollte ein Härtefallfonds eingerichtet werden, der schnelle, unbürokratische Darlehen gewährt. scr

#### AfD will Erweiterungsbaue des Kanzleramts stoppen

Die AfD-Fraktion fordert einen Stopp des Erweiterungsbaus des Bundeskanzleramts. Die Planungen dafür sollten nicht weiterverfolgt werden und der Haushaltsgesetzgeber keinerlei Mittel freigeben, heißt es in einem am Donnerstag erstmalig beratenen und überwiesenen Antrag der Fraktion (20/4064). Zugleich sollte die Bundesregierung prüfen, inwiefern Heimarbeitslösungen kurz- und mittelfristig den Mangel an Büroräumen beheben könnten. Der Personalzuwachs im Bundeskanzleramt sollte gestoppt und auf die Rückübertragung von Aufgabenbereichen in die Ministerien fokussiert werden. Die Fraktion beruft sich auf den Bundesrechnungshof, der von wesentlich höheren Kosten als den veranschlagten 600 bis 640 Millionen Euro ausgehe und das Projekt scharf kritisiere. joh

#### Union fordert führende Rolle der Bundesregierung

Eine führende Rolle der Bundesregierung bei der Ausgestaltung der „Secure Connectivity Initiative“ (SCI) und einen deutschen Schwerpunkt beim europäischen Satelliten-Internet fordert die Unionsfraktion in einem Antrag (20/4050), der am Freitag erstmals im Bundestag debattiert wurde. Konkret fordern die Abgeordneten beispielsweise, dass „Start-Ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) maßgeblichen Anteil an dieser Initiative“ als direkte Auftragnehmer erhalten und, dass deutsche Unternehmen umfassend einbezogen werden. Weiter fordert die Fraktion, eine Startmöglichkeit für Trägerketten mit Kleinstatellen im eigenen staatlichen Hoheitsgebiet zu prüfen sowie Initiativen, um die kritische Infrastruktur im Weltraum schützen zu können. lbr



Begehrtes Leichtmetall: In der Anlage Llipi am Salzsee von Uyuni in Bolivien wird Lithium verdampft.

© picture-alliance/dpa/Marcelo Perez del Carpio

# Der Kampf ums Metall

**ROHSTOFFE** Bundestag debattiert über die Abhängigkeit Deutschlands von China und Russland

Deutschland sei „erpressbar“, so drastisch hatte es der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, am vergangenen Donnerstag beim Rohstoffkongress ausgedrückt. Es gebe eine zu große Abhängigkeit von Ländern wie China bei strategisch wichtigen Rohstoffen, sagte Russwurm und forderte einen Kurswechsel. Damit ist er nicht allein. Die Fraktionen von CDU/CSU und AfD im Bundestag hatten in der vergangenen Woche jeweils Anträge (20/4042 und 20/4065) zum Thema vorgelegt, die eine größere Unabhängigkeit Deutschlands bei der Versorgung mit Rohstoffen wie Metallen und seltenen Erden fordern. Die Anträge wurden am Freitag im Plenum erstmals beraten und im Anschluss an die Debatte an den federführende Wirtschaftsausschuss überwiesen. Darüber, dass Lieferketten diversifiziert und der Abbau heimischer Rohstoffe vorangebracht werden muss, waren sich alle Fraktionen einig. Doch nicht darüber, welche Zugeständnisse gemacht werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen.

**»Abhängigkeit bei manchen Rohstoffen ist deutsche Realität seit 200 Jahren.«**

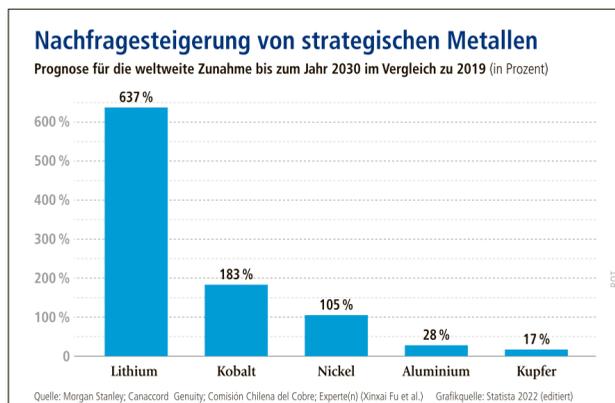
Reinhard Houben (FDP)

„Der Fokus auf die Kreislaufwirtschaft reicht nicht aus“, sagte Stefan Rouenhoff (CDU) in der Debatte und forderte, nicht nur die Recyclingprozesse zu verbessern, sondern auch beim „Rohstoffabbau im In- und Ausland besser zu werden“. Die Abhängigkeiten von Staaten wie Russland und China seien zu groß, in der aktuellen Situation sehe man, wie Rohstoffe auch als geostrategische Waffe eingesetzt würden. Dass die momentanen Recyclingquoten nicht ausreichend seien, darin stimmte die Parlamentarische Staatssekretärin Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen) dem Christdemokraten Rouenhoff zu. Und auch darin, dass das allein nicht ausreichend sei. Es müsse in die Erforschung neuer Materialien investiert und zudem die Akzeptanz für den heimischen Abbau von Rohstoffen gefördert werden. Im deutschen Oberbergbau gibt es beispielsweise ein großes Lithiumvorkommen. Lithium gehört wie Kobalt und Nickel zu den strategischen Metallen, für die die Nachfrage in den kommenden Jahren am meisten steigen wird (siehe Grafik rechts). Doch sowohl, was die Art der Förderung des Leichtmetalls aus dem heißen

Wasser in der Tiefe angeht, als auch bei der Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner für einen Abbau des Stoffes sind bislang noch viele Fragen offen. Der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hatte Staatssekretärin Brantner vor einigen Tagen gesagt, dass sie aber auch da Lösungen sehe: „Bei der richtigen Anwendung spricht nichts dagegen, dass mithilfe entsprechender Anlagen auch Lithium gewonnen wird.“ Ihre Parteifreundin Sandra Detzer sagte am Freitag im Plenum, dass nun

auch bei der Rohstoffversorgung eine „Zeitenwende“ gekommen sei. Es sei auch auf diesem Markt nötig, für Preisstabilität zu sorgen, wie man gerade an der Energiekrise und den steigenden Gaspreisen spüre. „Wir brauchen Souveränität, weil wir die Wirtschaft und den Mittelstand schützen müssen“, so Detzer. Die Bundesregierung betreibe eine „ideologiegetriebene grüne Politik, die am Ende niemandem dient“, sagte hingegen Malte Kaufmann (AfD). Viele Rohstoffe, darunter

Holz, Metalle, Kunststoff und Gummi, seien Mangelware geworden, „die Folgen für die Unternehmen sind drastisch.“ Das sehe man an der Pleitewelle, die wenige Tage zuvor von der Regierung in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses „verleugnet“ worden sei, so Kaufmann. Eine Abhängigkeit bei bestimmten Rohstoffen sei seit Beginn der Industrialisierung „deutsche Realität seit 200 Jahren“, entgegnete Reinhard Houben (FDP) in Richtung der AfD-Fraktion: Es habe hierzulande vor allem Steinkohle, Braunkohle und Erze gegeben, andere Rohstoffe aber noch nie. „Ich habe noch nie einen Kautschukbaum in Deutschland wachsen sehen“, sagte der Freidemokrat. Während Sebastian Roloff (SPD) bilanzierte, dass die Koalition bereits die Bedeutung des Themas erkannt und einige wichtige Maßnahmen „auf Gleis gesetzt“ habe, warnte der Linke-Abgeordnete Christian Leye vor einem weiteren Wirtschaftskrieg: Deutschland sei der fünftgrößte Rohstoffverbraucher der Welt und beziehe mehr als 99 Prozent der im Bergbau gewonnenen Metalle aus dem Ausland. Im Antrag der Union werde „etwas nebulös“ von geopolitischen Spannungen gesprochen, so Leye aber dabei müsse man offen über die beiden „Elefanten im Raum“ sprechen: „Die Rohstoffabhängigkeit von Russland und die Rohstoffabhängigkeit von China“, so Leye. **Elena Müller**



## Der Fördertopf ist leer

**AKTUELLE STUNDE** Streit um Gigabit-Förderung

Opposition und Koalition bewerten den Stopp der noch aus der letzten Legislaturperiode stammenden Gigabit-Förderung des Bundes völlig unterschiedlich. Während einer aktuellen Stunde vergangenen Freitag sprach Reinhard Brandl (CSU) von einem „Frontalangriff der Ampel auf die ländlichen Regionen“. Paula Piechotta (Grüne) befand hingegen, es sei gut, dass die Gelder aus dem Förderprogramm auch tatsächlich abfließen, was in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen sei. Digital-Staatssekretärin Daniela Kluckert (FDP) nannte es „nicht ungewöhnlich, dass Fördertöpfe auch mal leer sind“. Sie kündigte zugleich neue Förderrichtlinien an. Für CSU-Mann Brandl ist die Ampel „als Fortschrittskoalition gestartet und als Förderstopp-Koalition gelandet“. Nachdem Digitalminister Volker Wissing „von heute auf morgen“ die Breitbandförderung des Bundes beendet habe, bleibe unklar, wie es mit bereits gestellten Anträgen nun weitergehe. Frist- und ordnungsgemäße Anträge müssten bearbeitet werden, betonte Johannes Schätzl (SPD), der die Antragsituation als ein Beleg für das hohe Tempo beim Glasfaserausbau ansieht. Drei Milliarden Euro an gebundenen Mitteln seien verausgabt worden, sagte er und kündigte an: „Wir wer-

den in der Koalition dafür sorgen, dass keine Förderlücke entsteht.“ Piechotta warf der Unionsfraktion einen Skandalisierungsversuch vor. „Dass die Gelder zum ersten Mal auch wirklich abfließen, ist ein Erfolg“, befand die Grünen-Abgeordnete. Die Förderrichtlinie werde nun angepasst. „Nächstes Jahr gibt es sogar noch mehr Geld“, sagte Piechotta.

**Populismus** Von einem Förderstopp zu reden sei „billiger Populismus“, sagte Maximilian Funke-Kaiser (FDP). Die Mittel seien schlicht ausgeschöpft. Zur Überzeichnung der Programme sei es gekommen, weil der Richtlinie eine Priorisierung fehle. „Es ist Ihre Förderrichtlinie also auch Ihr Förderstopp, den Sie zu verantworten haben“, sagte der FDP-Abgeordnete an die Union gewandt. „Wir fordern die unverzügliche Wiederaufnahme der Graue-Flecken-Förderung durch die Bundesregierung“, sagte Joana Cotar (AfD). Mit ihrer Entscheidung zeige die Ampel, dass die Digitalisierung keine Priorität bei ihr habe, befand sie. Anke Domscheit-Berg (Linke) kritisierte den kurzfristigen Förderstopp. Unberechenbare Förderstrategien seien Gift für langfristige Projekte wie den Gigabit-Ausbau in Deutschland, sagte sie. **Götz Hausding**

## Branche kämpft um ihre Bedeutung

**REISE- UND FERNBUSSE** Sachverständige fordern bei Anhörung mehr Unterstützung

Die Herausforderungen für Busunternehmen durch die hohen Energiepreise, Zukunftschancen durch neuer Antriebstechnologien und die Forderungen an die Politik, den Bus als Verkehrsmittel stärker zu fördern, sind die Schwerpunkte bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Tourismus gewesen. Sechs Sachverständige berichteten am vergangenen Mittwoch von einer Branche im Umbruch.

**Scharfe Konkurrenz** Benedikt Esser, Präsident des RDA Internationale Bustouristik Verbands, forderte mehr Reiseparkplätze in Innenstädten. Die momentane Situation mit zu wenigen innerstädtischen Parkplätzen führte zu Brüchen in der Reise und das wiederum dazu, dass das Reisen beschwerlich und unattraktiv werde. „Wenn man etwas für das Klima und die Luftreinhaltung tun will, dann muss man die Busse in die Stadt lassen, weil sie den niedrigsten Verbrauch und die kleinste Schadstoffbilanz haben“, argumentierte Esser. „Die Energiekosten sind so weit gestiegen, dass wir diese kaum noch stemmen können“, berichtete Anja Graf, Prokuristin bei der Anton Graf GmbH, aus dem familien-eigenen Busunternehmen. Hilfen der Regierung kämen bei den Busbetrieben nicht an und man könne die gestiegenen Preise

auch nicht einfach an die Kunden weiterreichen, da man diese sonst verlore. „Die Senkung der Mehrwertsteuer wäre etwas, was uns wirklich helfen würde“, appellierte Graf an die Ausschussmitglieder. Das Neun-Euro-Ticket sei eine gute Gelegenheit gewesen, den Linienverkehr für mehr Menschen attraktiv zu machen, sagte Patrick Kurth, Leiter Politik bei FlixBus. Doch bei dem Angebot hätten Fernreiseanbieter wie FlixBus nicht mithalten könne. Das gleiche gelte für das nun in Planung befindliche 49-Euro-Ticket, „außer der Fernbus wird inkludiert“, sagte Kurth. Der Bus biete den Vorteil, auch Orte ohne Schienenanbindung zu erreichen. Rund 90 Städte und Gemeinden in Deutschland ohne Schienenanbindung könnten über Fernbusse an den öffentlichen Verkehr angebunden werden, so Kurth.

**Antriebswende bis 2030** Zustimmung bekam der Fachmann von Melina Strohkirch, Referentin für Touristik beim Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen: Das 49-Euro-Ticket werde für Reisebusunternehmen einen Wettbewerb gerade bei Tagesfahrten und Städtetrips bedeuten, bei dem die Betriebe unterliegen würden, da sie ihr Knowhow nicht zu diesem Preis anbieten könnten. Sie forderte eine allge-

meine Vorschrift, durch die auch die Reise- und Fernbusbranche in das neue Angebot integriert werden könne. Zusätzliche 100 Millionen Euro im Haushalt hält Norbert Mauren vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen für nötig, um den autonomen Shuttleverkehr zu fördern. Mit selbstfahrenden Fahrzeugen könne die sogenannte erste beziehungsweise letzte Meile im touristischen Verkehr effizient bedient werden. Um die Umsetzbarkeit zu testen, seien mindestens fünf Pilotprojekte à 20 Millionen Euro nötig. Zudem müsse die gesetzliche Grundlage für den Einsatz autonomer Shuttle geschaffen werden, sagte Mauren. Till Oberwörder, Leiter bei Daimler Buses und Vorsitzender der Geschäftsleitung bei der EvoBus GmbH, berichtete vom Stand bei den neuen Antriebstechnologien: Man rechne damit, dass bis 2025 für das Überlandsegment batteriebetriebene Fahrzeuge zur Verfügung stünden, bis zum Ende der Dekade dann Reisebusse, die entweder elektrifiziert oder mit Wasserstoff betrieben würden. Damit dies jedoch Realität werde, sei es notwendig, bereits jetzt mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur für batteriebetriebene und der Tankstelleninfrastruktur für Busse mit Wasserstoffantrieb zu beginnen. **emu**

## Sachverständige wollen Familien mehr entlasten

**STEUERN** Angesichts der drastisch steigenden Preise haben mehrere Sachverständige in einer Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche die bisher von der Koalition geplanten Maßnahmen im Inflationsausgleichsgesetz als unzureichend bezeichnet und deutlich höhere Entlastungen vor allem der Familien angemahnt. Als Hauptgrund wurden die in dem Gesetzentwurf zugrunde gelegten Inflationsprognosen bezeichnet, die von der Realität längst bei weitem überholt worden seien.

Grundlage der Anhörung war der von den Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich der Inflation durch einen fairen Einkommensteuertarif sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen (20/3496). Der Entwurf sieht vor, dass der Grundfreibetrag im kommenden Jahr von derzeit 10.347 Euro auf 10.632 Euro steigen soll. 2024 soll der Grundfreibetrag weiter auf 10.932 Euro erhöht werden. Außerdem sollen Kinderfreibetrag und Kindergeld angehoben werden. Das Kindergeld soll im nächsten Jahr für das erste, zweite und dritte Kind auf einheitlich 237 Euro pro Monat erhöht werden. Diese Erhöhung in einem Schritt soll für die Jahre 2023 und 2024 gelten. Somit steigt das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 18 Euro und für das dritte Kind um zwölf Euro monatlich.

Der Bund der Steuerzahler erklärte, die Annahmen der Regierung seien überholt. Auch Professor Johanna Hey (Universität zu Köln) sagte, wenn sich die Entwicklung der Inflation so fortsetze wie in den letzten Monaten, sei bei Grund- und Kinderfreibeträgen eine weitere Anhebung erforderlich. Sie kritisierte, dass sich der Entwurf des Inflationsausgleichsgesetzes auf die mittlerweile überholte Frühjahrsprojektion der Bundesregierung zur Inflation für 2022 von 5,76 Prozent stütze. Das sei die „CruX“ des Gesetzentwurfs.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bezeichnete eine Inflationsbereinigung des Einkommensteuertarifs als grundsätzlich sinnvoll. Angesichts der hohen fiskalischen Kosten sollte diese auf Steuerpflichtige mit niedrigen und mittleren Einkommen konzentriert werden. Diese seien von der Inflation besonders stark betroffen.

Der Deutsche Familienverband erklärte, dass die geplanten Erhöhungen bei Kinderfreibetrag und Kindergeld leider deutlich hinter dem Notwendigen zurückbleiben würden. Kindergeld, Kinderfreibetrag und weitere kinderbezogene Freibeträge müssten kurzfristig an die Inflationsrate angepasst werden. Nach Ansicht der Organisatoren werden große Familien zu wenig entlastet. Das vierte Kind und weitere Kinder würden bei der vorgesehenen Kindergelderhöhung leer ausgehen.

Katja Rietzler (Hans-Böckler-Stiftung) und andere Sachverständige kritisierten, dass Bezieher höherer Einkommen durch den Kinderfreibetrag stärker entlastet würden als Normalverdiener. Beim heutigen System gelte: Je höher das Einkommen, desto größer sei der sich daraus ergebende finanzielle Vorteil durch den Kinderfreibetrag, ergänzte der Deutsche Gewerkschaftsbund. Das sei jedoch eine natürliche Folge des progressiv verlaufenden Steuertarifs, erklärte Professor Rudolf Mellinghoff (Ludwig-Maximilians-Universität München). Nur bei einer „Flat Tax“ (einem einheitlichen Steuersatz von zum Beispiel 20 Prozent) würden alle gleich profitieren. **hle**

## Insolvenzrecht wird angepasst

**RECHT** Aufgrund der Energiekrise soll – ähnlich wie während der Corona-Pandemie – das Sanierungs- und Insolvenzrecht temporär angepasst werden. So soll etwa der Prognosezeitraum für die Überschuldungsprüfung von zwölf auf vier Monate verkürzt werden.

Diese Änderungen brachte der Bundestag vergangenen Donnerstag einstimmig bei Gegenstimmen der AfD auf den Weg. Die Koalitionsfraktionen hatten dazu im Rechtsausschuss den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Abschaffung des Güterrechtsregisters um entsprechende Änderungen ergänzt (20/2730, 20/4087). Umgesetzt werden sollen diese Regelungen im bisherigen Covid-19-Insolvenzsetzungsgesetz, das mit der Änderung zum Sanierungs- und insolvenzrechtlichen Krisenfolgenabmilderungsgesetz werden soll.

Den verkürzten Prognosezeitraum angesichts steigender Energiepreise begründete die Koalition damit, dass so vermieden werden solle, dass Unternehmen „wegen dieser allgemeinen, alle Marktteilnehmer treffenden Unsicherheiten in ein Insolvenzverfahren gezwungen werden. Die Bundesregierung hatte die bis zum 31. Dezember 2023 befristeten Regelungen als Teil ihres dritten Entlastungspakets beschlossen. **scr**

# Das erste Jahr

**NEU IM PARLAMENT** Drei junge Abgeordnete und ihre Erfahrungen im Bundestag



Will Arztbesuche verständlicher machen: Linda Heitmann (40).

© linda-heimann.de

## Laufen gegen lange Tage

**LINDA HEITMANN (GRÜNE)** Wahlkreis Hamburg-Altona

Der Ausgleich ist Linda Heitmann wichtig, dafür räumt sich die Abgeordnete aus Hamburg-Altona auch mal einen Slot im Terminkalender frei. Rein in die Laufschuhe und raus aus dem Bundestag, entlang der Spree, durch den Tiergarten, den Kopf freikriegen. Die vielen Besprechungen und Sitzungen kann sie so am besten sortieren und verarbeiten. Heitmann hat kürzlich auch eine Laufgruppe im Bundestag ins Leben gerufen, überfraktionell. Wer Lust habe, könne sich bei ihr melden, sagt sie. Die Hamburgerin, Mutter einer zehnjährigen Tochter, wirkt ausgeglichen und als sei sie nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Linda Heitmann ist ein bisschen nordische Zurückhaltung und ganz viel Sachpolitik. Mit dem Gesundheitsausschuss und dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz habe sie genau die Fachgebiete bekommen, in denen sie arbeiten wollte, sagt Heitmann. Die gebürtige Hamburgerin, Jahrgang 1982, studierte Politikwissenschaft und Geografie in Hamburg und Cork, Irland. Sie hatte verschiedene Positionen bei den Grünen in der Hansestadt inne, saß von 2008 bis 2011 in der Hamburgischen Bürgerschaft und leitete von 2016 an bis zu ihrer Wahl in den Bundestag die Hamburgische Landesstelle für Suchtfragen. Eine faire Gesundheitsversorgung ist ihr Thema, und eines der politischen Projekte, das sie lieber früher als später umsetzen will, ist die Sprachmittlung im Gesundheitswesen. Auch wenn die meisten Themen aus ihrem Ressort momentan noch hinter der Coronapandemie zurücktreten müssen.

**»Ich finde es ehrlicher, auch mal zu sagen, dass man etwas nicht genau weiß.«**

Linda Heitmann

„Ich finde schon, dass das eine große Dringlichkeit hat, gerade angesichts der Geflüchteten aus der Ukraine, die jetzt in Deutschland leben. Sie haben natürlich einen Anspruch auf eine gute Gesundheitsversorgung, können sich aber vielfach nicht verständlich machen. Das muss angegangen werden.“ Heitmanns zweiter Schwerpunkt ist die Drogen- und Suchtpolitik. „Da warten jetzt ja alle darauf, dass die Legalisierung von Cannabis kommt“, sagt Heitmann mit einem Schmunzeln. Die 40-Jährige hatte bereits vor ihrem Einzug in den Bundestag in Hamburg Erfahrungen im parlamentarischen Betrieb sammeln können. Dennoch beschreibt sie das Amt im Bundestag als eine neue Herausforderung: „Am Anfang war es schon ein großer Batzen an Aufgaben, der sich da vor einem auftürmte.“ Eine Wohnung suchen, sich den Arbeitsgruppen zuordnen, Abläufe kennenlernen, Vorgaben lernen, an die man sich zu halten hat. Als Abgeordnete ist man zudem plötzlich Chefin – sechs Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter-

stützen Heitmann in ihren Büros, vier in Berlin und zwei im Wahlkreis, die müssen erstmal gefunden, eingestellt und koordiniert werden. Sie habe zwar als Leiterin der Suchthilfe schon Erfahrung in dem Bereich gemacht, dennoch sei sie dankbar gewesen für die Hilfe aus der Fraktion, erzählt Heitmann. Nach etwa einem halben Jahr habe sie das erste Mal das Gefühl bekommen, dass das Wichtigste erledigt sei und sie „endlich anfangen kann zu arbeiten“. Die Sitzungswochen seien anstrengender als sie vorher dachte, gesteht Heitmann, und die Arbeitsbelastung im Bundestag nochmal deutlich höher als in der Bürgerschaft. Die Tage im parlamentarischen Betrieb seien sehr lang, in der Regel arbeite sie von 7 bis 22 Uhr. Gleichzeitig sei sie ein wenig enttäuscht davon, dass alles viel zäher sei und viel langsamer gehe. „Das hatte ich mir ein bisschen anders vorgestellt.“ Das sei ein Stück weit frustrierend, zeige ihr aber auch, dass man als Parlamentarierin einfach eine gewisse Zeit brauche, um Dinge voranzubringen. „Es ist nicht so, wie viele Menschen vielleicht denken, dass man jemanden, der nach vier Jahren nichts Großes erreicht hat, einfach grundsätzlich als nicht geeignet abstempeln und jemand neuen wählen sollte.“ Für viele Projekte brau-

che es einfach mehr Zeit, um sie umzusetzen oder in der eigenen Fraktion erstmal Mehrheiten dafür zu gewinnen.

„Unter Umständen reichen da vier Jahre einer Legislaturperiode nicht aus, um sichtbare Verbesserungen zu erreichen. Und das wird allen so gehen, die neu ins Parlament kommen.“ Kontinuität und der Wille, an einer Sache dranzubleiben, seien im Bundestag besonders wichtig, habe sie gelernt. Zu Hause im Wahlkreis sei es zudem manchmal schwierig zu vermitteln, dass sie nicht in jedem politischen Thema ganz tief drinstecke. „Ich finde es aber ehrlicher, dann zu sagen, dass man etwas nicht genau weiß und sich lieber schlauzumachen, anstatt mir was aus den Fingern zu saugen und im Zweifel etwas Falsches zu sagen.“

Was sie am Bundestag positiv überrascht habe, ist der Umgang mit der Etikette: „Es gibt keine großen Kleidervorschriften oder ähnliches. Ich ganz froh drüber, dass ich als Abgeordnete auch weiterhin meine Persönlichkeit ausdrücken kann und mich nicht in Kostümchen zwängen muss.“ Als Mutter setzt sie wie viele der anderen jungen Frauen im Parlament ein Zeichen für die Vereinbarkeit von Karriere und Familie. „Bevor ich kandidiert habe, haben mein Mann und ich lange darüber gesprochen, dass sich die Verantwortung neu aufteilen wird. Mein Mann trägt jetzt für das Kind und alles, was in Hamburg passiert die Hauptverantwortung.“ **Elena Müller**

## Im Herzen Europäerin

**CATARINA DOS SANTOS-WINTZ (CDU)** Wahlkreis Aachen II

Wäre sie nicht regelmäßig mit dem Zug für das Jurastudium nach Köln gependelt, hätte die Union vielleicht eine Nachwuchspolitikerin weniger: Dort fragte ein ehemaliger Mitschüler und der Vorsitzende der Jungen Union Aachen-Land Catarina dos Santos-Wintz, ob sie nicht mal vorbeikommen wolle – und bohrte noch zwei Mal nach, bis sie tatsächlich kam. 2014 war das. „Das war keine klassische Junge-Union-Karriere, ich war da eher spät“, sagt die jüngste Abgeordnete der Unionsfraktion mit einem Schmunzeln. Sie übernahm einige Posten, begann, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren und zog im vergangenen Jahr in den Bundestag ein. „Ich hab nie geplant, für den Bundestag zu kandidieren und trotzdem bin ich jetzt froh, dass ich hier bin“, sagt die 28-Jährige, die man als bodenständige Frohnatur beschreiben könnte. Bisher sei jeder Tag im Parlament anders, sagt sie und hofft, dass das auch so bleibt – begeistern kann sie sich nämlich für viele Themen. Oft muss sie aber zeitlich priorisieren: „Ohne meinen digitalen Kalender und mein Team würde das alles nicht funktionieren, geschweige denn, hätte ich einen Überblick, wann ich wo sein müsste.“

Darauf, wie schnell sie und ihr Team sich in die neuen Themen zwischen Europa, Recht und Digitalem eingearbeitet haben, ist sie stolz und auch darauf, dass sie nun ein richtiges Büro haben und sich nicht einen Raum zu dritt teilen müsse – einer der „kleinen Erfolge“, wie sie es nennt. Dos Santos-Wintz ist fest verwurzelt mit ihrer Heimatstadt Eschweiler in der Städte-Region Aachen. Wenn es geht, kehrt sie jedes Wochenende dorthin zurück. Dass die Politik ihre Hauptbeschäftigung werden würde, war Anfang 2021 noch nicht klar: Nachdem sie im April als Kandidatin aufgestellt wurde, fiel der Wahlkampf eher kurz aus, denn die Flutkatastrophe im Juli 2021 traf ihre Heimatregion schwer. „Die Nachwehen vom Hochwasser sind immer noch ein schwieriges Thema – auch weil die Aufmerksamkeit natürlich nicht mehr so groß ist“, berichtet sie. Es sei ihre Aufgabe, weiter auf die Folgen hinzuweisen, Ortstermine zu machen und zuzuhören. Dos Santos-Wintz ist ein Arbeitstier – das zeigt nicht nur ihr Lebenslauf, sondern auch ihre Wortwahl: Oft sagt sie Sätze wie: „Das gehört zum Beruf dazu.“ Nicht selten schreibt sie vor den Bundestags-Sitzungen noch einen Antrag fürs Kommunalparlament. Heute etwa ging es darum, eine bestimmte Art Photovoltaik-Anlage in eine regionale Förderung hineinzubekommen. „Mein Wahlkreis ist für mich das wichtigste Thema“, betont sie. Neben ihrem kommunalpolitischen Engagement im Stadtrat von Eschweiler und im Städteregionstag

**»Das war keine klassische Junge-Union-Karriere, ich war da eher spät.«**

Catarina dos Santos-Wintz

Aachen hat sie ihr Jura-Studium beendet und ihr Referendariat abgeschlossen. Als Anwältin gearbeitet hat sie auch. Schwerpunkt? Unternehmensnachfolgen bei Familienunternehmen. „Für mich war es wichtig, eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben, bevor ich ein politisches Mandat aufnehme“, erklärt sie. In den Bundestag ist sie ohne große Erwartungen gekommen: „Ich wusste, es wird alles neu und erstmal chaotisch. Man konnte zwar Wünsche für Ausschüsse abgeben, aber im Endeffekt startet man ja doch ein bisschen bei Null“, sagt sie. Gold wert gewesen seien die Tipps von erfahrenen Fraktionskollegen, die vor Anfängerfehlern bewahrten. Was wäre so ein Fehler? „Zum Beispiel zu denken, dass man alle Vorlagen für eine Sitzung bis ins letzte Detail verstehen und durcharbeiten kann“, erklärt sie. Die nächsten Jahre will sie nutzen, um mit

ihrem papierlosen Büro als positives Beispiel voran zu gehen. „Bis auf die zehn Prozent Post arbeiten wir zu 90 Prozent papierlos“, sagt dos Santos-Wintz nicht ohne Stolz. Auch ihre Reden im Bundestagsplenum hält sie seit dem ersten Tag nur mit ihrem Ipad, ein „Tick“ von ihr, wie sie es nennt. Die 28-Jährige möchte ein Vorbild sein und für eine moderne Union stehen: Auf TikTok hat sie ein Erklärformat gestartet, um junge Menschen mit niedrigschwelligem Inhalten anzusprechen. „Das mache ich nicht, weil ich so viel Zeit dafür habe, sondern weil es wichtig ist und jetzt zum Job dazu gehört, für Aufklärung zu sorgen“, sagt sie mit Nachdruck. Erstaunt habe sie, wie frei man in der Gestaltung des Mandats sei – „da ist die Zeit eher der limitierende Faktor“, sagt dos Santos-Wintz. Gibt es noch mehr Limitierendes? „Ich versuche, mir aktiv Räume für meine Familie und meinen Mann freizuhalten, dafür trage ich mir zum Beispiel Zeitslots in meinen Kalender ein“, erzählt sie. Die Legislatur sei ein Marathon und kein Sprint. Auf sich zu achten, gelinge ihr manchmal besser, manchmal schlechter – aber auch das, da ist es wieder, „gehöre zum Job dazu“.

Im Europaausschuss ist sie Mitglied aus vollem Herzen. Als Kind verbrachte sie den Sommer bei ihrer Familie in Portugal. „Ich bin in Lissabon geboren, nach meiner Geburt nach Eschweiler gekommen und europäisch mit zwei Sprachen und Kulturen aufgewachsen“, erzählt sie. Als stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Portugiesischen Parlamentariergruppe freut sie sich über jeden Austausch mit der zweiten Heimat – mit ihrer doppelten Staatsbürgerschaft und ohne Dolmetschung zu benötigen, öffne man eventuell ja auch die eine oder andere Tür, meint sie. **Lisa Brübler**



Will das papierlose Büro etablieren: Catarina dos Santos-Wintz (28).

© catarinadosantos.de



Will Verfahren beschleunigen: Armand Zorn (34).

© Moritz Erdt

## Veränderung verkörpern

**ARMAND ZORN (SPD)** Wahlkreis Frankfurt am Main I

Den Unternehmensberater merkt man ihm an, aber nicht im negativen Sinn. Aufgeräumt, so kann man Armand Zorn beschreiben. Zielstrebig, fokussiert, aber im Gespräch zugewandt. In dem hellen, ordentlichen Büro im Modulbau in der Adelle-Schreiber-Krieger-Straße sitzt kein kalter Wegsparrer, sondern jemand, der mit seiner Arbeit im Bundestag das Land voranbringen will. Wie das gelingen kann? „Auf jeden Fall mit mehr Tempo bei Transformationsprojekten“, findet Zorn. Die Abläufe und Prozesse im politischen Berlin böten da seiner Meinung nach gute Ansatzpunkte. „Was ich im Bundestag bis jetzt wahrgenommen habe, sind im Kleinen dieselben Herausforderungen wie in der Bundesrepublik im Großen.“ Warum man zum Beispiel immer noch Formulare ausdrücke, unterschreibe und wieder einscane, sei ihm ein Rätsel. Doch Veränderungen und Wandel herbeizuführen, das sei nicht einfach, auch wenn im Prinzip alle dafür seien.

Veränderung sei etwas, das am Ende nicht nur von der Struktur, sondern von jedem Einzelnen abhängt: „Es geht darum, dass wir unser Verhalten ändern müssen. Das fällt dann oft nicht leicht, deshalb kommt man langsamer voran, als wir gerne würden.“ Auch bei den parlamentarischen Verfahren stellt Zorn die Frage, ob das alles so noch zeitgemäß ist: „Ich arbeite gerne und auch gerne lange, aber ob Sitzungen, die bis ein Uhr nachts dauern, dazu beitragen, dass wir bessere Beschlüsse fassen, das wage ich zu bezweifeln.“

Dabei muss nicht alles immer schnell, schnell gehen. Zorn macht den Eindruck, Entscheidungen erst gut abzuwägen, sie dann aber zügig umzusetzen. Dass er erreicht, was er sich vornimmt, zeigt sein Lebenslauf: Zorn wurde 1988 in Kamerun geboren und kam im Alter von zwölf Jahren nach Deutschland. Und hat eine steile Bildungskarriere hingelegt: Nach dem Abitur studierte er Politik- und Geschichtswissenschaft in Halle-Wittenberg und Paris. Auf den Bachelor folgten ein Master in Politik- und Verwaltungswissenschaften und ein weiterer in Wirtschaftsrecht. Zorn arbeitete für die französische Nationalversammlung und war von 2015 an bis zu seinem Einzug in den Bundestag als Unternehmensberater in Frankfurt am Main tätig – die Stadt, deren nordwestliche Stadtteile er nun in Berlin vertritt.

Auf sein erstes Jahr im Bundestag zurückblickend, sagt er: „Ich habe zwar keine persönlichen Vergleichsmöglichkeiten, aber bis jetzt fühlt sich das nicht nach einer normalen Legislaturperiode an.“ Dafür reagiere die Politik momentan zu sehr auf die Krisen. „Aber wir wollen nicht, dass das zum Normalzustand wird.“ Doch aus den

Krisen könnte auch die Chance erwachsen, jetzt die Weichen für Veränderungen zu stellen, zeigt er sich optimistisch. Alles in allem zieht Zorn eine durchaus positive Bilanz seines ersten Jahres als Abgeordneter. Er habe zwar gar keine allzu konkreten Vorstellungen davon gehabt, wie die Arbeit aussehen werde. Es sei ein anstrengender Job, der vielseitig sei und bei dem man einiges bewegen könne, findet Zorn. Die kommenden drei Jahre will er nutzen, um Abläufe zu optimieren, zum Beispiel Planungs- und Genehmigungsverfahren, die müssten viel schneller und einfacher werden.

Zorn hat in Deutschland selbst Erfahrungen mit Rassismus gemacht. Deshalb will er sein Mandat auch nutzen, um ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen dafür, dass sich die Gesellschaft in Deutschland, die Politik und jene, die sie machen, weiterentwickeln können, diverser werden können.

**»Ich merke, dass sich allein durch meine Wahl etwas geändert hat.«**

Armand Zorn

Neben dem 34-Jährigen sitzen mit Parteifreund Karamba Diaby und der Grünen Awet Tesfaiesus drei schwarze Abgeordnete im Bundestag. Zwar spiele seine Hautfarbe innerhalb des Hauses keine Rolle. Aber nach außen, da habe es eine Wirkung: „Ich merke schon, dass sich allein durch meine Wahl etwas geändert hat.“ Es erreichten

ihn viele Kontaktanfragen von People of Colour, nicht nur aus seinem Wahlkreis, sondern aus ganz Deutschland. „Daran merke ich, dass mein Mandat, unabhängig meines Wahlkreises oder meiner politischen Schwerpunkte, für viele Menschen ein Zeichen ist, dass sich etwas verändern kann, dass sie sich mit mir identifizieren.“ Und das neue Leben zwischen zwei Städten? In seinem früheren Job sei er viel unterwegs gewesen, habe oft unter der Woche in Hotels gewohnt, erzählt Zorn. Deshalb wolle er nicht, wie es manche seiner Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen tun, in einem Hotel übernachten, wenn er für die Sitzungswoche in Berlin ist. Der Parlamentarier hat sich in der Hauptstadt eine Wohnung gesucht: „Es ist schöner, wenn man nach einem langen Tag abends in das eigene Zuhause kommen kann.“ An die zweifache Haushaltsführung, das „Doppelleben“, habe er sich gewöhnen müssen, räumt Zorn ein. „Im schlechtesten Fall sind beide Kühlschränke, der in Frankfurt und der in Berlin, leer“, sagt Zorn lachend. Die Zeit im Wahlkreis nutzt er immer gerne, um mit Bürgerinnen und Bürgern und Initiativen ins Gespräch zu kommen, macht Praktika in ansässigen Unternehmen, tourt durch die Stadtteile und kommuniziert intensiv über die sozialen Medien. „Ich finde den Austausch wichtig, den Kontakt zu den Menschen, die ich in Berlin verrete.“ **Elena Müller**

# »Das ist wirklich zu wenig«

**BÄRBEL BAS** Die Bundestagspräsidentin über ihr erstes Jahr im zweithöchsten Staatsamt, das Parlament in Krisenzeiten, Wahlrechtsreformen und ihre Arbeit im Wahlkreis

**Frau Präsidentin, Sie stehen jetzt seit einem Jahr an der Spitze des Bundestages. In diesem Jahr scheint sich so ziemlich alles verändert zu haben, ausgelöst vom russischen Krieg gegen die Ukraine. Sehen Sie vor den unzähligen Herausforderungen eine besondere Aufgabe auch für das zweithöchste Amt im Staat?**

In diesen besonders herausfordernden Zeiten für uns alle hat sich mit dem Krieg auch die Rolle unseres Parlaments und meine Rolle als Bundestagspräsidentin verändert. Wir sind im Krisenmodus. Das merke ich zum Beispiel bei meiner Rolle als Repräsentantin des Deutschen Bundestages im Ausland. Bei meinen ersten Treffen mit anderen Parlamentspräsidentinnen oder -präsidenten haben wir stärker über praktische Fragen gesprochen: Wie die Parlamente arbeiten, wer schon digital abstimmt. Mit dem Krieg haben die außenpolitischen Termine deutlich zugenommen. So nehme ich in diesen Tagen an der Krim-Plattform teil, zu der mich mein ukrainischer Amtskollege Ruslan Stefanchuk nach Zagreb eingeladen hat. Die Themen Energieversorgung und Preissteigerungen drohen in vielen Ländern zu sozialen Problemen zu führen. Natürlich ist all das gerade für die Parlamente und ihre Abgeordneten eine große Herausforderung. Es geht um den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Akzeptanz politischer Entscheidungen in Krisenzeiten bei uns und in Europa.

**Zeiten, in denen viele Menschen das Gefühl haben, dass sie eine Krise nach der anderen durchleben müssen: Erst die Pandemie, dann der russische Überfall auf die Ukraine, die Energiekrise, daneben der Klimawandel. Inwieweit spüren Sie das auch im Parlamentsbetrieb?**

Wir haben mehrere schwierige Krisen parallel. Die Pandemie ist noch nicht vorbei, gerade steigen wieder die Infektionszahlen. Dazu kommt die Energiekrise. Und absehbar eine Rezession. Als der Koalitionsvertrag vereinbart wurde, sah die Welt noch anders aus. Da ging es um viele in die Zukunft gerichtete Themen, die wir nicht vergessen dürfen. Jetzt spürt man im Parlamentsbetrieb, dass es überwiegend um Krisenmanagement geht.

**Wie macht sich das bemerkbar?**

Abläufe werden komprimiert, Fristen werden abgekürzt. Das beschäftigt mich natürlich als Präsidentin. Mir ist es wichtig, dass die Abgeordneten genug Zeit haben, Themen zu beraten. Wenn viele wichtige Themen parallel laufen, ist das eine große Herausforderung für alle Abgeordneten, auch für die erfahrenen. Positiv ist aber: Der Deutsche Bundestag war selbst in den schwierigsten Coronamonaten jederzeit arbeitsfähig, und auch die aktuellen Abläufe bekommen wir hin, Abgeordnete und Verwaltung in gemeinsamer Anstrengung.

**Sie gehören seit 2009 dem Bundestag an, haben sich einen Namen gemacht als profilierte Gesundheitspolitikerin. Sie sagten eben, dass die aktuelle Situation in der Außenpolitik mehr inhaltliche Diskussionen mit sich bringt. Wie ist das in-**

**nenpolitisch: Können Sie sich da noch in das Tagesgeschäft einbringen – und falls nicht: Vermissen Sie das?**

Ich würde mich einbringen, wenn ich es

**„Soweit es um die Größe des Bundestages geht, muss es spätestens Anfang nächsten Jahres zu einer Grundsatzentscheidung kommen.“**

für notwendig halte. Aber natürlich hat man im Amt der Bundestagspräsidentin eine andere Rolle. Das bedeutet ganz klar weniger politisches Tagesgeschäft. Ob ich das vermisse? In den vergangenen Jahren habe ich zum Beispiel intensiv am Infektionsschutzgesetz gearbeitet; diese Nachtsitzungen vermisse ich nicht. Auf der anderen Seite gibt es viele parlamentarische Themen, aktuell zum Beispiel die Wahlrechtsreform, wo ich mich als Präsidentin des Bundestages einmischen kann, und dies im Sinne der Wählerinnen und Wähler auch tue. Sicherlich bleibe ich auch bei anderen Themen nicht immer völlig neutral, weil ich nach wie vor Abgeordnete bin. Ich stimme als Abgeordnete ab und habe meinen Wahlkreis in Duisburg, aus dem ich die Themen der Menschen mit nach Berlin nehme. Aber in meiner Rolle als Präsidentin verrete ich das Haus in Gänze.

**Schaffen Sie es noch, im Wahlkreis Termine so wie früher wahrzunehmen, etwa mit Bürgersprechstunden?**

Die Wochen im Wahlkreis sind leider etwas weniger geworden, vor allem da ich Auslandsreisen immer in Nicht-Sitzungswochen absolviere. Während der Sitzungswochen bin ich natürlich durchgehend hier im Hause. Wenn ich Glück habe, schaffe ich in sitzungsfreien Wochen drei Tage in meinem Wahlkreis, die ich dann intensiv für Bürgergespräche, Treffen mit Organisationen oder Unternehmensbesuche nutze. Mir ist es sehr wichtig, mich vor Ort auszutauschen und die Stimmung der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Dafür sind wir Abgeordnete da.

**In Ihrer Rede zum Tag der Deutschen Einheit betonten Sie die Bedeutung des demokratischen Streits und mahnten, dass die Demokratie Schaden nehme, wenn sich engagierte Menschen zurückzögen. Der Bundestag sollte in der Form der demokratischen Auseinandersetzung Vorbild sein. Welche Note bekommt er in diesem ersten Jahr der 20. Wahlperiode?**

Die Frage ist, wofür ich die Note vergebte: Für die Diskussionskultur? Dafür, wie wir von außen wahrgenommen werden? Also, insgesamt: Da wir noch Verbesserungsmöglichkeiten haben, würde ich uns für das



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) vergangene Woche in ihrem Büro im Berliner Reichstagsgebäude beim Gespräch mit „Das Parlament“

© Deutscher Bundestag/Henning Schacht

erste Jahr eine Drei plus geben. Ich habe in meiner Antrittsrede gesagt, dass es wichtig ist, wie wir hier im Haus miteinander reden. Wir haben sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die die Debatten verfolgen, und ich bekomme viele Briefe, in denen es heißt, wir benähmen uns manchmal wie im Kindergarten. Tatsächlich können wir im Parlament beim Umgang miteinander noch besser werden. Als Präsidium achten wir gemeinsam darauf, dass es fair zugeht und gleichzeitig eine lebendige Debatte möglich ist. Konstruktiver Streit ist das Kernstück parlamentarischer Demokratie – hart in der Sache, aber fair im Umgang.

**Bei der Bundestagswahl vor einem Jahr sind relativ viele junge Politiker ins Parlament gewählt worden. Spüren Sie neue Akzente, die die Neuwerner setzen?**

Vielen Neuwerner geht es so wie mir am Anfang: Man will sofort Dinge umsetzen. Ich denke, vielen Jungen fehlt noch die Geduld, was die Abläufe angeht, und vielleicht ist diese Unruhe auch ganz gut. Sie wollen digital arbeiten. Sie kommen aus einer ganz anderen Kultur. Die jungen Abgeordneten drängen darauf, dass wir modernere Strukturen im Haus bekommen. Dass die Prozesse schneller und einfacher ablaufen. Ich teile viele dieser Punkte und wir arbeiten daran.

**Modernere Strukturen, worauf zielt das?**

Das zielt auch auf Politik und Familie. In dieser Legislaturperiode sind unter den Ab-

geordneten viele junge Mütter und Väter, die sagen: Familie ist mit unserem Sitzungsrhythmus kaum zu vereinbaren. Und wenn ihr Kind in einer Sitzungswoche mit dabei ist, wünschen sie sich, dass sie hier im Bundestag auch ausgestattete Räumlichkeiten haben, wo die Kinder betreut werden können. Da hat mein Vorgänger Wolfgang Schäuble schon viel möglich gemacht und wir arbeiten auch bei diesem Thema an Verbesserungen. Ein noch schwieriger Punkt sind die Nachtsitzungen. Das werde ich bedauerlicherweise nicht lösen können, weil die Fraktionen selbst bestimmen, wie sie die Tagesordnung gestalten und wie viel Redezeit sie ansetzen. Wenn wir bis tief in die Nacht tagen, geht das an die Substanz und macht jungen Eltern die Betreuung ihrer Kinder schwierig. Das gilt übrigens auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten und der Bundestagsverwaltung.

**Sie haben jüngst mit einer Ihrer beiden Vorgängerinnen im Amt, Rita Süssmuth, eine Veranstaltung zum Thema Parität, also zur gleichen Teilhabe von Frauen in der Politik bestritten und darauf verwiesen, dass wir jetzt ein paritätisch besetztes Kabinett haben und im Bundestagspräsidium sogar mehr Frauen als Männer sitzen. Aber bei den Abgeordneten sind derzeit mit knapp 35 Prozent noch immer nur rund ein Drittel Frauen...**

Wir sollten auf jeden Fall weiter mit allem Nachdruck darauf drängen, den Frauenan-

teil in den Parlamenten zu erhöhen: Geht es, verfassungsrechtlich zulässige Möglichkeiten zu finden, bei der Listenaufstellung zu mehr Parität zu kommen? Es gab ja zwei Urteile, die zumindest in der Begründung Möglichkeiten aufzeigten.

**Von den Landesverfassungsgerichten in Brandenburg und Thüringen...**

Genau. Diese Rechtslage müssen wir mit Engagement und mit großer Sorgfalt prüfen. Die Parteien, die jetzt schon freiwillig paritätische Listen aufstellen, sind auch diejenigen mit dem größten Frauenanteil hier im Parlament. Die Quotenregelungen bringen also schon etwas. Aber 34,8 Prozent sind, nicht nur mir, wirklich zu wenig. Wir kommen seit zwanzig Jahren über diese Ein-Drittel-Grenze einfach nicht hinaus. Deswegen sollten wir dringend nach weiteren Instrumenten suchen.

**Aber den Parteien paritätische Listen vorzuschreiben, haben beide Gerichte ausgeschlossen.**

Ich würde trotzdem weiter versuchen, rechtliche Möglichkeiten zu finden, über das Wahlverfahren zu einem gerechteren Frauenanteil in den Parlamenten zu kommen. Das betrifft ja nicht nur den Bundestag, sondern auch Landes- und Kommunalparlamente. Die Wahlrechtskommission sucht hier nach wie vor nach Lösungen.

**Vor allem soll die Kommission Vorschläge zur Verkleinerung der Abgeordnetenzahl erarbeiten. 598 sollten es ei-**

## ZUR PERSON

1968 in Walsum (heute Duisburg) geboren, absolvierte Bärbel Bas nach verschiedenen Aus- und Fortbildungen ein Abendstudium zur Personalmanagementökonomin. 1988 trat sie in die SPD Duisburg ein und war von 1994 bis 2002 Mitglied im Rat ihrer Heimatstadt. Dem Bundestag gehört die stets direkt gewählte Duisburger Abgeordnete seit 2009 an. Seit Oktober 2021 ist die veritwete Sozialdemokratin mit den Hobbys Fußball und Motorradfahren Präsidentin des Deutschen Bundestages – als dritte Frau und als drittes SPD-Mitglied überhaupt in der Geschichte des Parlaments.

**gentlich sein, 736 sind es jetzt. Mal abgesehen von den Kosten: Sind 736 Abgeordnete zu viel? Der Bundestag scheint durchaus arbeitsfähig...**

Dass er arbeitsfähig ist, zeigen wir ja. Aber dass diese große Abgeordnetenzahl zu einer Erschwerung der Arbeit führt, ist für uns alle hier offensichtlich. Mein größtes Problem ist zudem, dass es nach oben keine Begrenzung gibt: Beim nächsten Mal könnten es auch 800 oder 900 Abgeordnete sein, und dann komme ich an faktische Grenzen. Allein bei den Räumlichkeiten. Bei der jetzigen Größe des Bundestages passt alles noch so gerade eben, die Verwaltung hat da wirklich Enormes geleistet, aber bei 800 oder mehr Abgeordneten müssten wir zum Beispiel in großem Stil zusätzliche Räume in externen Liegenschaften anmieten, was enorme logistische und Sicherheitsprobleme bedeutet, von den Kosten ganz zu schweigen.

**Bis wann, meinen Sie, muss die Wahlrechtskommission hierzu Ergebnisse vorlegen?**

Soweit es um die Größe des Bundestages geht und um die Frage eines Neuzuschnitts von Wahlkreisen, muss es spätestens Anfang nächsten Jahres zu einer Grundsatzentscheidung kommen. Ansonsten gälte die aktuelle Gesetzeslage, dass die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 280 reduziert werden soll. Ich höre, dass es in der Wahlrechtskommission einen breiten Konsens gibt, bei 299 Wahlkreisen bleiben zu wollen. Dann muss es aber auch spätestens Anfang 2023 eine Entscheidung dazu geben! Wir müssen zwingend wissen, ob die Wahlkreise neu zugeschnitten werden müssen. Denn das wäre ein längerer Prozess, der rechtzeitig vor der Wahl rechtskräftig abgeschlossen sein müsste. Ich erwarte daher baldige Klarheit zum Wahlverfahren. Andere Themen, wie die angesprochenen Paritätsfragen und eine mögliche Absenkung des Wahlalters, behandelt die Kommission gerade. Wir müssen auch damit rechnen, dass das neue Wahlgesetz gerichtlich überprüft wird. Darum meine ich, dass wir jetzt zügig zu den nötigen Entscheidungen kommen müssen.

**Ein Teil der Bundestagswahl 2021 wird voraussichtlich wiederholt, nämlich in Berlin wegen der zahlreichen Pannen am Wahltag. Die Beratungen im Prüfungsausschuss sind sehr strittig, auch Bundes- und Landeswahlleitung sind sich in der Bewertung der Pannen nicht einig. Schadet ein solcher Streit der Wahlprüfung?**

Konstruktiver und fairer Streit ist grundsätzlich wichtig für unsere Demokratie. Bei Fragen der Wahlprüfung wünsche ich mir allerdings einen möglichst breiten Konsens – wie bei allen Fragen des Wahlrechts. Die Wählerinnen und Wähler müssen darauf vertrauen können, dass Wahlen ordnungsgemäß ablaufen. Nur dann werden die Menschen auch zukünftig zur Wahl gehen und sich aktiv an unserer Demokratie beteiligen.

Das Gespräch führten Helmut Stoltenberg und Christian Zentner: ||



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Bundestag, wo er kurz vor dem Herbstgipfel der EU in Brüssel seinen Kurs im Ukraine-Krieg und in der Energiekrise erklärte.

© picture-alliance/photothek/Kira Hofmann

## Einfluss in Afrika wächst

**RUSSLAND** Für eine Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika setzt sich die Unionsfraktion ein. Russland nutze seinen begrenzten Einfluss äußerst geschickt, um durch „Guerrilla Geopolitics“ mit wenig Einsatz hohe (politische und wirtschaftliche) Erträge zu erzielen, schreiben die Abgeordneten in einem Antrag (20/4048), den der Bundestag zu weiteren Beratungen in die Ausschüsse überwiesen hat. Anders als das Engagement Chinas in Afrika geschehe dies „häufig verdeckt oder subtil“ wie etwa über die Söldnergruppe Wagner. Dies würde es dem Kreml erlauben, „eine direkte Einmischung zu verweigern und Sanktionen zu umgehen“. Das aktuelle russische Vorgehen in Mali und in den Jahren zuvor in der Zentralafrikanischen Republik gehören zu den konkretesten Beispielen, argumentieren die Abgeordneten. In ihrem Antrag fordern sie die Bundesregierung unter anderem auf, „eine kohärente und ressortübergreifende Strategie vorzulegen, wie mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika, insbesondere in der Sahelzone sowie in Zentralafrika und dem Horn von Afrika, umzugehen ist“. Außerdem sprechen sie sich für die Entwicklung einer Strategie aus, „um den breit angelegten und gegen westliche Staaten gerichteten Desinformationskampagnen, die Russland in Afrika steuere, eine geeignete, möglichst einheitlich europäische Antwort in Form von koordinierter public diplomacy entgegenzustellen“. Diese Antwort müsse sowohl falsche russische Vorwürfe gegen Deutschland und die EU glaubhaft widerlegen, sowie, wo angebracht, aktiv Verfehlungen Russlands aufgreifen und öffentlich thematisieren. **ah** ||

# Deal ohne Lösung

**EUROPA** Streit um Maßnahmen zur Eindämmung der Gaspreise geht in nächste Runde

**W**e have a Deal on Energy“, vermeldete EU-Ratspräsident Charles Michel am frühen Freitagmorgen froh auf Twitter. Nach mehrstündigen und anwesenden Diplomaten zufolge äußerst zähen Verhandlungen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel über die richtigen Instrumente gegen galoppierende Energiekosten habe es eine Einigung gegeben. Doch anders als es die Botschaft Michels vermuten lässt, ist der „Deal“ der 27 EU-Staaten ziemlich lückenhaft. Zentrale Fragen im Streit über den richtigen Weg zur Abfederung der Gaspreise bleiben weiter offen.

Zwar sind sich die EU-Länder jetzt einig, an einem Preisdeckel arbeiten zu wollen. Doch wie sollen die Kosten konkret begrenzt werden? Darüber will EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nun mit den Fachministern der Mitgliedstaaten beraten, wie sie am zweiten Gipfeltag ankündigt. Am Ende soll ein Gesetzesvorschlag zur Einführung eines Marktgleichgewichtsmechanismus stehen, „der Episoden überhöhter Gaspreise begrenzen

soll“. Im Gipfel-Beschluss ist von einem „vorübergehenden dynamischen Preisridor“ für den Gas-Handel die Rede, der die Versorgungssicherheit aber nicht gefährden soll. Nur: Zu alldem haben die EU-Staaten, von denen immerhin mehr als die Hälfte eine Gaspreisbremse befrwortet, ganz unterschiedliche Ideen. Neuer Streit ist also vorprogrammiert.

„Wir haben uns zusammengerufen“, freute sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gleichwohl in der belgischen Hauptstadt, wo er allerdings keinen einfachen Auftritt gehabt haben dürfte: Der deutsche Kurs in der Energiekrise mit dem 200-Milliarden-Euro-Entlastungspaket für private Haushalte und Unternehmen und einer nationalen Gaspreisbremse hat ihm den Vorwurf des Egoismus eingehandelt. Dass Scholz sich dann

noch gegen eine europäische Obergrenze für Gaspreise stemmte, verleitete Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in Brüssel zu der Einschätzung, Scholz sei als Vertreter Deutschlands in der EU „isoliert“. Ein vor dem Gipfel geplantes Ministertreffen beider Regierungen in Berlin und Paris wurde abgesagt wegen mangelnder Einigkeit in zentralen Punkten.

Scholz betonte auch nach dem Gipfel, er habe weiterhin „noch viele Zweifel“ in Bezug auf eine europäische Obergrenze für Gaspreise. In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag zum Treffen in Brüssel erklärte er nochmals warum: „Ein politisch gesetzter Preisdeckel birgt immer das Risiko, dass die Produzenten ihr Gas dann anderswo verkaufen – und wir Europäer am Ende nicht mehr Gas bekommen, sondern weniger.“ Er lobte jedoch, dass die EU Einkaufsgemeinschaften europäischer Unternehmen möglich machen und einen Teil der Kapazität der europäischen Gasspeicher im nächsten Jahr gemeinsam befüllen wolle. Einen weiteren Gipfel zur Energiefrage schloss er nicht aus.

**Zu langsam, zu wenig** Der Kanzler steht wegen seines Krisenmanagements nicht nur in Brüssel im Kreuzfeuer der Kritik. Auch die Opposition im Bundestag ließ in der Debatte im Anschluss an Scholz' Erklärung kein gutes Haar am Kurs der Ampelkoalition. „Deutschland dürfte in Brüssel als das Land in Europa bewertet werden, dessen Regierung in den letzten Monaten am heftigsten gestritten und mit am wenigsten bei der Entlastung der privaten Haushalte und Unternehmen erreicht hat“, warf Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU) dem Kanzler vor. Die besten Beschlüsse in Brüssel bewirkten überhaupt nicht, wenn die Bundesregierung in

Deutschland nicht schnell zu wirksamen Entlastungen komme.

Nach Ansicht von AfD-Fraktionschef Tino Chrupalla leidet die Bevölkerung unter einem von der Bundesregierung selbst entfachten „Wirtschaftskrieg“, der nachhaltig beschädige „was die Generationen vor uns mühevoll errichtet haben“. Dabei gebe es, betonte er, mit den russischen Nord-Stram-Pipelines die Möglichkeit, die Energieversorgung in Deutschland und Europa „souverän und preiswert sicherzustellen“. Wie Chrupalla forderte auch Fraktionschefin der Linken, Amira Mohamed Ali, ein Ende der Russland-Sanktionen. Sie würden Deutschland, der EU und den Ländern des Globalen Südens enorm schaden, während Russlands Kriegsmaschinerie unbeeindruckt weiter role, befand Mohamed Ali. Statt „lächerliche Entlastungspäckchen“ zu schnüren, müsse die Bundesregierung sofort einen Energiepreisdeckel für Verbraucher und Unternehmen sowie ein Wintergeld in Höhe von 1.500 Euro für jeden Haushalt mit kleinem und mittlerem Einkommen auf den Weg bringen, finanziert durch eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne und eine Vermögenssteuer.

„Vor uns stehen Krisengebirge mit sich überlappenden Krisen, dafür gibt es keine Blaupause“, nahm Achim Post (SPD) die Bundesregierung gegen die Vorwürfe in Schutz. Der Bundeskanzler handle vernünftig, pragmatisch und lösungsorientiert und habe Milliarden-schwere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. „Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, warum das als lächerlich eingeschätzt wird.“

„Die Entlastungen wirken“, befand auch Grünen-Fraktionschefin Britta Haßelmann, die der Unionsfraktion vorwarf, sich in der größten Krise „in Fundamentalopposition zu verkrüppeln“. Die Bundesregierung werde sich dafür stark machen, dass europäische und nationale Maßnahmen gegen hohe Energiepreise Hand in Hand gingen.

FDP-Fraktionschef Christin Dürre lobte das Ziel gemeinsamer Gaseinkäufe in der EU und eines Mechanismus zur Verringerung von Preisdynamiken im europäischen Gasmarkt. Zugleich müsse Deutschland sich energiepolitisch international diversifizieren, beispielsweise über Energiepartnerschaften mit Afrika. Sein Fazit: „Wir lassen in Deutschland niemanden alleine.“ **Johanna Metz** ||

**»Das Risiko ist, dass die Produzenten dann ihr Gas anderswo verkaufen.«**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)

**»Die Bundesregierung hat in Europa am wenigsten bei der Entlastung erreicht.«**

Unions-Fraktionschef Friedrich Merz (CDU)

## Weg frei für größte Ausbildungsmission der EU

**EUROPA** 15.000 Ukrainer sollen für den Kampf geschult werden. Deutschland übernimmt eine zentrale Rolle

In Mali hat die Europäische Union in neun Jahren 15.000 Soldaten ausgebildet. Für die Ukraine wollen die Mitgliedstaaten dasselbe in zwei Jahren leisten, eigentlich noch schneller. Mitte Oktober haben die Außenminister die Europäische Unterstützungsmission für die Ukraine, kurz EUMAM, beschlossen. Mitte November soll die Ausbildung beginnen. Das strategische Ziel besteht gemäß Mandat darin, die „militärische Fähigkeit der ukrainischen Streitkräfte zur Regeneration und zur effektiven Einsatzführung verbessern“, damit das Land seine territoriale Integrität verteidigen könne. Ein Teil der Soldaten werden Rekruten sein, die Gefallene und Verletzte ersetzen sollen. Es sollen aber auch militärische Führer auf allen Ebenen im Gefecht geschult werden, vom Zug bis zur Brigade. Zudem sollen Soldaten eine Spezialausbildung bekommen, als Sanitäter oder Minenräumer.

Auf die Zahl der auszubildenden Soldaten haben sich Brüssel und Kiew verständigt. Dabei handelt es sich um 12.000 gewöhnliche Soldaten und 2.800 Spezialkräfte, wie ein EU-Beamter erläuterte. Geführt wird die Mission durch den EU-Militärstab in Brüssel, das Kommando liegt beim französischen Vizeadmiral Hervé Bléjean. In Deutschland und Polen sollen nachgela-

gerte Hauptquartiere eingerichtet werden. Beide Länder wollen eine tragende Rolle übernehmen. So sagte das Bundesverteidigungsministerium einen Ausbildungsumfang „von bis zu einer Brigade“ zu, das können maximal 5.000 Soldaten sein. Polen hat seinen Beitrag noch nicht quantifiziert. Es wird sich auf die Ausbildung an sowjetischen Waffensystemen konzentrieren, die ukrainische Soldaten in beträchtlicher Zahl von den russischen Besatzern erbeutet haben. Diese Systeme fanden sich noch aus Zeiten des Warschauer Pakts in polnischen Arsenalen, viele wurden seit Kriegsbeginn der Ukraine überlassen.

Frankreich kündigte die Ausbildung von 2.000 ukrainischen Soldaten an. Weitere EU-Staaten wollen sich beteiligen, darunter auch das neutrale Irland. Dänemark wird zum ersten Mal an einem Einsatz im Rahmen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik teilnehmen, nachdem es eine nationale Ausnahme-klausel per Referendum abgeschafft hat. Vor zwei Jahren hatte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erstmals eine EU-Mission in der Ukraine ins Gespräch gebracht, doch regte sich Widerstand dagegen. Deutschland verwies seinerzeit auf die Gefahr, dass dies den Konflikt mit Russland

verschärfen könnte. Zu einer deutlich abge-speckten Variante – der Entsendung von Ausbildern an die Militärakademie in Kiew –, kam es dann wegen des Kriegsbeginns nicht mehr. Beim informellen Verteidigungsministertreffen Ende August unter-nahm Borrell einen neuen Vorstoß. Die Osteuropäer wusste er auf seiner Seite, andere Länder fragten dagegen nach dem Mehrwert. Sie bildeten schließlich auch so schon Ukrainer an Waffensystemen aus, in

Deutschland waren es in diesem Jahr schon 800. Trotzdem bekam Borrell den Auftrag, ein Konzept auszuarbeiten – das Ergebnis ist die bisher größte Ausbildungsmission der Europäischen Union.

**Ausnahme** Sie hat mehrere Besonderheiten. So sieht der EU-Vertrag militärische Einsatzgebiete eigentlich nur außerhalb des Unionsgebiets vor. Davon wird nun eine Ausnahme gemacht, wegen der „außergewöhnlichen Umstände, die aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine herrühren“, wie es im Mandat heißt. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass Deutschland dadurch nicht zur Kriegspartei werde – anders als bei einer Ausbildung auf ukrainischem Boden.

Der Großteil der Kosten wird zudem nicht aus dem EU-Haushalt bestritten, sondern aus der Europäischen Friedensfazilität (siehe Stichwort). Eigentlich dafür gedacht, Soldaten in Afrika auszurüsten, die dort von der EU trainiert werden, werden davon bisher vor allem Waffen für die Ukraine finanziert. Staaten, die dem Land Ausrüstung überlassen, bekommen einen Teil des Wertes erstattet. **Thomas Gutschker** ||

Der Autor ist politischer Korrespondent der FAZ in Brüssel.

### > STICHWORT

**Europäische Friedensfazilität (EPF)**

**> Aufgabe** Die EPF ist seit 2021 das neue Finanzierungsinstrument für das europäische Krisenmanagement. Neu ist die Möglichkeit, auch Maßnahmen zur Er-tüchtigung von EU-Partnern zu unterstützen. Dies umfasst auch die Ausstattung mit militärischen Gütern.

**> Ukraine** Drei Milliarden Euro aus dem EPF wurden bereits für Waffenlieferungen an die Ukraine freigegeben, mehr als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Gesamtsumme.

## »Hasen und Löwen«

**ANHÖRUNG** Experten zur Systemkonkurrenz mit China

Die Chancen und Risiken des Aufstiegs Chinas und die Auswirkung auf die internationale Ordnung werden von Experten unterschiedlich beurteilt. In einer öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses zur „systemischen Konkurrenz“ von liberalen Demokratien und autoritär geführten Staaten bestand in einem Punkt allerdings eher Einigkeit: Unter den Großmächten sei nur China mit seinem Staatskapitalismus wettbewerbsfähig. „Russland ist ein großer Störfriede, aber nicht wirklich wettbewerbsfähig als System“, so fasste es Thorsten Benner (Global Public Policy Institute) zusammen. Er rief dazu, mit „Lust auf Erneuerung und Innovation unserer Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft“ in die Systemkonkurrenz treten. Ziel sei, wettbewerbsfähig zu bleiben, „innovativ, widerständig, wehrhaft, attraktiv als Modell“.

Ben Schreier (International Institute for Strategic Studies) hielt den Kurs eines Mittelweges Europas zwischen den USA und China für „zunehmend problematisch“. Die deutsche Wirtschaft müsse unter dem Stichwort „partielles Decoupling“ diversifiziert, die Abhängigkeit von kritischen Rohstoffen verringert werden.

Hanna Pfeifer (Goethe-Universität Frankfurt am Main) warb für „konditionale Kooperationen“ und eine qualifizierte Auswahl der

Partner auch unter autoritären Staaten: „Was kann mit welchen Aussichten und welchen Risiken mit welchem Partner gestaltet werden?“

Janka Oertel (European Council on Foreign Relations) bezeichnete China unter Staatschef Xi Jinping als „full spectrum challenge“: Um im Systemwettbewerb zu bestehen, sollte es dem Westen darum gehen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu Hause zu stärken, die Technologieführerschaft zu behalten, das eigene Wirtschaftsmodell zu diversifizieren.

Der Sachverständige Karl-Friedrich Weiland wandte sich gegen die Vorstellung, dass die regelbasierte internationale Ordnung für alle Staaten gleich sei. Es gäbe „Großmächte und Nichtmächte“, „Hasen und Löwen“. Europa bleibe nur, sich „auch Zähne und Klauen wachsen zu lassen, die Hasengesinnung abzulegen, um damit von den Großmächten überhaupt ernst genommen zu werden“.

Ingar Solty (Rosa-Luxemburg-Stiftung) hingegen nannte jeden Schritt einer Verrechtlichung in einer „anarchischen Staatenwelt“ begrüßenswert, weil so Schwache vor Starken geschützt werden könnten. Er stellte sich gegen eine „konfrontative Chinapolitik“. Eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den USA und China („Thukydides-Falle“) müsse unbedingt verhindert werden. **ah** ||

**A**ls dritte Premierministerin in der britischen Geschichte war Liz Truss am 6. September von Queen Elizabeth II. ernannt worden. Doch ihre Amtszeit währte nur 45 Tage. Vergangenen Donnerstag musste die Regierungschefin ihren Rücktritt erklären. Die Noch-Vorsitzende der Tory-Partei steht stellvertretend für die Malaise der britischen Konservativen, die seit dem Brexit-Referendum vor sechs Jahren von einer Krise in die nächste taumeln und nun ihren fünften Regierungschef bekommen.

Letztlich geht der tiefe Fall von Liz Truss auf einen ideologischen Streit innerhalb ihrer Partei zurück. Ist das Brexit-Votum der Beginn einer neuen Ära, in dem das Vereinigte Königreich eine neoliberale Wirtschaftspolitik macht, die allein auf die Kraft des freien Marktes setzt und staatliche Intervention verbietet? Diese Überzeugung des rechten Tory-Flügels, der Truss Anfang September ins Amt gebracht hatte, setzte Truss vor rund vier Wochen mit ihrem „Mini-Budget“ um. Sie hatte im Wahlkampf versprochen, „als Zerstörerin“ der „ökonomischen Orthodoxie“ ihres eigenen Schatzkanzleramts ein Ende zu setzen. Die Folgen ihres eilig verfassten und keine Finanzspielräume auslotenden Programms waren Marktturbulenzen und ein Verfall des Pfunds, wie ihn das Land seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatte.

**Miserable Umfragewerte** Statt „die Kontrolle zurückzubekommen“, wie es der Brexit-Slogan versprach, stecken die Briten nun erneut im Chaos. Wie geht es weiter in London? Die Opposition, allen voran die Labour-Partei, fordert unverzüglich Neuwahlen. Sollten die Tories intern den neuen Premier bestimmen, wäre es seit 2016 die vierte Regierungsbildung ohne Mandat der Wähler. Doch eine Neuwahl können nur die Konservativen selbst initiieren, was angesichts der miserablen Umfragen, welche Labour bis zu 30 Punkte Vorsprung geben, politischem Selbstmord gleichkäme. Der Plan der Tories ist es daher, spätestens am Freitag dieser Woche einen neuen Vorsitzenden oder eine neue Vorsitzende zu küren, der oder die dann automatisch das Amt des Premiers übernimmt. Am Montag bereits müssen die Bewerber mindestens hundert Stimmen aus der 357 Mitglieder zählenden Fraktion versammeln, um in den Wettbewerb gehen zu können. Was bedeutet, dass maximal drei Kandidaten antreten können – von denen einer bereits riesige Aufmerksamkeit auf sich zieht: Boris Johnson. In der Dominikanischen Republik, wo er bereits den dritten Urlaub seit seinem Rücktritt Anfang Juli verbringt, soll der Ex-Premier nach britischen Medienberichten fleißig Geldgeber und parlamentarische Unterstützer gesammelt haben.

Dass Johnson seine knapp dreijährige Amtszeit keineswegs als Schlusskapitel in der höchsten Politik versteht, ließ er die Welt bei seinem Abgang wissen. „Hasta la vista, Baby!“, zitierte Johnson bei seinem letzten Unterhaus-Auftritt Mitte Juli den Terminator, der bekanntermaßen für eine neue Folge wiederaufsteht. Als Johnson sich am frühen Morgen des 6. September vor seiner Abschiedsreise zur Queen ans Mikrophon stellte, hatte er sein Narrativ zur Vollendung gebracht.

**Star der Mitglieder** Dank ihm habe das Vereinigte Königreich nicht nur den Brexit „abgehakt“, sondern auch das schnellste Corona-Impfprogramm unter allen vergleichbaren Ländern hingelegt sowie den zügigsten Ausstieg aus dem Lockdown. Ohnehin seien nie so viele Menschen in Arbeit gewesen und nebenbei zählten die Briten zu den mutigsten Unterstützern der Ukraine

# Kontrollverlust im Königreich

**GROSSBRITANNIEN** Nach dem Rücktritt von Liz Truss bringt sich Boris Johnson wieder in Stellung



So kurz wie sie war im modernen Vereinigten Königreich noch kein Regierungschef im Amt: Nur 45 Tage saß Liz Truss in Downing Street 10, bevor ihr ein Steuerplan-Fiasco mit bösen Folgen für die Finanzmärkte zum Verhängnis wurde. © picture-alliance/EPA/ANDY RAIN

im Kampf gegen Wladimir Putin. Bei den Mitgliedern ist Johnson trotzdem weiter ein Star. Laut einer aktuellen Umfrage wollen ihn 67 Prozent zurück als Premier, zumal sie ihn als bestes Zuggpferd für die nächste Parlamentswahl betrachten. Die Fraktion aber ist tief gespalten. Die Erinnerungen an die vielen Skandale während Johnsons Amtszeit, von denen „Partygate“ nur einer war, sind frisch. Im November beginnt eine fraktionsübergreifende Untersuchung,

ob der Premier das Parlament in Hinsicht auf die während der Corona-Lockdowns illegal stattgefundenen Feste in seinem Amtssitz belogen hat. Noch dazu hatten Dutzende führende Tory-Köpfe wie Rishi Sunak oder Sajid Javid mit ihren Rücktritten überhaupt den Sturz des 58-jährigen Anfang Juli ausgelöst. Johnsons Vorgängerin Theresa May rief die Partei bereits zur Einigkeit auf. Die Abgeordneten müssten „bereit zum Kompromiss sein. Es ist unsere Pflicht, eine vernünftige, kompetente Regierung in dieser schwierigen Zeit für unser Land zu stellen“, schrieb May auf Twitter.

Auch andere von Mays Parteifreunden warnen, die Tories stünden vor der Existenzfrage, wenn sich die Reihen nun nicht schnell hinter einen moderaten Kandidaten schlossen.

Als wahrscheinlicher Kompromisskandidat gilt in London Ex-Schatzkanzler Rishi Sunak. Er hatte in der ersten Runde des Nachfolgewettbewerbs für Boris Johnson die meisten Stimmen seiner Fraktionskollegen bekommen, konnte aber im Duell mit Liz Truss die Mitglieder der Konservativen Partei nicht auf seine Seite ziehen.

**Duell** Dass er in dem bitteren Sommerwahlkampf wiederholt Truss' Wirtschaftspläne als verantwortungslos verurteilt hatte, mag dem 42-jährigen Sunak nun zum Vorteil gereichen. Aber seine Chancen hängen letztlich wohl an einer Person: Boris Johnson. Der Ex-Premier hat seinem Kollegen angeblich nicht verziehen, dass dieser seinen Sturz maßgeblich auslöste. Kann Johnson selber nicht genug Stimmen auf sich vereinen, so wird in London vermutet, könnte er seine Unterstützer in der anstehenden Wahl gegen Sunak positionieren. *Stefanie Bolzen*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

# Proporz nach Ethnien und Religionen

**IRAK** Schwierige Regierungsbildung nach langer Blockade

Der Bundestag gibt grünes Licht für die Fortsetzung des Irak-Mandats der Bundeswehr im Einsatz gegen den „Islamischen Staat“ (IS). 535 Abgeordnete votierten in namentlicher Abstimmung vergangenen Freitag für einen Antrag der Bundesregierung (20/3818). 104 Parlamentarier stimmten mit Nein, es gab fünf Enthaltungen. Damit können wie bisher bis zu 500 Soldaten entsendet werden, die die irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten und unter anderem Aufgaben wie Lufttransport und Luftraumüberwachung übernehmen.

Sara Nanni (Grüne) verwies auf die erstmals von einer Bundesregierung vorgelegte Evaluation (20/3885) zum Mandat: Der IS sei keine akute Bedrohung mehr, die Terrororganisation sei aber „weder besiegt noch nachhaltig eingedämmt“. Johann David Wadehul (CDU) signalisierte Zustimmung: Der Einsatz wirke stabilisierend, trage zur Bekämpfung von Fluchtursachen bei. Es fehle jedoch die Einbettung in einen „strategischer Ansatz“ für die Konfliktregion im Nahen Osten. Nils Schmid (SPD) hob hervor, dass ein demokratisch verfasster Irak ein „potentieller Stabilitätsanker“ sein könne. Es gehe um die Unterstützung dieser Staatlichkeit. Jan Ralf Nolte (AfD) kritisierte die Verletzung syrischer Souveränität durch Verbündete wie die USA und die Türkei. Ulrich Lechte (FDP) sagte, dass man weder die Hilferufe der Jesiden noch die Bitte der irakischen Regierung „unerhört“ lassen wolle, diesen Einsatz fortzusetzen. Zaklin Nastic (Die Linke) entgegnete: Das irakische Parlament habe 2020 den Abzug aller ausländischen Truppen gefordert.

**Blockade** Das Land befindet sich seit den Neuwahlen vor rund einem Jahr in einer schweren politischen Krise. Weil die Abgeordneten sich weder auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt noch für den Premier einigen konnten und das Land seither ohne Regierung blieb, entbrannte ein bedrohlicher Machtkampf im Vielvölkerstaat. Die Stimmen nach einer Auflösung des Parlaments wurden immer lauter. Eine zeitweise Besetzung des Gebäudes verließ dieser Forderung Nachdruck. Mörsergranaten flogen und verfehlten nur knapp den Sitz der Volksvertretung – die Abgeordneten mussten danach vor dem Volk geschützt werden. Während der Sitzungen wurden die Brücken über den Tigris gesperrt und die Acht-Millionen-Metropole Bagdad erlitt einen Verkehrsinfarkt. Letztlich wurde der Druck zu groß. Die Abgeordneten wählten nun Mitte Oktober buchstäblich in letzter Minute einen Präsidenten, der einen designierten Premierminister zur Bildung einer Regierung aufforderte.

„Unser Parlament ist ein sunnitisches, kurdisches und schiitisches Haus“, erklärt die Abgeordnete Alaa Gaber Alyaseri die Situation. Das bringe viele Problem mit sich: Nicht das Land stehe im Mittelpunkt, sondern die Klientel, die Abgeordnete bedienen müssten. Die Ursachen dafür liegen fast 20 Jahre zurück. Als die Amerikaner und Briten damals im Irak einmarschierten, legten sie das poli-

tische System des Landes nach Ethnien und Religionen aus. Ein Proporz entstand, der bis heute Korruption und Vetternwirtschaft begünstigt. So ist der Präsident seit dieser Zeit immer ein Kurde, der Parlamentspräsident Sunnit und der Premierminister ein Schiit. Jeder bekommt eine Stück des Kuchens ab, eine Opposition gibt es nicht.

Um dies zu ändern, sind Alaa Gaber Alyaseri und viele Tausend andere 2019 und 2020 auf die Straßen gegangen und haben den Sturz des Regimes und eine Neuordnung des politischen Systems gefordert. Die Regierung trat zurück, ein neues Wahlgesetz wurde verabschiedet, Neuwahlen abgehalten. Doch dann kam der Prozess ins Stocken. Jetzt sitzt die 42-jährige im Parlament und sieht sich der Kritik ihrer ehemaligen Mitstreiter ausgesetzt, die wieder draußen auf der Straße demonstrieren. Muayad Juper Hamdiee gibt dem Schiitenführer Moktada al-Sadr die Schuld an dem Chaos rund um das Parlament. Er habe seine Leute missbraucht, um Unfrieden zu stiften. „Und dann beschuldigt er das Parlament, wenn es keine Sitzungen abhalten kann und der politische Prozess nicht vorankommt“, so der 48-jährige Abgeordnete. Sein Frust über den aus seiner Sicht unzuverlässigen, wankelmütigen Politrebellen ist groß.

Dabei haben Sadr und seine Leute eigentlich die Wahlen vor einem Jahr gewonnen. Wie die Protestbewegung mit Alaa Gaber Alyaseri so wollte auch Sadr eine Mehrheitsregierung, eine Opposition und weniger Einfluss für den Iran und die USA. Die Hoffnungen waren groß. Doch Sadr gelang es nicht, eine Koalition zu schmieden. Die Gräben zwischen Reformern und Bewahrern wurden immer tiefer, Sadr zog seine Abgeordneten aus dem Parlament ab und mobilisierte die Straße, um sich schließlich aus der Politik zu verabschieden – und dann doch wieder nicht. „Das muss jetzt aufhören, es reicht

jetzt“, sagt Hamdiee stellvertretend für viele. „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“

Der Schaden für die Demokratie im Irak ist bereits sichtbar. Zwar haben die kurdischen Abgeordneten sich auf einen Kandidaten für das Präsidentenamt geeinigt. Doch der, Latif Rashid, ist bereits 78 Jahre alt und hatte schon mehrere Ministerposten inne. Auch der designierte Premierminister, Mohammed Shia al-Sudani, ist einer von der alten Garde. Nach dem Rückzug Moktada al-Sadrs wurde der Weg für ihn frei. „Die Parteien im Irak haben noch keinen Weg gefunden, um mit den Menschen zu interagieren“, kritisiert Ayat Mudhaffer Nouri. Die 39-jährige Abgeordnete gehört Partei des ehemaligen Premier Haider al-Abadi an und ist dessen Vize. Sie zeigt sich aber geschlossen für ein „neues politisches System“. Am Dienstag soll die nächste Großdemonstration in Bagdad stattfinden. Mit dem Votum des Parlaments sind viele auch jetzt nicht einverstanden. *Birgit Svensson/lahe*

Mitarbeiter: *Mortadha Altamimi*  
Birgit Svensson berichtet als freie Korrespondentin aus dem Irak. ||

»Unser Parlament ist ein sunnitisches, kurdisches und schiitisches Haus.«

Alaa Gaber Alyaseri, irakische Abgeordnete

»Parteien haben noch keinen Weg gefunden, um mit den Menschen zu interagieren.«

Ayat Mudhaffer Nouri, Abgeordnete im Irak

# Kein Zugang zur Blackbox USA

**UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS** Zeugen berichten von US-Alleingang vor Truppenabzug aus Afghanistan

Die Enttäuschung war groß als das Doha-Abkommen zwischen den USA und den radikalislamistischen Taliban im Februar 2020 unterzeichnet wurde. Nicht nur die übergangene afghanische Regierung und die Vertreter der Zivilgesellschaft waren empört. Die Partner der USA in Afghanistan fühlten sich ebenfalls übergangen. Nun werfen Zeugenaussagen vor dem 1. Untersuchungsausschuss des Bundestages ein Licht auf das, was in den letzten Monaten des Afghanistan-Einsatzes der Nato hinter den Kulissen passiert ist. Das Bild, das allmählich Gestalt annimmt, bestätigt fast alles, was Beobachter bereits gehabt hatten: Die westlichen Verbündeten der USA, unter ihnen auch Deutschland, standen vor vollendeten Tatsachen und einem ohne jede Konsultation mit den Verbündeten abgeschlossenen Vertragswerk, das sie jedoch alle und auch die afghanische Regierung in die Pflicht nahm.

Die Erwartungen im Auswärtigen Amt (AA) im Vorfeld gingen offenbar ohnehin nicht sehr weit. Denn in Washington regierte zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses „eine sehr spezifische US-Regierung“, wie es der ehemalige Leiter des Referats Afghanistan/Pakistan im Auswärtigen Amt vor dem Ausschuss ausdrückte. Gemeint ist die US-Administration unter Donald Trump.

Laut einem ehemaligen Referenten der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Nato habe man dennoch gehofft, dieses Abkommen könnte die Tür für „eine politische Lösung für den militärischen Konflikt“ öffnen. Umso größer sei die Überraschung gewesen, als bekannt wurde, wie „schwammig“ der Text des Abkommens formuliert war. Dass dieser keine konkreten Bedingungen für den Abzug der internationalen Truppen vorsah, halten beide Zeugen aus dem AA für einen Geburtsfehler des Vertrages.

**Drängen auf Transparenz** Den Zeugen zufolge begann damit eine schwierige Zeit für deutsche Diplomaten. Sie erkannten im Text zwar keine konkreten Schritte, aber zumindest mit dem Geist des Abkommens konnten sie etwas anfangen – obwohl sie schnell merkten, dass die Taliban sich nicht daran hielten. Das Referat Afghanistan/Pakistan habe dem damaligen Außenminister Heiko Maas (SPD) die Empfehlung gegeben, trotz der Probleme zu versuchen, den politischen Prozess zu unterstützen, berichtete der einstige Leiter der Abteilung. Es sei dabei primär darum gegangen, auf mehr Transparenz zu drängen und einen inklusiven Friedensprozess zu unterstützen.

Mit Hilfe einer auf Konfliktlösung spezialisierten Stiftung aus Deutschland hätten deutsche Diplomaten außerdem die Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft beraten, die an den Verhandlungen mit Taliban teilnahm.

Parallel dazu hätten die Nato-Partner versucht, die USA umzustimmen. Sie seien am Anfang der Gespräche einer Bitte Washingtons nachgekommen und hätten einen symbolischen Teilabzug als vertrauensbildende Maßnahme vollzogen. Bei einer

Ministertagung der Nato habe Außenminister Maas nach diesem ersten Abzug gefordert, „kein Automatismus bei Truppenreduzierung hinzunehmen“. Zusammen mit anderen Staaten habe sich Deutschland für eine gemeinsame Bewertung des Abkommens eingesetzt, so der frühere Außenamtsmitarbeiter. Außerdem hätten sie die weiteren Schritte gemeinsam entscheiden wollen. Beim Abzug sollte der zeitorientierte Ansatz im Vertrag einem konditionsbasierten Ansatz weichen. Doch Washington sei stur geblieben. Die letzte Hoffnung sei daher die neue US-Administration unter Präsident Joe Biden gewesen. Mit ihr habe es Anknüpfungspunkte gegeben, um auf die Einhaltung des Geistes des Abkommens zu drängen, erinnerte sich der frühere AA-Referatsleiter. Die Bundesregierung habe versucht, eine Kopplung des Militärischen mit dem Zivilen zu erreichen. Damit sei sie aber nicht besonders erfolgreich gewesen. Die neue US-Administration habe sich zwar nach der Sicht der Verbündeten erkundigt. Die Entscheidung über den Totalabzug der Truppen sei jedoch wieder allein in Washington gefallen. Das Resümee des Referatsleiters: „Die Entscheidungsfindung auf der amerikanischen Seite ist für uns ein Blackbox gewesen.“ *Cem Sey*



Unter Präsident Donald Trump verhandelten die USA mit den Taliban das umstrittene Doha-Abkommen.

Anzeige



Und da war sie aus Gips – Die Rekonstruktion der Quadriga vom Brandenburger Tor

Eine Schau-Werkstatt der Gipsformerei – Staatliche Museen zu Berlin, Mauer-Mahmal im Deutschen Bundestag, Schiffbauerdamm, Eingang an der Spree, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, 10117 Berlin; Di-So, 11-17 Uhr, Eintritt frei. [www.kunst-im-bundestag.de](http://www.kunst-im-bundestag.de)

**AUFGEKEHRT**

**Fernduschen, fremdwohnen**

Die Grünen sind am Ziel: Wir haben eine Gaskrise und frieren, retten aber das Klima, wir haben einen Stromengpass, bauen aber mehr Windräder als Straßenlaternen, wir ruinieren die Wälder nicht mehr, dafür aber vielleicht die Wirtschaft. Wir kaufen Toastbrot statt Brötchen, dafür müssen Bäcker nicht mehr so familienunfreundlich früh aufstehen. Sie können stattdessen ihren Kindern mit einer Energiepreiskalkulation am Beispiel der eigenen Insolvenz zu einem unerwarteten Bildungshöhepunkt verhelfen.

In der Not rücken wir fröstelnd zusammen. Kalt duschen stärkt den Charakter. Und bevor warm duschen so viel kostet wie der Wochenendeinkauf im Bioladen, greifen wir halt zu Kretschmanns Waschlappen. Außerdem stimmt bei uns stets der gedankliche grüne Überbau. Mit Verzicht zeigen wir dem Sowjet-Gröfaz aus der KGB-Kaderschmiede die eiskalte Schulter. Alles hat seinen Preis, aber die Richtung stimmt. Manche Leute werden sich im Winter eine Lungenentzündung holen, andere werden abgehärtet. Darwin hat das gut erklärt: „Survival of the fittest.“

Wir wären kein Sozialstaat, hätten wir nicht auch für nörgelnde Warmduscher ein Angebot. Lidl bietet 22 Tage türkische Riviera, Fünf-Sterne-Hotel, all-inclusive, mit Transfer, Rückenmassage und Gesichtsbehandlung für 599 Euro. Mit Gesichtsbehandlung! Die Botschaft: Ist es zu Hause kalt und klamm, nähere Dich dem Süden an. Das ist zwar nicht grün, aber solange Erdogan – ein Opfer der türkischen Bildungskrise – den Zusammenhang zwischen Zinsen und Inflation nicht versteht, können wir in der Türkei preiswert fremdwohnen und fernduschen. Jetzt aber schnell nach Hause, Billigreise nach Antalya gebucht und, ganz wichtig, zu Hause die Gastherme ausschalten! *Claus Peter Kosfeld*

**VOR 20 JAHREN...**

**Die letzte Stufe der Ökosteuern**

**14.11.2022: Erhöhung beschlossen**  
Während man sich heute Gedanken macht, wie die hohen Energiekosten abgedeckt werden können, wurde Energie zur Jahrtausendwende gezielt verteuert. 1999 beschloss die rot-grüne Bundesregierung den „Einstieg in die ökologische



Die Mineralölsteuer wurde erhöht.

Steuerreform“ – die sogenannte Ökosteuern, die eine schrittweise Erhöhung der Mineralölsteuer vorsah und die Einführung einer Stromsteuer. Die Bürger sollten sparsamer mit fossilen Brennstoffen umgehen, gleichzeitig sollten Anreize für mehr Arbeitsplätze geschaffen werden: Ein Großteil der Einnahmen floss nämlich in die Rentenkasse, wodurch die Lohnnebenkosten gesenkt wurden. Was nach einer guten Idee klingt, sorgte für hitzige Diskussionen. So auch am 14. November 2002 als der Bundestag eine Erhöhung der Ökosteuern verabschiedete: 303 Abgeordnete stimmten für das Reformgesetz, 274 dagegen. Damit trat 2003 die fünfte und letzte Stufe der Ökosteuern in Kraft. Sie sah etwa eine höhere Mineralölsteuer von drei Cent pro Liter Benzin und bei Strom eine Anhebung von 0,26 Cent pro Kilowattstunde vor. Zudem wurden die bisher gültigen ermäßigten Steuersätze für die gewerbliche Wirtschaft heraufgesetzt. Der SPD-Abgeordnete Reinhard Schultz verteidigte den Schritt: Man erhöhe nicht „den Steuersatz für produzierendes Gewerbe, sondern wir senken den 80-prozentigen Rabatt, den das produzierende Gewerbe gegenüber allen anderen Steuerzahlern, insbesondere gegenüber den privaten Haushalten, hatte, nach etwa vier Jahren auf 40 Prozent ab.“ Der CDU-Finanzpolitiker Michael Meister bezeichnete die Ökosteuern dagegen als „reines Abkassieren“ und sprach von einer „Orgie von massiven Steuererhöhungen.“ *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: EPTA-KONFERENZ**



Der Grünen-Abgeordnete Kai Gehring (Mitte), leitete die internationale EPTA-Konferenz, die in diesem Jahr vom Bundestag ausgerichtet wurde.

**Die Kalkulation der Krise**

Ob großflächige und langanhaltende Ausfälle der kritischen Infrastruktur, die zunehmende Autonomie technischer Systeme mit potenziell weitreichenden Konsequenzen oder der Kollaps natürlicher Lebensräume: Mit zahlreichen Beispielen aus der internationalen Forschungs- und Beratungspraxis gingen Expertinnen und Experten in Vorträgen und Podiumsdiskussionen während der international besetzten Konferenz der europäischen Vereinigung von Institutionen der parlamentarischen Technikfolgenabschätzung (EPTA) am vergangenen Montag der Frage nach, welchen Beitrag die Technikfolgenabschätzung für den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Disruptionen leistet. Unter Disruptionen versteht man einschneidende, sich schnell vollziehende Veränderungen mit häufig zerstörerischem Charakter.

Die internationale Konferenz wurde gemeinsam vom Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) ausgerichtet, die

in diesem Jahr die EPTA-Präsidenschaft innehaben. Die Büros stellten den Entscheidungsträgern im Parlament Fachwissen, Analysen und Beratung zur Verfügung, um nicht nur auf Schadensereignisse reagieren zu können, sondern um auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, sagte der Leiter des TAB, Armin Grunwald. Die „permanent eskalierende Klimakrise“ gehöre für ihn zu den disruptivsten Phänomenen, denen man sich vorrangig zuwenden müsse, sagte Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung bei der Konferenz. Um Probleme wie das Wald- oder Artensterben oder den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den Griff zu bekommen, müsse man zu einer demokratischen Konsensbildung kommen und neben wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Gestaltung auch auf die Kraft der Zivilgesellschaft und die Bevölkerung vor Ort setzen, sagte Gehring. Die Berichterstatter beim Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erläuterten, wel-

che Disruptionen ihrer Meinung nach die größte politische Aufmerksamkeit erfahren müssten. „Der Schutz der kritischen Infrastruktur ist eine unserer Prioritäten“, sagte Holger Becker (SPD). „Wenn wir Disruptionen bei der Energieversorgung nicht gestalten, dann gewinnen nur die politischen Ränder und nicht die demokratische Mitte“, fügte Lars Rohwer (CDU) an. Der Klimawandel sei die größte Herausforderung für die Menschheit, sagte Laura Kraft (Bündnis 90/Die Grünen). Technologiefolgenabschätzung sei ein gutes Instrument für die Politik. Der liberale Abgeordnete Stephan Seiter erklärte: „Mit der Technikfolgenabschätzung können wir Risiken und Möglichkeiten aufzeigen.“ Ralph Lenkert (Die Linke) plädierte dafür, besonders das „Problem der veränderten Wasserkreisläufe“ in den Blick zu nehmen. Für den AfD-Abgeordneten Michael Kaufmann sind „mögliche Ausfälle von Strom-, Erdgas- oder Eisenbahnsystemen das Problem, um das wir uns als Erstes kümmern müssen.“ *Lucas Lypp*

**LESERPOST**

**Zur Karikatur in der Ausgabe 42 vom 17. Oktober 2022:**

Wenn der Wumms-Wumms-Olaf wumms-wumms macht, dann müssen wir, das Volk, diesen wumms-wumms wohl oder übel aushalten! Wenn der Piff-paff-Friedrich piff-paff macht, dann juckt uns dieses Piff-paff nicht die Bohne, denn das Piff-paff verpufft sofort, puff-puff-ausgepufft!

*Klaus P. Jaworek  
Büchenbach*

**Zur den Folgen der Corona-Pandemie:**

Dazu passt auch mein aktuelles Thema: Hausärztemangel. Die Bundesregierung muss dringend handeln! Laut Statistik der Kassenärztlichen Bundesvereinigung fehlen mehr als 4.100 Allgemeinmediziner, 600 Fachärzte, 171 Neuro-

gen oder 136 Kinderärzte. Bei uns in Hessen fehlen auch 2.625 Ärzte. Fakt ist, hinter jeder unbesetzten Praxis stehen Hunderte nicht ausreichend versorgte Patienten.

Auch wir gehören zu den Betroffenen, zwei unserer langjährigen Hausärzte haben in den letzten Jahren ihre Praxis aufgegeben. Sie kritisierten die zahlreichen neuen Auflagen und Verordnungen, die sich für sie zu einem Bürokratie-Monster entwickelten. Das gilt auch für zahlreiche Corona-Verordnungen. Das kostete auch immer mehr Zeit, die für die Patienten verloren ging; auch längere Wartezeiten resultieren daraus. Bei unserem Hausarzt fehlte auch das essenzielle medizinische Nachfolgepersonal, da seine zwei Sprechstundenhilfen in Rente gingen. Unser Problem: Einen

Nachfolger gibt es nicht. Hier besteht Handlungsbedarf bei der Kassenärztlichen Vereinigung, für neue Arztpraxen zu sorgen, um die medizinische Versorgung aller Bundesländer zu gewährleisten. Mein Fazit: Mehr neue Mediziner im System gleichen den Wegfall auscheidender Ärzte aus.

*Ursula Reichert  
Hanau*

**Zur Energiepolitik der Regierung:**

Mit seiner Ablehnung der AKW-Laufzeiten-Verlängerung beruhigt Habeck die grüne Basis. Deutschland ist aber sehr viel mehr als eine kleine grüne Basis, es geht um eine sichere Energieversorgung für alle! Habeck ist ein unreflektierter Typ, der sich nicht bewusst ist, welche unselige Rolle er in diesem

Spiel spielt. Leute wie er, die lieber ihre linksalternativ-grüne Ideologie bedienen anstatt Vernunft und Verstand walten zu lassen, haben in der Politik nichts verloren.

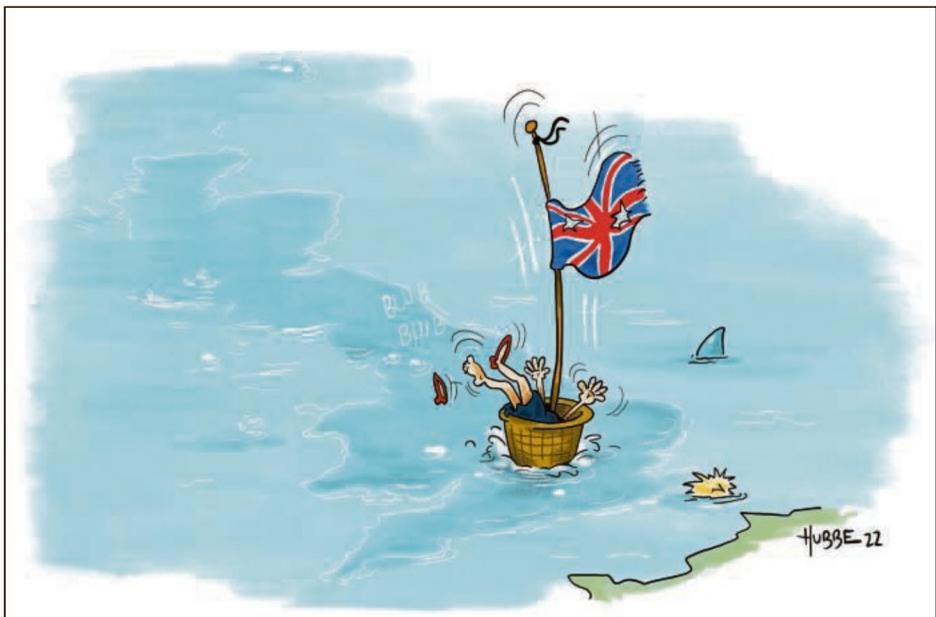
*Toni Vollmer  
Bonn*

**Zur Ausgabe 32-33 vom 8. August 2022, „Putin ante portas“ auf Seite 1:**

Quo usque tandem AfD et aliter abuti patientia nostra: Nur mit Protesten, ohne Lösungswege aufzuzeigen, das richtet unsere Gesellschaft zu Grunde. Sie öffnen damit Diktaturen Tür und Tor. Ferner versichern sie die anthropologischen Grundbedürfnisse des einzelnen Mitgliedes unserer Gesellschaft.

*Manfred Mütter  
Bad Lippspringe*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. November.

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 07. – 11.11.2022

Änderung des Atomgesetzes (Mi), Einführung eines Bürgergeldes (Do), Unterstützung der Iran-Proteste (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**PERSONALIA**

**->Hans Berger † Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD**

Am 6. Oktober starb Hans Berger im Alter von 84 Jahren. Der aus Alsdorf/Kreis Aachen gebürtige Bergmann und spätere hauptberufliche Gewerkschaftsmitarbeiter trat 1957 der SPD bei und war von 1971 bis 1978 Mitglied des Kreistags Aachen. Von 1990 bis 1997 stand er an der Spitze der IG Bergbau und Energie. Berger engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss.

**->Gerhart Rudolf Baum Bundestagsabgeordneter 1972-1994, FDP**

Gerhart Rudolf Baum vollendet am 28. Oktober sein 90. Lebensjahr. Der aus Dresden gebürtige und später in Köln beheimatete Rechtsanwalt trat 1954 der FDP bei, gehörte über 30 Jahre dem Bundesvorstand an und war von 1982 bis 1991 stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender. 1972 wurde Baum Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren und stand von 1978 bis 1982 selbst an der Spitze des Ministeriums. Danach wirkte er im Auswärtigen Ausschuss, im Innen- sowie im Umweltausschuss mit. Von 1992 bis 1998 Leiter der deutschen Delegation in der UN-Menschenrechtskommission in Genf. Rechtspolitische Geschichte schrieb Baum, als er 2004 mit Burkhard Hirsch und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erfolgreich gegen den „Großen Lauschangriff“ klagte.

**->Walter Hoffmann Bundestagsabgeordneter 1998-2005, SPD**

Am 28. Oktober wird Walter Hoffmann 70 Jahre alt. Der leitende DGB-Mitarbeiter aus Darmstadt schloss sich 1971 der SPD an und wurde 1998 Mitglied des dortigen Unterbezirksvorstands. Von 2005 bis 2011 amtierte Hoffmann als Oberbürgermeister von Darmstadt. Im Bundestag wirkte er im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit mit.

**->Hans-Joachim Otto Bundestagsabgeordneter 1990-1994, 1998-2013, FDP**

Am 30. Oktober wird Hans-Joachim Otto 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt und Notar aus Frankfurt/Main trat 1977 der FDP bei, war 1980 Mitbegründer und bis 1983 erster Bundesvorsitzender der Jungen Liberalen und gehörte 25 Jahre lang dem FDP-Bundesvorstand an. Von 1983 bis 1987 saß er im Hessischen Landtag. Der medien- und kulturpolitische Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1998 bis 2005 stand danach bis 2009 an der Spitze des Ausschusses für Kultur und Medien. Von 2009 bis 2013 amtierte Otto als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

**->Konrad Schily Bundestagsabgeordneter 2005-2009, FDP**

Am 7. November begeht Konrad Schily seinen 85. Geburtstag. Der Facharzt aus Witten und langjährige Präsident der dortigen Privatuniversität gehörte von 1973 bis 1990 der SPD an. 2005 trat er der FDP bei. Im Bundestag wirkte Schily im Gesundheitsausschuss mit. Er ist ein Bruder des früheren Bundesinnenministers Otto Schily.

**->Elke Wülfing Bundestagsabgeordnete 1990-2005, CDU**

Elke Wülfing wird am 7. November 75 Jahre alt. Die Auslandskorrespondentin aus Borken trat 1973 der CDU bei, war von 1991 bis 2003 stellv. NRW-Landesvorsitzende. Von 2002 bis 2006 gehörte sie dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1979 bis 1991 war sie Kreistagsabgeordnete. Wülfing engagierte sich vorwiegend im Wirtschafts- sowie im Finanzausschuss. 1997/98 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesbildungsminister.

**->Sigrun Löwisch Bundestagsabgeordnete 1991-1998, CDU**

Am 8. November vollendet Sigrun Löwisch ihr 80. Lebensjahr. Die Arzthelferin aus Freiburg/Br. trat 1968 der CDU. Von 1975 bis 1991 gehörte sie dem Freiburger Stadtrat an. Löwisch wirkte im Gesundheitsausschuss. Von 1984 bis 1991 war sie Mitglied des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg.

**->Klaus Steinitz Bundestagsabgeordneter 1990, PDS**

Am 12. November begeht Klaus Steinitz seinen 90. Geburtstag. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler und Hochschullehrer trat 1948 der SED bei und war von 1990 bis 1993 Mitglied des PDS-Parteivorstands. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an.

**->Dieter Schinzel Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1980, SPD**

Am 14. November wird Dieter Schinzel 80 Jahre alt. Der Diplom-Physiker aus Aachen wurde 1961 SPD-Mitglied, war von 1976 bis 1994 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks und gehörte 18 Jahre lang dem Stadtrat an. Schinzel engagierte sich im Bundestag im Sport- sowie im Finanzausschuss. Von 1979 bis 1994 war er Mitglied des Europäischen Parlaments. *bmh*

Olaf Scholz, SPD, Bundeskanzler:

## Wir greifen Ländern weltweit unter die Arme



Olaf Scholz (\*1958)  
Bundeskanzler

Der brutale Krieg in der Ukraine, Putins rücksichtsloser Einsatz von Hunger und Energie als Waffe, die enormen Preissteigerungen hier bei uns und weltweit: Deutschland und Europa gehen durch Bewährungsproben, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben, Bewährungsproben, die Putin uns mit seinem imperialistischen Angriffskrieg aufgezwungen hat.

„Der ganze Krieg setzt menschliche Schwäche voraus, und gegen diese ist er gerichtet“, schreibt Carl von Clausewitz. Putin handelt danach. Er überzieht die Ukraine mit Terror, er droht der Welt unverschämten und vollkommen verantwortungslos mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, er will Angst säen, spalten und einschüchtern. Er spekuliert auf unsere Schwäche. Aber er irrt sich. Wir sind nicht schwach. Unser Land steht zusammen, Europa steht zusammen und zeigt Solidarität – untereinander und mit der Ukraine. Unsere weltweiten Allianzen sind stark und lebendig wie nie. Putin wird seine Kriegsziele nicht erreichen. Als Putin den Krieg im Februar begann, haben manche gemutmaßt: In wenigen Tagen ist die Ukraine besiegt. Auch Putin selbst hat das geglaubt. Nun, es ist anders gekommen. Es ist anders gekommen, weil die Ukrainerinnen und Ukrainer ihr Land so tapfer verteidigen und unter hohen schmerzhaften Opfern befreien. Es ist anders gekommen aber auch deshalb, weil die Partner der Ukraine, darunter auch wir, das Land unterstützen haben: politisch, finanziell,

humanitär und mit Waffen. Artillerie und Flugabwehr sind genau das, was die Ukraine besonders dringend braucht, und genau das liefern wir, moderne Panzerhaubitzen und Mehrfachraketenwerfer zum Beispiel. Den Panzertausch mit Tschechien, der Slowakei, Griechenland und Slowenien hat manch einer, auch in diesem Haus, als Rohrkrepierer kritisiert. Inzwischen ist klar: Auf diese Weise bekommt die Ukraine rund hundert Panzer, mit denen ihre Soldaten sofort umgehen können.

Als eines der ersten Länder haben wir der Ukraine Anfang Juni moderne Luftverteidigungssysteme zugesagt. Ein erstes davon haben wir letzte Woche an unsere ukrainischen Freunde übergeben, früher als ursprünglich geplant. Drei weitere werden so schnell wie es geht folgen. Wir haben Flugabwehrraketen geliefert sowie Gepard-Panzer, über die es zunächst oft hieß: Die bringen doch nichts, dafür gäbe es nicht einmal genügend Munition. Heute sehen wir, welchen Unterschied sie ausmachen. Wie überlebenswichtig unsere Unterstützung ist, das zeigen die brutalen russischen Raketen- und Drohnenangriffe auf zivile Ziele, die wir in den vergangenen zwei Wochen erlebt haben. Wahlos fallen ihnen Frauen, Männer und Kinder zum Opfer.

Ja, selbst diejenigen, die wie Sie, sehr geehrter Herr Schwarzman, den Terror und die Verfolgung durch die Nationalsozialisten überlebt haben, müssen erneut um ihr Leben fürchten. Dass Sie heute hier unser Gast sind, ehrt uns sehr. Wir lassen auch die jüngsten Eskalationen Moskaus nicht unbeantwortet. Mit einem weiteren Sanktionspaket haben wir als EU den Druck auf die russische Regierung noch einmal erhöht. Bei diesem Kurs bleibt es, solange Russland seinen brutalen Angriffskrieg fortsetzt.

Auch im Kreis der Staats- und

Regierungschefs der G 7 haben wir vergangene Woche gemeinsam mit Präsident Selenskyj bekräftigt: Bewusste Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind Kriegsverbrechen. Um es klar zu sagen: Auch eine solche Taktik der verbrannten Erde wird Russland nicht helfen, den Krieg zu gewinnen. Sie stärkt nur die Entschlossenheit und den Durchhaltewillen der Ukraine und ihrer Partner. Am Ende ist Russlands Bomben- und Raketenterror eine Verzweiflungstat, genauso wie die Mobilisierung russischer Männer für den Krieg. Damit ist der Krieg endgültig im Herzen der russischen Gesellschaft angekommen, in den Familien und auf der Straße. Hundertausende Russen entziehen sich der Rekrutierung, viele verlassen das Land. All die Lügen und Propaganda, das Gerede von Spezialoperation und schnellen Siegen – alles nur Fassade wie ein Potemkinsches Dorf.

Die Ukraine wird sich erfolgreich verteidigen, und wir werden sie unterstützen, so lange, wie es erforderlich ist.

### Der Krieg und seine Folgen werden uns noch auf viele Jahre beschäftigen.

Putin hat geglaubt, uns Europäer spalten zu können. Doch er hat das Gegenteil erreicht. Vor einigen Tagen beim Gründungstreffen der Europäischen Politischen Gemeinschaft haben sich 44 europäische Staaten und die EU-Institutionen zu dem Grundsatz bekannt, dass Grenzen nicht mit Gewalt verändert werden dürfen. Niemand von uns und auch kein anderes zivilisiertes Land der Welt akzeptiert die fadenscheinigen Versuche Russlands, sich Teile der Ukraine unter den Nagel zu reißen. Die illegalen Scheinreferenden in Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischschja waren eine einzige Farce. Ihre Ergebnisse sind null und nichtig. Das müsste eigentlich auch die russische Führung begreifen, wenn sie sich das Ergebnis der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen letzte Woche anschaut. Nordkorea, Syrien, Nicaragua

und Belarus – das waren die einzigen vier Länder, die mit Russland gestimmt haben. 143 Staaten haben sich dagegen klar zur Souveränität und zur territorialen Integrität der Ukraine bekannt, sogar noch etwas mehr als bei den Abstimmungen im März nach Ausbruch des Krieges.

Zugleich stellen sich viele die Frage, wie Putins irrsinniger Krieg beendet werden könnte. Am meisten jedoch sehnen sich wohl die Ukrainerinnen und Ukrainer selbst nach Frieden. Präsident Selenskyjs Bereitschaft zu einem gerechten Frieden ist daher kaum hoch genug einzuschätzen. Im engen Kontakt mit unseren Freunden in Kiew haben wir als G 7 erst vor wenigen Tagen erklärt, was es hierzu aus unserer Sicht bedarf. Gerechtheit bedeutet, dass es sich nicht um einen Diktatfrieden handelt, sondern dass die Souveränität, die territoriale Integrität und auch die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine gewährleistet sind, heute und in Zukunft. Unsere Bereitschaft, der

Ukraine mit Blick auf eine tragfähige Friedenslösung langfristige Sicherheitszusagen zu geben, haben wir ebenfalls als G 7 erneut bekräftigt.

Auch beim heute beginnenden Europäischen Rat werden wir über die weitere Unterstützung der Ukraine beraten. Die gute Nachricht ist: Der Finanzbedarf Kiews bis Jahresende ist praktisch gedeckt. Die EU und die G 7 spielen dabei eine entscheidende Rolle. Doch der Krieg und seine Folgen werden uns noch auf viele Jahre beschäftigen.

Umso wichtiger ist es, dass wir heute schon überlegen, wie wir die Ukraine in den kommenden Jahren beim Wiederaufbau unterstützen. Wer die Bilder aus den von Russland befreiten ukrainischen Städten und Dörfern sieht, der versteht: Das wird eine Generationenaufgabe, bei der die gesamte zivilisierte Staatengemeinschaft ihre Kräfte bündeln muss. Deshalb haben Ursula von der Leyen und ich als Präsident der G 7, der wirtschaftsstarke Demokratien, kluge Köpfe aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für den 25. Oktober nach Berlin eingeladen. Bei einer internationalen Expertenkonferenz

werden sie ihre Vorschläge für einen langfristigen, verlässlichen und transparenten Wiederaufbau der Ukraine zusammenführen und so Input für einen internationalen Marshallplan für die Ukraine liefern.

Engere europäische und internationale Koordinierung brauchen wir auch bei der militärischen Unterstützung der Ukraine. Diesen Vorschlag hatte ich bei meiner Rede an der Prager Karls-Universität Ende August gemacht. Seither ist diese Idee weiter vorangekommen. Am Montag haben sich die EU-Außenminister auf eine neue Ausbildungsmission für circa 15 000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten hier in der EU geeinigt. Eines der beiden Hauptquartiere wird sich in Deutschland befinden. Bis zum Frühjahr

werden wir eine vollständige Brigade mit bis zu 5 000 Soldaten ausbilden. Damit unterstreichen wir unsere Bereitschaft, uns dauerhaft am Aufbau starker ukrainischer Streitkräfte zu beteiligen, Hand in Hand mit unseren

Partnern.

Im Licht der Zeitenwende stellen wir auch unser Land sicherheitspolitisch neu auf. Dafür steht das Sondervermögen für die Bundeswehr. Dafür steht die Refokussierung unserer Streitkräfte auf die Landes- und Bündnisverteidigung und die Übernahme größerer Verantwortung an der östlichen Flanke der Allianz. Dafür steht die Nationale Sicherheitsstrategie, an der wir intensiv arbeiten. Und dafür stehen die Vorschläge zur Sicherheitszusammenarbeit in Europa, die ich in meiner Rede in Prag skizziert habe.

Ich freue mich, dass die Idee einer engeren europäischen Kooperation bei der Luftverteidigung so schnell von 14 europäischen Ländern aufgegriffen wurde, die dabei

### Jede Kilowattstunde, die wir einsparen, stärkt unsere Energiesicherheit.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

mit uns zusammenarbeiten wollen. Das ist genau die Art von Synergie, die Art von kluger Arbeitsteilung, wie wir sie für die Sicherheit Europas jetzt brauchen.

Russlands Krieg hat aber nicht nur tiefgreifende Folgen für Europa. Weltweit hat er für Engpässe bei Nahrungsmitteln und Dünger gesorgt, mit fatalen Folgen. 830 Millionen, mehr als jeder zehnte Weltbürger hat laut aktuellen Zahlen nicht genug zu essen. Putin nimmt das nicht nur in Kauf, er nutzt Hunger als Waffe. Wir müssen uns auch dieser Bewährungsprobe stellen. Das ist eine Frage der Humanität. Das ist aber auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn wir wollen, dass die Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der Karibik uns auch künftig dabei unterstützen, das Völkerrecht gegen Aggression wie die russische zu verteidigen, dann ist es nur recht und billig, dass wir auch ihre Sorgen im Umgang mit den Folgen des russischen Krieges ernst nehmen. In der Europäischen Union haben wir daher sehr früh damit begonnen, alternative Exportwege für ukrainisches Getreide aufzubauen, per Bahn oder per Schiff, zum Beispiel über die Donau. Wir haben die Vereinten Nationen und die Türkei in den Verhandlungen über eine Öffnung des Seewegs im Schwarzen Meer unterstützt. Wir greifen Ländern weltweit unter die Arme, die mit Hunger, Ernteausfällen und steigenden Preisen für Brot und andere Grundnahrungsmittel zu kämpfen haben.

Eines der zentralen Ziele unserer G-7-Präsidentschaft war die Gründung eines Bündnisses für globale Ernährungssicherheit. Ich bin froh, dass uns das gelungen ist. Mit den diesjährigen Zusagen der G 7 in Höhe von 14 Milliarden Dollar haben wir zumindest eine Chance, eine globale Hungerkatastrophe abzuwenden.

Meine Damen und Herren, auch Energie setzt Putin als Waffe ein. Lange vor der Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee hat Russland bereits seine Lieferung durch Nord Stream 1 eingestellt, ohne nachvollziehbaren Grund. Deshalb: Dieses Russland unter Putin ist kein zuverlässiger Handelspartner mehr. Für uns und für die gesamte Welt bedeutet das: Auf dem Weltmarkt fehlt ein Großteil der 155 Milliarden Kubikmeter Gas, die Russland zuletzt durch Pipelines nach Europa geliefert hat. Putin hat gehofft, uns mit dem Abdrehen des Gashahns erpressen zu können. Doch auch da hat er sich verrechnet; denn Europa steht zusammen. Auch wir als Land haben mit den Maßnahmen der vergangenen Wochen und Monate sichergestellt, dass wir voll Zuversicht sagen können: Gemeinsam kommen wir wohl

durch diesen Winter.

In Windeseile haben wir alternative Importstrukturen aufgebaut. Die ersten Flüssiggasterminals in Wilhelmshaven und Brunsbüttel gehen zum Jahreswechsel ans Netz. Auch erste Lieferungen über Lubmin können dann möglicherweise erfolgen. Weitere Terminals werden im Laufe des kommenden Jahres hinzukommen. Seit einer Woche fließt erstmals überhaupt Gas aus Frankreich zu uns. Auch die Kapazitäten an den westeuropäischen Häfen, in den Niederlanden und Belgien, nutzen wir, um zusätzliches Gas zu beschaffen. Verlässliche Partner, wie Norwegen, haben ihre Lieferungen an uns erhöht. Mit den USA und Ländern der Arabischen Halbinsel haben wir neue Lieferverträge abgeschlossen. Weitere sind in Vorbereitung.

Mit all diesen Maßnahmen haben wir es geschafft, unsere Speicher in Deutschland und Europa rechtzeitig vor dem Winter zu füllen, anders als übrigens im Vorjahr. Den Füllstand von 95 Prozent, den wir in Deutschland zum 1. November erreichen wollten, haben wir schon überschritten. Das ist eine große Leistung.

Wir haben entschieden, dass wir Kohlekraftwerke wieder ans Netz nehmen. Erst in diesen Tagen sind fünf weitere Braunkohlekraftwerksblöcke in der Lausitz und im Rheinischen Revier hinzugekommen als zeitlich begrenzte, aber notwendige Notfallmaßnahme – Notfallmaßnahme; denn wir stehen weiter fest zu unserem erklärten Klimaziel. Wir sorgen dafür, dass wir alle drei noch laufenden Atomkraftwerke den gesamten Winter lang nutzen können. So hat es das Kabinett gestern auf den Weg gebracht. Und schließlich haben Unternehmen den Umstieg von Gas auf andere Energiequellen erleichtert; „Fuel Switch“ lautet das Stichwort.

Das alles stärkt Deutschlands und Europas Energiesicherheit. Hinzu kommen die Sparanstrengungen vieler Bürgerinnen und Bürger und auch zahlreicher Unternehmen. Ich bin dafür außerordentlich dankbar. Gemeinsam wollen wir unseren Gasverbrauch um 20 Prozent senken; denn jede Kilowattstunde, die wir einsparen, stärkt unsere Energiesicherheit.

Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, uns auch auf europäischer Ebene auf ein Einsparziel von 15 Prozent beim Gasverbrauch zu einigen. Das ist ein starkes Signal europäischer Solidarität, gerade auch gegenüber unserem Land, das bislang ganz besonders von

russischem Gas abhängig war – abhängig war, wohl gemerkt; denn wir haben uns aus der Abhängigkeit befreit und gehen zugleich gut vorbereitet in den kommenden Winter. Noch etwas möchte ich erwähnen, wenn wir über Energiesicherheit reden. Unsere Sicherheitsbehörden, die Bundespolizei, die Dienste, das Bundeskriminalamt, das BSI tun alles, um gemeinsam mit den Betreibern unsere kritischen Infrastrukturen zu schützen. Auch mit den Partnern in der NATO und der Europäischen Union sind wir dazu in intensiven Abstimmungen. Mit Schweden und Dänemark stimmen wir uns eng bei der Aufklärung des Sabotageakts gegen die beiden Nord-Stream-Pipelines ab. Auf See zeigen Marine und Bundespolizei mit allen verfügbaren Kräften und Schiffen Präsenz. Und noch in diesem Jahr wollen wir Eckpunkte für ein Dachgesetz zum besseren Schutz kritischer Infrastruktur beschließen. Wir wissen: Absolute Sicherheit kann es angesichts der Größe und Komplexität kritischer Infrastrukturen nicht geben. Aber auch hier gilt: Wir sorgen vor, und vor allem, wir lassen uns nicht einschüchtern.

### Putins Kriegskurs gegen die Ukraine und die gesamte freie Welt wird scheitern.

Meine Damen und Herren, die Energiesicherheit ist das eine, die viel zu hohen Energiepreise sind eine andere große Bewährungsprobe für unser Land und für Europa. Keine Frage: Die Preise für Strom und Wärme, für Gas, Öl und Kohle müssen runter, und zwar auf ein für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Unternehmen verträgliches Maß. Auch das wird zu Recht Thema sein beim Europäischen Rat heute und morgen in Brüssel.

Wir haben beschlossen, hier in Deutschland eine Strompreisbremse einzuführen analog zur Entscheidung auf europäischer Ebene. An der Umsetzung arbeiten wir aktuell mit Hochdruck. Ziel ist, Bürgerinnen und Bürger so rasch wie möglich für ein Grundkontingent von Strom zu entlasten. Wir sind dabei den europäischen Weg gegangen und haben binnen weniger Wochen Mehrheiten in Europa zustande bekommen. Das zeigt: Die EU ist in diesen Fragen handlungsfähig, und die Bundesregierung wird immer darauf achten, diese europäische Handlungsfähigkeit zu stärken.

Bei den Preisen für Gas und Wärme ist das Ganze komplizierter; denn der Gaspreis wird von Knappheiten auf dem Weltmarkt bestimmt. Aber auch hier sind wir auf europäischer Ebene schon

weit gekommen. So werden wir beim Europäischen Rat heute darüber sprechen, unsere Nachfrage zu bündeln. Ich bin der Europäischen Kommission daher dankbar für ihre Vorschläge, Einkaufsgemeinschaften europäischer Unternehmen möglich zu machen, die gemeinsam Gas kaufen können. Richtig ist auch, einen Teil der Kapazität der europäischen Gasspeicher im nächsten Jahr gemeinsam zu befüllen. Mit dem Modell Trading Hub Europe haben wir gezeigt, wie das gehen kann. Auch über die Entwicklung eines ergänzenden Gaspreisindex zum TTF werden wir uns Gedanken machen, der Bezugspunkt für künftige Gasimportverträge sein kann.

Das beste Mittel gegen ein zu knappes Angebot aber bleibt der schnelle Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Kommission hat dazu bereits Vorschläge für einfache Planungsverfahren gemacht. Das sollte nun auch für die großen Übertragungsnetze geschehen. Auch dafür werde ich mich beim Europäischen Rat starkmachen.

Um die ausfallenden russischen Gaslieferungen zu ersetzen, müssen wir außerdem mit Ländern zusammenarbeiten, in denen die Möglichkeit zur Erschließung neuer Gasfelder besteht; natürlich im Rahmen unserer Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen.

Wir werden auch darüber sprechen, wie wir mit Preisspitzen umgehen. Die Vorschläge der Kommission dazu schauen wir uns sehr genau an. Ein politisch gesetzter Preisdeckel birgt aber immer das Risiko, dass die Produzenten ihr Gas dann anderswo verkaufen und wir Europäer am Ende nicht mehr Gas bekommen, sondern weniger. Deshalb muss sich die EU mit anderen Gaskonsumenten, etwa mit Japan und Korea, eng abstimmen, damit wir uns nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Zugleich sprechen wir auch mit den Produzenten über einen angemessenen Preis. Ich bin überzeugt, Länder wie die USA, Kanada oder Norwegen, die gemeinsam mit uns solidarisch an der Seite der Ukraine stehen, haben ein Interesse daran, dass Energie in Europa nicht unbezahlbar wird.

Auch im G-7-Kreis sprechen wir darüber. Schließlich wurde die G 7 bzw. damals noch die G 6 als Antwort auf die erste Ölkrise der 70er-Jahre und den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems gegründet. Damals ist es in diesem Rahmen gelungen, die Welt gemeinsam zurück auf einen Wachstumspfad zu führen. Das ist auch mein Ziel als G-7-Vorsitzender heute.

Parallel nutzen wir natürlich auch die Möglichkeiten, die wir als Volkswirtschaft haben, um die Gas- und Wärmepreise auf ein ver-

trägliches Maß zu senken. Dem dient der wirtschaftliche Abwehrschirm von bis zu 200 Milliarden Euro, der unter anderem die Gaspreisbremse beinhaltet. Eine Kommission aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Arbeitgebervertretern, Gewerkschaften, Stadtwerken und Energieversorgern hat uns Anfang letzter Woche einen klugen Vorschlag gemacht, wie wir die Preissteigerungen für Gas und Fernwärme stark begrenzen können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben eines gemeinsam: Sie halten Energie bezahlbar, wirken schnell und hebeln zugleich Einsparanreize nicht aus.

Wir setzen diesen Vorschlag nun um. Spätestens im März nächsten Jahres erhalten alle Bürgerinnen und Bürger mit Gas oder Fernwärme ein vergünstigtes Basiskontingent. Um schon früher für Entlastung zu sorgen, hat die Kommission uns empfohlen, dass die Versorger das Geld für Abschlagszahlungen im Dezember vom Staat erhalten. Auch Unternehmen, kleine und große, werden gezielt entlastet. Deshalb können wir heute sagen: Niemand, keine Familie, keine Rentnerin, kein Student und auch kein Unternehmen, soll Angst haben, von den Preisen für Strom, Gas oder Fernwärme überfordert zu werden.

Unseren Abwehrschirm haben wir bewusst auf zweieinhalb Jahre angelegt, um auch für den nächsten Winter gewappnet zu sein. Auf diesen Zeitraum gerechnet, entsprechen die 200 Milliarden Euro um die 2 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts. Das liegt in der Größenordnung der Pakete, die in diesem Jahr auch anderswo in Europa geschnürt wurden und werden, in Frankreich, in Italien oder in Spanien zum Beispiel.

Die Europäische Union verfügt zudem über genügend finanzielle Durchschlagskraft, um sich dieser Krise entgegenzustellen. Aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, die wir während der Coronapandemie gemeinsam beschlossen haben, ist bislang erst ein Fünftel ausgezahlt. Hier stehen also noch über 600 Milliarden Euro zur Verfügung, die unsere Volkswirtschaften stärken und für den Ausbau erneuerbarer Energien genutzt werden können. Dabei hilft uns auch die Einigung zur Finanzierung von REPowerEU, die die europäischen Finanzminister vor Kurzem erzielt haben. Damit wird ein dreistelliger Milliardenbetrag aus den Mitteln des Instruments NextGenerationEU genutzt und aufgestockt, um uns unabhängig zu machen von fossiler Energie. Ich bin bereit, zu schauen, wie wir diese und andere vorhandene Mittel in der aktuellen Krise noch effizienter einsetzen können. Meine Damen und Herren, diese europäische Solidarität sorgt dafür,

dass die Europäische Union Putins Energieerpressung standhält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines dürfen wir aber über all die Bewährungsproben, vor die uns Putins Angriffskrieg gestellt hat, nicht aus den Augen verlieren: unser Ziel, aus der Nutzung fossiler Ressourcen auszusteigen.

Der schnelle Ausbau erneuerbarer Energien und der Netze sowie mehr Energieeffizienz sind die beste Strategie, damit unsere Energieversorgung sicher bleibt und wieder bezahlbar wird. Jedes Windrad an Land oder auf See, jede Photovoltaikanlage macht uns ein Stück unabhängiger von teurem Gas oder Öl. Der Umbau des Energiesektors, die Transformation unserer Industrie, die Modernisierung unserer Gebäude, der Ausbau der Bahn und des Nahverkehrs, der Hochlauf der Elektro-

mobilität und der Wasserstoffwirtschaft, das sind daher die zentralen Aufgaben dieses Jahrzehnts. Die Weichen dafür sind gestellt. Wir haben die umfassendste Novelle des EEG des letzten Jahrzehnts verabschiedet. Wir beschleunigen den Ausbau der Offshorewindkraft. Im Februar kommenden Jahres wird das Windanland-Gesetz in Kraft treten, das 2 Prozent der Fläche unseres Landes für die Windkraft zur Verfügung stellt. Noch im Herbst wollen wir ein weiteres Paket zur Planungsbeschleunigung beschließen. Denn was ich Anfang dieses Jahres versprochen habe, das halten wir ein: Alle Regeln, alle wichtigen Gesetze, die es braucht, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht, stehen bis zum Jahresende.

Auch auf EU-Ebene halten wir Kurs. Wir wollen in den kommen-

den Monaten eine endgültige Einigung auf das „Fit for 55“-Paket als Booster für den internationalen Klimaschutz herbeiführen. Beim anstehenden Europäischen Rat werden wir unsere Position für die anstehende Klimakonferenz in Scharm al-Scheich abstimmen. Die russische Aggression und ihre Folgen dürfen nicht zu einer weltweiten Renaissance der Kohle führen. Deshalb werden wir klare Angebote machen, damit auch Entwicklungs- und Schwellenländer den Weg in Richtung eines klimaneutralen Energiesektors entschlossen gehen. Und wir werden den Staaten entschlossen helfen, die schon heute besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bewährungsproben unserer Zeit erfordern neues Denken und mutiges Handeln von jedem

von uns. Im Eiltempo und oft unter größtem Handlungsdruck haben wir in den vergangenen Monaten weitreichende zukunftsweisende Entscheidungen getroffen: für Europa, für unser Land, für seine Bürgerinnen und Bürger. Dabei haben wir miteinander immer wieder um den besten Weg gerungen und werden das auch weiterhin tun; denn auch das ist wichtig.

In einer Autokratie wie Russland ist das Ziel größtmögliche Uniformität. Kreativität und Widerspruch werden bestraft. Mutige Oppositionelle verschwinden auf Jahre in Gefängnissen oder werden ins Exil gezwungen. Nicht zuletzt das Schicksal einiger der bisherigen Friedensnobelpreisträger erinnert uns an diese Schande.

In Demokratien wie unserer aber liefern unsere Debatten, liefern freie Medien und öffentliche

Kritik immer wieder Anstöße für Veränderung und den Fortschritt. Darin liegt die Stärke offener Gesellschaften. Darin liegt die Kraft der Demokratie.

Diese Kraft, diese Stärke, meine Damen und Herren, unterschätzen Putin und seine Gefolgsleute auf dramatische Weise. Deshalb bin ich sicherer denn je: Putins Kriegskurs gegen die Ukraine und die gesamte freie Welt wird scheitern. Eigentlich ist er es schon längst. Die Ukraine, Deutschland und Europa aber werden gestärkt aus diesen Bewährungsproben hervorgehen, geeinter und unabhängiger als zuvor.

Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Beatrix von Storch (AfD): Sprechblasen!)

Friedrich Merz, CDU:

## Menschen und Unternehmen brauchen eine klare Perspektive



Friedrich Merz (\*1955)  
Wahlkreis Hochsauerlandkreis

Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der Folgen, die dieser Krieg mittlerweile auch für unser Land hat, steht die Europäische Union in diesen Wochen und Monaten möglicherweise vor der größten Bewährungsprobe ihrer Geschichte. Wir können daher alle nur hoffen, dass die 27 Staats- und Regierungschefs heute und morgen in Brüssel zu guten und tragfähigen Lösungen kommen. Herr Bundeskanzler, wir wünschen Ihnen und Ihren Amtskolleginnen und Amtskollegen in der Europäischen Union bei den anstehenden Beratungen jeden möglichen Erfolg. Europa braucht diesen Erfolg. Unser Land, Deutschland, braucht diesen Erfolg. Vor allem aber die Menschen, die privaten Haushalte und die vielen Unternehmen – die kleinen, die mittleren und die großen – brauchen jetzt schnelle und wirksame Hilfe. Es sollte dabei auch klar sein, welche Aufgaben die Euro-

päische Union übernimmt, was sie leisten kann und muss, was Europa jetzt ausdrücklich nicht tun sollte und was zwingend in der Verantwortung und der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bleiben muss.

Lassen Sie mich dazu etwas ausführlicher sprechen. Meine Damen und Herren, die notwendigen Sanktionen gegen Russland – und Sie haben, Herr Bundeskanzler, darüber ausführlich gesprochen – gehen nur gemeinsam. Hier hat Europa in der Tat in den letzten Wochen und Monaten eine große Geschlossenheit und eine große Entschlossenheit gezeigt. Europa hat diese Bewährungsprobe bestanden, auch in enger Abstimmung und Kooperation mit anderen, vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch die finanziellen und humanitären Hilfen für die Ukraine gehen jedenfalls weitgehend nur gemeinsam. Auch hier hat die Europäische Union wirkungsvoll und zielführend geholfen.

Es wäre schließlich wünschenswert gewesen, meine Damen und Herren, wenn auch die militärische Hilfe europäisch abgestimmt und in der Europäischen Union koordiniert vorgenommen worden wäre. Ich sage von dieser Stelle aus zum wiederholten Male: Wir hätten es für richtig gehalten, wenn die ukraini-

sche Armee auch mit Schützenpanzern und Kampfpanzern westlicher Bauart ausgestattet worden wäre, abgestimmt in der Europäischen Union, so wie viele Mitgliedstaaten es befürworten, so wie eine große Zahl von Kolleginnen und Kollegen insbesondere aus der Grünenfraktion und aus der FDP-Fraktion es befürworten, so wie wir es befürworten. Dieser Krieg wäre dann möglicherweise schneller zu Ende gewesen.

Nun zu den Energiepreisen. Herr Bundeskanzler, Ihrer Regierungserklärung können die Zuhörerinnen und Zuhörer heute Morgen, die betroffenen privaten Haushalte, die Unternehmen in Deutschland und darüber hinaus kaum etwas Konkretes entnehmen, wann ihnen denn nun endlich geholfen wird.

Sie haben auch wenig und gar nichts zum Arbeitsprogramm der Kommission gesagt, das gestern vorgelegt worden ist. Meine Damen und Herren, bei diesem Arbeitsprogramm muss man den Eindruck gewinnen, dass in der Europäischen Kommission bis auf eine einzige Ausnahme – das ist die sogenannte Chemika-

**Sie fahren heute und morgen nicht gerade mit gutem Vorbild nach Brüssel.**

lienverordnung – in allen Bereichen der Apparat weiter läuft und läuft und läuft und jede Woche und jeden Monat neue Richtlinien, neue Verordnungen, neue Belastungen vor allem für die Unter-

nehmen in Europa auslöst. Wir haben Ihnen den konkreten Vorschlag – Sie haben es ja in das nationale Programm aufgenommen – eines Belastungsmoratoriums gemacht. Warum sprechen Sie jetzt nicht auch über ein Belastungsmoratorium in der Europäischen Union? Warum lassen Sie zu, warum befördert Ihre Regierung, dass in der Europäischen Kommission von Woche zu Woche weitere Vorschläge zu Belastungen für die Unternehmen gemacht werden, bis hin zu einer CSR-Richtlinie, die die Berichtspflichten der Unternehmen gerade jetzt in dieser Krise endgültig zu einem bürokratischen Monstrum werden lässt? Wir brauchen jetzt ein Belastungsmoratorium für die Unternehmen in der Europäischen Union und damit auch in Deutschland.

Dann bleiben tatsächlich zahlreiche Aufgaben in der nationalen Verantwortung. Meine Damen und Herren, Herr Bundeskanzler, Sie fahren in dieser Hinsicht heute und morgen nicht gerade mit gutem Vorbild nach Brüssel. Im Gegenteil: Deutschland dürfte in Brüssel als das Land in Europa bewertet werden, dessen Regierung in den letzten Monaten am heftigsten gestritten und mit am wenigsten bei der Entlastung der privaten Haushalte und der Unternehmen erreicht hat. Dieser Krieg dauert in wenigen Tagen schon acht Monate. Wenn man dem Glauben schenkt, was Sie auf Verbandstagungen – wie gerade vor wenigen Tagen hier in Berlin – sagen, dann wissen Sie ja schon sehr viel länger, welche Folgen dieser Krieg möglicherweise haben kann. Sie haben hier in Berlin vor weni-

gen Tagen gesagt: „Ich war mir immer sicher, dass er“ – Putin war gemeint – „das tun würde“, nämlich Energielieferungen als Waffe einzusetzen. Und dann haben Sie gesagt:

Das war ... zu einer Zeit, als die allermeisten das noch nicht für wahrscheinlich gehalten haben. Aber ich habe es für möglich gehalten.

Sie nehmen Bezug auf eine Besprechung mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bundeskanzleramt im Dezember 2021.

**„Das Wissen muss ein Können werden.“ Das hätten wir von Ihnen auch erwartet.**

„Ich war mir immer sicher, dass er das tun würde.“ Herr Bundeskanzler, wenn Sie sich im Dezember 2021 schon sicher waren, dass er das tun würde, warum haben Sie dann eigentlich

bis zum Kriegsbeginn an Nord Stream 2 festgehalten und das zu einem privatwirtschaftlichen Projekt erklärt? Und warum haben Sie dann eigentlich nicht Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Europäischen Union von dieser klugen Erkenntnis berichtet, damit man schon im Dezember 2021 an Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise hätte denken können? Sie haben zu Beginn Ihrer Regierungserklärung von Clausewitz zitiert. Herr Bundeskanzler, von ihm stammt auch der schöne Satz: „Das Wissen muss ein Können werden.“ Das hätten wir von Ihnen auch erwartet.

Sie haben eine Gaskommission um Vorschläge zur Dämpfung der Gaspreise und zur Lösung dieses Problems gebeten. Diese Vorschläge liegen nun seit Anfang der letzten Woche vor. Wir haben in dieser und in der letzten Woche zwei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Sie haben heute

nicht einen einzigen Vorschlag unterbreitet, welche Schlussfolgerungen denn aus den Vorschlägen zur Lösung des Problems bei der Gasbeschaffung und bei den Gaspreisen gezogen werden sollen. Es bleibt völlig offen, wie denn diejenigen privaten Haushalte, die noch mit Öl heizen oder die zum Beispiel gerade eine Pelletheizung angeschafft haben, konkret entlastet werden sollen.

Damit kein Missverständnis entsteht: Wir befürworten hier weitestgehend gemeinsame europäische Wege; aber es gibt Verantwortung im nationalen Zusammenhang, der Sie nachkommen müssen und die die Europäische Union überhaupt nicht übernehmen kann. Diese Fragen gehören dazu, und diese Fragen bedürfen der Beantwortung im Deutschen Bundestag und nicht auf der Ebene

des Europäischen Rates.

Wenn Sie jetzt als einziges Datum, zu dem die privaten Haushalte und die Unternehmen Entlastungen erwarten dürfen, das Frühjahr 2023 nennen, dann kann ich Ihnen nur sagen, Herr Bundeskanzler: Winterreifen muss man im Oktober aufziehen und nicht erst im Frühjahr des nächsten Jahres. Jetzt brauchen die Menschen und die Unternehmen in Deutsch-

land eine klare Perspektive, jetzt brauchen die Menschen und die Unternehmen in Deutschland eine klare Antwort, wann sie – möglichst bald in den nächsten Tagen und Wochen – mit konkreter Entlastung rechnen dürfen. Deswegen will ich abschließend sagen: Die besten Beschlüsse in Brüssel bewirken überhaupt nichts, wenn die Bundesregierung in Deutschland nicht schnell zu wirksamen

Entlastungen für private Haushalte und für die Unternehmen kommt, von denen die meisten nicht mehr lange Zeit haben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU)

Britta Haßelmann, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir dürfen nicht nachlassen in unserem Engagement



Britta Haßelmann (\*1961)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Von diesem Gipfeltreffen muss ein Signal der Geschlossenheit ausgehen, und ich bin mir sicher, das wird es auch – Geschlossenheit, um unser gemeinsames Vorgehen bei den Sanktionspaketen, bei der finanziellen, humanitären und militärischen Unterstützung deutlich zu machen, zu unterstreichen und klarzumachen, dass sie das schärfste Schwert gegen Putin sind. Die europäische Geschlossenheit, die Geschlossenheit der G 7 und der internationalen Staatengemeinschaft sind in dieser Krise das wichtigste Pfund, das wir haben, meine Damen und Herren. Gleichzeitig werden hoffentlich – davon gehen wir aus – ganz klare Signale ausgehen. Europäische und nationale Maßnahmen gegen hohe Energiepreise werden Hand in Hand gehen – dafür machen wir uns stark -: der gemeinsame Einkauf von Gas, die Senkung des Verbrauchs, die Diversifizierung von Energiequellen durch Erneuerbare Energien und eine Übergewinnsteuer, die zur Abfederung sozialer Härten in den Nationalstaaten – je nach Lage in Europa – dient. Das werden die gemeinsamen

Botschaften sein und die Aufträge, die wir uns wechselseitig erteilen. Es ist gut und wichtig, dass dieses Signal so vom Europäischen Rat, von Europa ausgehen wird.

Meine Damen und Herren, wir verurteilen die jüngsten massiven Angriffe auf die Zivilbevölkerung, auf die zivile Infrastruktur in der Ukraine. Die Mobilisierung in Russland, die Allianz mit Weißrussland, die völkerrechtswidrige Annexion der besetzten Gebiete, die Angriffe auf so viele unschuldige Menschen – all das zeigt die wahnsinnige Irrationalität dieses brutalen Angriffskrieges. Es zeigt aber auch, dass Putin immer mehr in Bedrängnis gerät; denn er führt den Krieg gegen die Menschen, die Zivilbevölkerung. Es trifft sie alle so grausam und hart, es ist brutal. Das bereitet mir und uns große Sorgen. Gestern nun noch die Verhängung des Kriegsrechts in den sogenannten annektierten Gebieten – hier sollen neue Spannungen geschürt werden, ein vermeintlicher Angriff der Ukraine auf vermeintlich russisches Territorium. Dabei ist doch klar: Es gibt kein russisches Kriegsrecht auf ukrainischem Territorium, meine

Damen und Herren.

100 ukrainische Orte, Siedlungen, Dörfer sind ohne Strom. Angriffe auf Wohnhäuser, auf Krankenhäuser, auf Versorgungseinrichtungen, auf Spielplätze – die Zivilbevölkerung soll in Angst und Schrecken

versetzt werden. Die Menschen leiden in dieser Situation unglaublich. Deshalb ist jede Kraftanstrengung nötig, und deshalb dürfen wir auch nicht nachlassen in unserem Engagement – weder humanitär noch wirtschaftlich noch beim Wiederaufbau noch bei der Frage hinsichtlich der Beitrittsperspektive zur EU und auch nicht, was die Waffenlie-

ferungen angeht. Meine Damen und Herren, jeden Tag müssen wir uns fragen: Tun wir genug? Was können wir noch leisten? Das ist unsere Aufgabe im europäischen Verbund. Herr Merz, wer hier einerseits die Solidarität mit der Ukraine einfordert, wer mehr Solidarität einfordert, sich dann andererseits auf solche Weise gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine äußert, dem will ich an dieser Stelle sagen – ich habe es an anderer schon getan -: Das hat wehgetan, wirklich wehgetan und ge-

schmerzt. Ihre halbseidene Entschuldigung hat daran nichts geändert. Dass Sie sich in dieser schrecklichen Situation so abwertend und populistisch gegenüber geflüchteten Menschen in der Ukraine geäußert haben, ist unverzeihlich. Und kurz nach Ihrer Entschuldigung wurde bei diesem Thema weiter nachgelegt. Ich finde, Sie sollten das überdenken; denn wir haben hier alle eine große Verantwortung gegenüber den Menschen, die noch in der Ukraine sind, die in ihrem Land bleiben und kämpfen, und gegenüber denen, die hier sind und sich nichts sehnlicher wünschen, als wieder zurückzugehen in ihre Heimat, die so bedroht ist. Deshalb lassen Sie die Finger davon, mit Populismus in dieser Art und Weise zu arbeiten. Meine Damen und Herren, und wieder haben wir hier gerade den Vorwurf gehört: Jetzt handelt mal endlich! Wo sind Sie eigentlich in dieser Situation? Wo sind Sie, wo übernehmen Sie Ihre Verantwortung in der größten Krise dieses Landes und der größten Krise Europas? Statt sich in Fundamentalopposition zu verkriechen, müssen Sie Verantwortung übernehmen, meine Damen und Herren.

Jetzt mal kurz zum Vorwurf, diese Regierung handele nicht. Meine Damen und Herren, wir haben zwei Entlastungspakete zur sozialen Abfederung auf den Weg gebracht. Diese sind für Menschen, für Handwerk, für Wirtschaft eine Unterstützung. Da können Sie hundertmal sagen, das sei nicht der Fall. Es wirkt! Energiepreispbremse, Unterstützungsleistungen für Rentnerinnen und Rentner, für Studierende, Erhöhung der Grundsicherung usw. – das sind alles Maßnahmen, die gezielt die sozialen Härten in diesem Land abfedern sollen. Und das ist gut und wichtig so.

Dann planen wir einen 200-Milliarden-Abwehrschirm. Sie sollten nicht einfach nur sagen: Das läuft nicht gut. – Machen Sie doch mal einen Vorschlag!

Wo sind Sie denn da? Sie verkriechen sich in Ihren Löchern und erklären jeden Tag, wir würden nicht handeln. Weil Sie da vielleicht eine kleine Stütze brauchen, sage ich Ihnen kurz, was diese Bundesregierung gemeinsam, was Robert Habeck mit seinem verantwortlichen Ministerium und die anderen Ministerinnen und Minister auf den Weg gebracht haben: die Verpflichtung zum Befüllen der Gasspeicher, die Forcierung des Netzausbaus, den Ausbau der Windenergie, den schnelleren Ausbau der LNG-Ter-

minals, die Ausgleichsregelung beim Wasserstoff, die Anpassung der Ausschreibungsmengen für Wind und Solar, die Effizienzstandards für den Gebäudesektor, das Energieeffizienzgesetz, die Aufhebung der Abstandsregeln, die lange den Ausbau der Windenergie blockiert haben, die Anpassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Energiewirtschaftsgesetzes, des Bundesbedarfsplangesetzes und zahlreiche Verordnungen.

Ich weiß, es tut Ihnen weh, wenn man das aufzählt; denn das zeigt, dass konkret gehandelt wird, meine Damen und Herren. Und darum geht es in dieser Krise. Genau darum! Ich erwarte von Ihnen, dass Sie Verantwortung übernehmen und sich konstruktiv in die Lösungssuche einbringen, meine Damen und Herren.

Wir sind in einer schweren Krise. Da ist das notwendig. Lassen Sie mich zuletzt noch sagen, als Bitte und zugleich als Aufforderung: Wir wissen, was die fossile Abhängigkeit von Russland für unser Land in dieser Krise bedeutet. Wir haben das in den vergangenen Monaten gesehen. Wir sollten, wenn wir über China diskutieren, dringend berücksichtigen, was uns die zementierte fossile Abhängigkeit von Russland gekostet hat. Keine Fehler in Bezug auf die Chinapolitik, meine Damen und Herren! Das ist notwendig, und das steht jetzt an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

**Ich erwarte von Ihnen, dass Sie Verantwortung übernehmen und sich konstruktiv einbringen.**

**Es trifft die Zivilbevölkerung so grausam und hart, es ist brutal.**



Wenig überraschend: Die Regierungserklärung von Kanzler Scholz stieß auf Seiten der Opposition auf Kritik. © picture alliance / Flashpic | Jens Krick

Tino Chrupalla, AfD:

## Sie spalten nicht nur Europa, sondern die Weltgemeinschaft



Tino Chrupalla (\*1975)  
Wahlkreis Görlitz

Lassen Sie mich vorab der zwei getöteten Handwerker in Ludwigshafen gedenken, die vor zwei Tagen von einem Somalier ermordet wurden. Frau Haßelmann, das schmerzt. Ich wünsche den Familien und Hinterbliebenen viel Kraft, ich wünsche den Verletzten schnelle Genesung. Auch das ist mittlerweile Normalität in Deutschland.

Kommen wir zum Europäischen Rat, der heute und morgen in Brüssel zusammentritt und den Krieg Russlands gegen die Ukraine sowie seine Auswirkungen auf die Energiepreise und die Wirtschaft in Europa behandelt; so lautet ja auch der Titel. Einerseits scheint die Brisanz einer Energiekrise in den Köpfen angekommen zu sein. Andererseits verwechselt man hier wieder Ursache und Wirkung. Eine Antwort auf die Krise soll jedenfalls der sogenannte Gaspreisdeckel sein; so hören und so lesen wir es. Jedoch bleiben hier mehrere Fragen offen: Kann die Energie- und Versorgungssicherheit Deutschlands garantiert werden? Kaufen wir gemeinsam in ausreichender Menge ein? Wie wird der Verteilschlüssel sein, nach Bedarf? Wie viel mehr kostet den Steuerzahler die gemeinsame Beschaffung im Vergleich zur nationalen Beschaffung? Dazu gab es heute vom Bundeskanzler keine Antworten. Gemeinsam mit den europäischen Staaten die Energieversorgung sicherzustellen, kann ein Weg sein, wenn Deutschland nicht mehr investieren muss und mit allen europäischen Partnern in gutem Kontakt und nicht teilweise im Krieg stehen würde. Der Kontinent Europa verfügt über ausreichend Energiereserven, um sich zu versorgen. Deshalb wäre es überhaupt nicht notwendig, zusätzliches, teures und schmutziges Fracking-Gas einzukaufen. Dafür braucht es aber eine Infrastruktur, die durch die Gemeinschaft auch

gesichert wird.

In diesem Zusammenhang frage ich Sie, Herr Bundeskanzler: Wo sind die Untersuchungsergebnisse zur Sabotage an Nord Stream 1 und 2? Ich habe Sie schon vor einer Woche gefragt. Sie haben noch in der letzten Woche gesagt, dass diese bald vorliegen werden. Nun weigert sich Schweden, uns Untersuchungsdetails zu nennen. Da frage ich Sie: Entspricht das einem vertrauensvollen Umgang innerhalb der europäischen Gemeinschaft? Gehen so Freunde mit uns um?

Wir hatten und wir haben mit den Nord-Stream-Pipelines die Möglichkeit, als Deutschland souverän und preiswert unsere Energieversorgung sicherzustellen. Ebenso könnten darüber Teile Europas bedient werden. Wir haben immer dafür geworben, dass sich die deutsche Bundesregierung Optionen offenhalten muss, Optionen, um selbst handlungsfähig zu bleiben, damit der Wohlstand der Wirtschaft, der Industrie und damit der Bevölkerung gesichert wird. Alles das setzen Sie mit Ihrem selbst entfachten Wirtschaftskrieg, der sich hauptsächlich gegen uns, gegen unsere Bevölkerung richtet, aufs Spiel. Ihre Maßnahmen und Hilfsprogramme kommen spät und sind immer wieder schlechte Kompromisse, die in erster Linie dem Bürger langfristig nur Kosten verursachen.

Denn auch die 200 Milliarden Euro neues Sondervermögen sind neue Schulden, die am Ende der Steuerzahler sowieso bezahlen muss. Das ist das übliche Spiel „linke Tasche, rechte Tasche“, und sie sind obendrein zum Teil verfassungswidrig, wie es der Bundesrechnungshof bereits angekündigt hat.

Ich habe schon oft gesagt: Sie hantieren ungeschickt und doktern an den Symptomen herum, anstatt sich endlich den Ursachen zu widmen. Und diese liegen aktuell in Ihrer Politik der Sanktionen. Daran scheinen Sie wirklich mittlerweile Gefallen zu entwickeln. Schauen Sie mal durch die Wertebille, Frau Baerbock: Welches ist das nächste Land, von dem Sie sich distanzieren wollen? Sie gehen da ja schon eifrig voran. Es ist schon wirklich eigenartig, dass gerade aus der Partei, die einmal für Offenheit und Toleranz stand, nun die größten Oberlehrer kommen. Diese würden zur Durchsetzung ihrer sogenannten Werte mittlerweile auch Waffen sprechen lassen wollen.

Diplomatie jedenfalls gehört nicht zu Ihrer Stärke. Das beweisen Sie gerade in den Reihen der Ampelkoalition. Bei den Bürgern erarbeiten Sie sich immer weniger Respekt und Glaubwürdigkeit; das sieht man ja nicht nur an den Umfrageergebnissen.

Der Bundeswirtschaftsminister bescheinigt zudem die Erfolge seiner eigenen Politik Tag für Tag, wenn er von Höchstpreisen für Energie, einer kommenden Rezession und dem Niedergang der deutschen Wirtschaft spricht. Da muss man sagen: Die Politik von Robert Habeck wirkt. Sie sorgen nämlich aktiv dafür, dass wir zu einem Schwellenland

oder zum Sorgenkind Europas werden. Sie sollten, Herr Habeck, wirklich mal darüber nachdenken, ob Sie Ihr Amt noch zum Wohle des deutschen Volkes ausfüllen oder sich besser wieder in die Welt der Fabelwesen zurückziehen sollten.

Vom Bundeswirtschaftsminister zum Bundesfinanzminister. Herr Lindner, Sie sprachen in Dresden vor jungen Handwerksmeistern, wo Sie noch – Sie erinnern sich – Witze über Ihre Kollegen Lauterbach und Habeck machten. Vor wenigen Wochen haben Sie den jungen Handwerksmeistern dort gesagt – ich zitiere -: Wir müssen all das tun, was Energiepreise runterbringt, und all das unterlassen, was Energiepreise steigen lässt. In einer solchen Situation muss man alle Kapazitäten, die verfügbar sind, am Netz behalten. Allerdings über Ostern hinaus.

In Dresden erzählen Sie den Leuten, was sie dort hören wollten, und hier in Berlin machen Sie mit Ihrer Politik genau das

Gegenteil. Das ist die verlogene Politik der FDP. Das ist die verlogene Politik gegen Handwerk und gegen Mittelstand. Und das haben die Wähler in Niedersachsen bereits erkannt. Da kann ich Ihnen nur sagen, lieber Herr Lindner: Lügen haben kurze Beine. Deshalb sollten Sie sich wirklich warme Unterwäsche besorgen; denn es ist bald Bodenfrost.

Das Grundverhältnis von Angebot und Nachfrage jedenfalls haben Sie noch nicht erkannt. Es ist immer noch vorhanden. Dabei ist gerade das Angebot auf dem Energiemarkt weiterhin stabil. Nur, Sie verändern, werte Bundesregierung, durch Ihre aggressive Sanktionspolitik den Zugriff auf den Markt und reduzieren das Angebot. Sie entscheiden nämlich plötzlich, nicht mehr bei jedem Anbieter zu kaufen, und möchten von denen, die mit Deutschland noch Geschäfte machen, Produkte kaufen, die sie gar nicht mehr im Angebot haben. Das ist die Realität. Und so verknappen Sie selbst das Energieangebot.

Das beste Beispiel dafür sind die Verhandlungen mit Saudi-Arabien oder auch Kanada. Mit einem Lächeln kehren Sie nach Hause zurück und müssen anschließend immer wieder feststellen, dass die sogenannten Lieferanten von LNG-Gas überhaupt kein adäquates Angebot für uns haben. Und da sehen Sie es wieder, was wir immer sagen: In der Politik geht es nämlich um Interessen, Herr Scholz, und nicht nur um Freundschaften; das ist die Realität.

Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, machen Sie sich endlich ehrlich und gestehen Sie sich selbst ein, dass Ihr Konzept der Energiewende nicht trägt! Die Energiewende ist gescheitert. Auch Sie, Herr Merz, sollten das endlich realisieren. Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender aus Sachsen hat es bereits getan. Sie sind mitverantwortlich, dass die Energiewende gescheitert ist; denn Sie haben die Atomkraftwerke abgeschaltet. Das sollten wir nicht vergessen.

Und Sie schädigen nachhaltig, auch die CDU, was Generationen vor uns mühevoll errichtet haben – alles nur, um Ihre ideologischen Leitlinien zu erfüllen. Eine gesunde Umwelt ist die Lebensgrundlage für alle Menschen und zukünftigen Generationen. Darüber sind wir uns ja hier in diesem Haus einig. Wie wir dieses Ziel sozial und wirtschaftlich verträglich erreichen wollen, das ist jedoch die Frage. Deshalb brauchen wir im Bereich der Energieversorgung Optionen.

Jedoch sind in Deutschland eine Unmenge an Windrädern und unkonventionelle Erdgasförderung ebenso wenig eine Option wie die endlose Förderung von Braunkohle – ja, auch die ist endlich; das wissen wir. Wir brauchen einen gesunden Energiemix, der bezahlbar und vor allen Dingen grundlastfähig ist. Gerade in einem Industrieland wie Deutschland kann man nicht regelbare, grundlastfähige Energie wie Kohle, Kernenergie und Gas durch volatile Energie wie Wind und Sonne ersetzen. Werte Grünenfraktion, dazu braucht man nicht mal einen Studien- oder Berufsabschluss. Das ist einfach gesunder Menschenverstand.

Sie möchten mit allen unmöglichen Mitteln das westliche Werte- und Wirtschaftssystem retten und sind dabei die Kommandeure des eigenen Niedergangs. Aber gerade wir in Europa müssen doch interesselgeleitete Politik für unsere Bürger machen. Der Kontinent Europa hat einen festen Platz in einer multipolaren Weltordnung. Dafür brauchen wir Frieden, Stabilität und vor allen Dingen wirtschaftliche Souveränität. Sie und Ihre einseitige US-amerikanische Ausrichtung sind die Totengräber der deutschen Wirtschaft. Das sehen wir jeden Tag. Kommen Sie bitte zum Wohle des Volkes zur Vernunft! Versuchen Sie endlich, Ihre ideologischen Interessen zurückzustellen!

Im Moment verpokern Sie alles Kapital zugunsten einseitiger transatlantischer Bündnisse bzw. neuer Abhängigkeiten. Deutschland jedenfalls nutzt Ihre Politik nichts. Sie spalten damit nicht nur Europa, sondern auch die Weltgemeinschaft. Noch eben sicher geglaubte Wirtschaftspartner wenden sich ab und suchen sich neue Kontakte, wie zum Beispiel Saudi-Arabien und sein Plan, den BRICS-Staaten beizutreten.

Deshalb fordere ich Sie für die Glaubwürdigkeit gegenüber unseren europäischen Partnern auch bei diesem Gipfel auf:

Erstens. Sorgen Sie schnellstmöglich dafür, dass die drei stillgelegten und die drei aktiv verbliebenen Kernkraftwerke über den April 2023 hinaus die Energieversorgung sichern! Dafür braucht es jetzt auch neue Brennelemente.

Im Übrigen wäre das genau die Stunde des Parlaments. Wir fordern eine offene, von den Fraktionen nicht beeinflusste Abstimmung – namentlich; denn hier geht es um Verantwortung. Jeder Abgeordnete soll das in seinem Wahlkreis erklären, auch diejenigen, die sich der Realität verweigern. Das ist Demokratie, und das fordern wir.

Zweitens. Klären Sie die Sabotage-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Agieren Sie endlich souverän zum Wohle unseres Landes!**

**Der Kontinent Europa verfügt über ausreichend Energiereserven, um sich zu versorgen.**

anschläge auf die Nord-Stream-Leitungen auf! Sorgen Sie dafür, dass die kritische Infrastruktur auch geschützt wird und geschützt ist, dass

durch die Pipelines auch wieder Gas nach Deutschland und Europa geliefert wird!

Drittens. Beenden Sie Ihre werte-

geleitete Sanktionspolitik, und stoppen Sie die Waffenlieferungen an die Ukraine! Helfen Sie, den Krieg in Europa durch Verhandlungen zu

beenden! Und hören Sie auf, Moral- und Sittenpolizei auf der ganzen Welt zu spielen, Herr Lambsdorff! Agieren Sie endlich souverän zum

Wohle unseres Landes und zum Wohle unserer deutschen Bürger!

(Beifall bei der AfD)

Christian Dürr, FDP:

## Wir lassen in Deutschland niemanden alleine



Christian Dürr (\*1977)  
Landesliste Niedersachsen

Europa bleibt geprägt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Verbrechen gegen die Bevölkerung, die täglichen Menschenrechtsverletzungen, das bewusste und willkürliche Töten von Zivilisten, von Menschen, von Familien gehen dieser Tage weiter. Der russische Angriffskrieg gehört leider zum Alltag der Menschen in der Ukraine; doch er darf niemals etwas Alltägliches werden, meine Damen und Herren. Die russische Strategie hat sich ja dieser Tage geändert. Das wird deutlich: 30 Prozent des Stromnetzes sind zerstört und mittlerweile über 1 000 Orte ohne Stromversorgung. Russland zeigt, dass es auf stumpfe Zerstörung aus ist. Die Terrorisierung der Menschen in der Ukraine ist das strategische Ziel Putins.

Und Herr Chrupalla, eigentlich wollte ich nicht auf Ihre absurde Rede eingehen. Aber es ist notwendig; denn das, was Sie hier betreiben, ist Täter-Opfer-Umkehr. Es ist übrigens die Empfehlung, dass sich Deutschland aus der westlichen Staatengemeinschaft verabschiedet. Wie absurd! Es ist nicht im nationalen Interesse, was Sie hier sagen. Das, was Sie sagen, richtet sich auch gegen Deutschland. Es ist absurd, so etwas hier zu behaupten, Herr Chrupalla. Der Aggressor sitzt im Kreml; das sind Ihre Freunde im Kreml, die diese Menschen angreifen und terrorisieren. Ich sage das deshalb, weil Sie von „aggressiver Sanktionspolitik“ gesprochen haben – „aggressiver Sanktionspolitik“! Ich habe gerade von den Terroraktionen Putins gegen Menschen in der Ukraine gesprochen. Herr Kollege Chrupalla, liebe Kollegen der

AfD, hören Sie auf, so etwas zu sagen!

Ich will hier eines aussprechen: Das, was Sie anempfehlen, ist, dass dieses große Land, dass sich Deutschland aus dem Westen verabschiedet. Das darf niemals Politik in Deutschland sein, gerade nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Denn das Ziel Putins ist es, die Ukraine zu zerstören, damit es sich nicht mehr lohnt, über ein Danach zu reden. Herr Bundeskanzler, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie genau über dieses Danach gesprochen haben. Das müssen wir bereits heute, trotz der schrecklichen Bilder, tun.

Wir müssen über einen europäischen Marshallplan für die Ukraine reden, und ein erster ganz wichtiger Schritt ist die Wiederaufbaukonferenz am 25. Oktober hier in Berlin. Wir wollen die Ukraine beim Wiederaufbau unterstützen – das wollen wir bereits heute in aller Klarheit sagen -, genauso wie wir die Ukraine bei ihrem Weg nach Europa unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich will jetzt natürlich direkt auf die Auswirkungen auf Deutschland, auf die Menschen in Deutschland und unsere Wirtschaft, zu sprechen kommen. Deutschland und Europa befinden sich aktuell in einem Energiekrisenmodus. Deshalb ist es so wichtig, zu betonen, dass die Bekämpfung der Inflation und der hohen Energiepreise natürlich für uns alle höchste Priorität hat. Wir wollen vermeiden, dass es zu Strukturbrüchen kommt. Wir müssen uns in Europa deshalb auf unsere großen Stärken besinnen: auf unsere wirtschaftliche Stärke, auf die Solidarität und Geschlossenheit der Europäischen Union und auf Demokratie und Freiheit.

Ich will jetzt, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf die Europäische Union und das, was wir energiepolitisch richtigerweise tun können und soll-

ten, zu sprechen kommen. Herr Kollege Merz, Sie haben einen, wie ich finde, richtigen Punkt angesprochen, den ja die Bundesregierung und die regierungstragenden Fraktionen bereits im Abwehrschirm für die deutsche Wirtschaft, für unser Land, für die privaten Haushalte mitverankert haben, nämlich das Belastungsmoratorium. Das war auch ein wichtiger Wunsch meiner Partei.

Herr Kollege Merz, ich teile Ihre Einschätzung, dass auch über ein Belastungsmoratorium auf europäischer Ebene gesprochen werden sollte. Ich will es mal – entschuldigen Sie die Wortwahl – etwas überspitzt sagen: Es gab Wahlkämpfe der CDU, die nicht erfolgreich waren, und danach haben CDU-Mitglieder den Aufkleber „Jammert mir nichts vor, ich habe CDU gewählt“ auf ihre Autos gemacht. Ich will Ihnen zur Europawahl antworten: Jammert mir nichts vor, ich habe FDP gewählt.

Ich würde mir wünschen, dass die CDU-Kommissionspräsidentin das, was Sie hier richtigerweise vorschlagen – und ich hoffe, Sie haben ihre Nummer -, auch zur Politik der Europäischen Kommission macht. Sie haben uns voll an Ihrer Seite. Das ist aber keine Frage, die hier zu entscheiden ist, sondern die CDU-Kommissionspräsidentin sollte diesen Weg gehen. Wenn wir das zusammen machen könnten, Herr Merz, wäre ich sehr dankbar und glücklich. Das wollte ich zu diesem guten Vorschlag gesagt haben.

Es ist aber richtig, dass wir gleichwohl auf europäischer Ebene gemeinsame und konkrete Schritte gehen, beispielsweise beim Vorschlag für einen gemeinsamen Gaseinkauf, insbesondere für die Füllung der Gasspeicher, was ja im kommenden Winter für die Jahre 2023 und 2024 wieder notwendig sein wird. Es ist ein

richtiger Gedanke, hier einen Mechanismus zu finden, die Preisdynamiken im europäischen Gasmarkt zu verringern; denn insbesondere mit Blick auf LNG ist die Dämpfung der Preise im Großhandel durch neue Referenzpunkte extrem wichtig. Solche technischen Dinge müssen auf europäischer Ebene geklärt und gemacht werden.

Daher ist es richtig, dass wir sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, hier in Deutschland, jetzt Schritte einleiten, auch zur Ausweitung des Angebots. Deswegen habe ich es für richtig gehalten, dass der Bundeskanzler erklärt hat, dass das Bundeskabinett, die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke über diesen Winter hinaus vorschlagen wird. Allein das Kernkraftwerk im niedersächsischen Emsland wird in dieser Zeit 6,8 Millionen Menschen mit Strom versorgen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch an die Energiepreise heran. Diese Energiepreise in Deutschland, diese Strom- und Gaspreise, kann sich kein privater Haushalt und kein mittelständisches Unternehmen leisten. Deswegen werden wir im Rahmen des Abwehrschirms eine Gaspreisbremse und eine Strompreisbremse für Deutschland installieren, meine Damen und Herren. Die 200 Milliarden Euro, die dort an Kreditermächtigungen bereitgestellt werden sollen – es ist ja nicht das Ziel, einfach nur Geld auszugeben, sondern die klare Aussage zu tätigen: mit diesen hohen Preisen wird niemand in Deutschland alleingelassen; als Solidargemeinschaft werden wir das gemeinsam stemmen -, sind ein ganz, ganz wichtiges Signal dieser Tage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben Weiteres getan. Die Entlastungspakete sind von meiner Kollegin Haßelmann vorhin schon angesprochen worden. Auch die Volumen der Entlastungspakete suchen ihresgleichen. Wir werden beispielsweise im Rahmen des Inflationsausgleichs bereits für das kommende Jahr auch steuerlich den Menschen unter die Arme greifen; denn die hart arbeitende Mitte in Deutschland, die diesen Steuerstaat trägt, hat genau das verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir werden über eine Einmalzahlung im Dezember dann im kommenden Jahr zur Gaspreisbremse und zu echten Reduzierungen beim Gaspreis für die Unternehmen kommen, aber auch für die industriellen Verbraucher und insbesondere für die privaten Haushalte die richtigen Schritte machen.

Aber ich will zum Schluss, Frau Präsidentin, sagen – ich habe das vorhin auf die Ukraine bezogen, aber das gilt auch für Deutschland und Europa -: Wir sollten mehr tun, als nur die Krise zu bewältigen. Wir wollen eben auch an morgen denken, meine Damen und Herren. Ich will an der Stelle sagen: Das deutsche Energiegeschäftsmodell, die niedrigen Gaspreise und gleichzeitig hohe Unternehmenssteuern, ist dieser Tage in Gefahr, weil eine Säule weggebrochen ist. Deswegen müssen wir uns auch energiepolitisch international diversifizieren, beispielsweise über Energiepartnerschaften mit Afrika. Auf der europäischen Ebene wird gerade das Thema „synthetische Kraftstoffe“ verhandelt. Wie wäre es denn, wenn wir es gemeinsam mit Afrika hinbekommen, dass wir in Zukunft Energie von dort bekommen, aber dadurch gleichzeitig dort auch zusätzliche Entwicklungsarbeit betreiben können, liebe Kolleginnen und Kollegen?

Ein ganz wichtiger Punkt: Heute bereits an morgen zu denken, bedeutet, dass wir die nächste Krise, die unseren Wohlstand in Deutschland bedroht, bereits in den Blick nehmen. Das ist der bereits heftige Arbeitskräftemangel. Der kostet uns Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Deswegen wird diese Koalition bereits in dieser Woche eine Fachkräfteeinwanderung mit einem ersten Schritt – und kommende Schritte werden in den nächsten Monaten folgen – auf den Weg bringen, meine Damen und Herren. Gerade die Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt, den Fehler der alten unionsgeführten Bundesregierung, endlich zu korrigieren, das wird Wohlstand in Deutschland in Zukunft sichern und macht unser Land auch krisenfester. Auch das will ich unterstrichen haben.

Deswegen sage ich zum Schluss: Ich bin für alle Vorschläge, die dieser Tage gemacht werden, sehr dankbar, weil es nicht den einen perfekten Vorschlag gibt. Herr Merz, Sie haben hier in Ihrer Rede gerade immer wieder angemahnt, dass man mehr machen müsste. Aber das Geheimnis zu lüften, was Sie stattdessen vorschlagen wür-

**Wir müssen über einen europäischen Marshallplan für die Ukraine reden.**

**Herr Chrupalla: Der Aggressor sitzt im Kreml; das sind Ihre Freunde im Kreml.**

den, sind Sie aus meiner Sicht schuldig geblieben. Das ist nicht leicht – keine Frage.

Ich will einen Vorschlag von Ihnen aufgreifen, der vergleichsweise konkret war. Sie haben gesagt: Sie wollen nicht 300 Euro

für jeden. Sie haben ja gerade im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages die 300 Euro für die Rentnerinnen und Rentner bewusst abgelehnt. Ich halte das für einen Fehler; das muss noch mal gesagt werden. Der Vorschlag

„stattdessen 1 000 Euro für das untere Drittel“ klingt zunächst gut. Aber was heißt das denn konkret? Was heißt das für den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin, die genau 1 Euro mehr verdienen als das untere Drittel?

Die gingen komplett leer aus. Und da bin ich beim Bundeskanzler: Wir lassen in Deutschland niemanden alleine. Ich bin dankbar für Vorschläge der Opposition; das ist auch Ihre Aufgabe. Aber sie müssen so konkret

sein, dass man sie auch in deutsche Politik umsetzen kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

## Regierung zögert und zaudert, heraus kommt nur Murks



Amira Mohamed Ali (\*1980)  
Landesliste Niedersachsen

Herr Bundeskanzler, Sie und Ihre Regierungsglieder nennen sich ja selbst gern „Fortschrittskoalition“. Leider ist das Einzige, was in unserem Land ernsthaft voranschreitet, die Spaltung der Gesellschaft. Millionen Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihr ganz normales Leben bezahlen sollen. Unserer Wirtschaft droht eine schwere Rezession.

In Ihrer Regierung aber herrscht das Chaos. Wenn es darum geht, die Bevölkerung wirksam zu entlasten, dann wird endlos gezögert und gezaudert. Was dabei herauskommt, ist meistens Murks: Chaos und Murks bei Ihren spärlichen Entlastungspäckchen, Chaos im Umgang mit Christian Lindners heiliger Kuh, der Schuldenbremse. Und auch die Atomkraftdebatte hat wieder gezeigt, dass es Ihnen vor allem darum geht, den jeweiligen Befindlichkeiten Ihrer Minister gerecht zu werden, und eben nicht um die Belange der Bevölkerung. Aber das geht so nicht.

Man stelle sich einmal vor, Sie hätten all die Stunden, die Sie sich sinnlos gestritten haben, dafür genutzt, die Menschen wirksam vor der Preisexplosion zu schützen, indem Sie zum Beispiel den versprochenen Strompreisdeckel oder einen vernünftigen Gaspreisdeckel eingeführt hätten, und zwar jetzt und nicht am Ende der Heizperiode im März. Was ist das denn?

Auch heute haben Sie sich wieder für Ihre lächerlichen Entlastungspäckchen gelobt. Ich möchte Ihnen dazu eines sagen: Sie als

Norddeutscher sollten doch wissen, dass es nicht reicht, den Deich auf 2 Meter bei 10 Meter Hochwasser aufzuschütten. Da braucht es mehr, um die Katastrophe zu verhindern; das ist die Wahrheit.

Wir brauchen sofort einen Energiepreisdeckel für Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie für die kleinen und mittelständischen Unternehmen, und zwar auf bezahlbarem Niveau. Außerdem müssen alle Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen wirksam entlastet werden. Wir wollen 1 500 Euro Wintergeld pro Haushalt plus 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied; das würde wirklich etwas bringen.

Wenn Sie sagen, dass dafür kein Geld da sei, dann ist das einfach Quatsch. Besteuern Sie endlich die perversen Übergewinne der Energiekonzerne! Die liegen schon jetzt bei über 100 Milliarden Euro. Außerdem: Führen Sie endlich eine gerechte Vermögensteuer ein! Ich meine, wenn Sie trotz dieser existenziellen Krise immer noch nicht bereit sind, die Superreichen gerecht zu besteuern, dann regieren Sie einfach an den Belangen

der Mehrheit vorbei. So ist das leider.

Außerdem muss selbstverständlich die Schuldenbremse auch im nächsten Jahr ausgesetzt werden. Alles andere ist unverantwortlich. Vernunft vor Ideologie, das muss auch in der Finanzpolitik endlich gelten.

Der Präsident der Chemieindustrie warnt davor, Deutschland könne „vom Industrieland zum Industriemuseum“ werden. In der Stahlbranche droht aktuell Tausenden Arbeiterinnen und Arbeitern der Arbeitsplatzverlust; denn wenn sich die Lage nicht bald deutlich verbessert, dann wird die Produktion nach und nach in Länder mit geringeren Energiekosten verlagert werden. Das darf nicht passieren, Kolleginnen und Kollegen.

Auch Ihre außenpolitische Bilanz ist leider ernüchternd. Seit bereits fast acht Monaten tobt Putins schrecklicher Krieg in der Ukraine. Es muss doch endlich auch bei Ihnen die Erkenntnis gereift sein, dass dieser Krieg nicht weiter eskalieren darf. Nein, er muss möglichst schnell beendet werden, und das geht nur über

Verhandlungen. Ja, es braucht jetzt Diplomatie statt Waffenlieferungen.

Es geht eben nicht – das möchte ich mal in aller Deutlichkeit sagen –, dass denjenigen, die das aussprechen, was vernünftig ist, unterstellt wird, dass sie Verständnis für Putin hätten. Das ist einfach Blödsinn. Es trägt zum Geschäft von genau denen bei, die diese Argumente für ihre Hetze instrumentalisieren. Das ist die Wahrheit. Das ist instrumentell. Sie sind doch sonst immer für Aufrüstung und Militarisierung. Nein, unsere Haltung ist da konsequent: Nur Diplomatie und Vernunft sind der richtige Weg. Das Gleiche gilt übrigens auch für die berechtigte Kritik an den allgemeinen Wirtschaftssanktionen. Fakt ist: Diese Sanktionen schaden Deutschland, der EU und den Ländern des Globalen Südens enorm; Russlands Kriegsmaschinerie rollt aber unbeeindruckt weiter. Die russische Wirtschaft ist weiterhin stabil. Herr Scholz, Sie selbst haben versprochen, es würde keine Sanktionen geben, die uns mehr schaden als Russland. Handeln Sie endlich danach!

Bevor Sie uns jetzt wieder mit Ihrer angeblichen wertebasierten Außenpolitik kommen: Sie unterhalten beste Beziehungen zu Diktaturen, wie zum Beispiel nach Saudi-Arabien. Dahin liefern Sie jetzt sogar Kampffjets – Kampffjets, mit denen die saudische Luftwaffe systematisch Zivilisten im Jemen

bombardiert. In diesem schrecklichen Krieg sind bereits 400 000 Zivilisten ermordet worden, und das Sterben geht weiter.

Ihre Außenministerin, Annalena Baerbock, sagt dazu allen Ernstes, man müsse ja nun mal die Bündnisverpflichtungen erfüllen und ohne diese Lieferungen der Kampffjets an Saudi-Arabien müsse Deutschland im sozialen Bereich noch mehr sparen. „Kampffjets für die Kindergrundsicherung“, so stand es treffend im „Spiegel“. Wie zynisch ist das denn? Und wie zynisch ist das eigentlich den Kindern im Jemen gegenüber? Nein, Menschenrechte müssen immer und überall gelten, eben nicht nur da und dann, wenn es Ihnen geopolitisch in den Kram passt.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Achim Post (SPD), Alexander Dobrindt (CSU), Chantal Kopf (Bündnis 90/Die Grünen), Alexander Graf Lambsdorff (FDP), Matthias Miersch (SPD), Gunther Krichbaum (CDU), Ariana Fäascher (SPD), Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), Markus Töns (SPD), Robert Farke (fraktionslos) und Axel Schäfer (SPD).



Diskussionen von morgens bis abends: Der Deutsche Bundestag debattiert über die Marschrichtung der Politik.

© picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

Aktuelle Stunde – Ausweitung des Energieangebotes / 62. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 19. Oktober 2022

Steffen Kotré, AfD:

## Auch die russischen Ressourcen müssen genutzt werden!



Steffen Kotré (\*1971)  
Landesliste Bayern

Alle verfügbaren Energieträger ans Netz“. Die Wirtschaftsvertreter warnen eindringlich: Alle verfügbaren Energieträger! Der DIHK-Präsident hält es für notwendig – ich wiederhole: für notwendig! –, alle drei Kernkraftwerke auch über den April hinaus weiterlaufen zu lassen. Der Chef des Verbandes der Chemischen Industrie sagt, dass das Gasembargo einen Herzinfarkt für die deutsche Wirtschaft zur Folge hat. Ich könnte weiter ausführen, was die Wirtschaftsvertreter sagen. Aber eines ist klar:

Die Lage ist ernst. Die Bürger werden von den Kostensteigerungen erdrückt. Die Pleitewelle ist längst angelaufen. Die Unternehmen verlieren das Vertrauen in eine Zukunft in Deutschland. Sie verlagern die Produktionen ins Ausland. Es lohnt sich leider schlichtweg nicht mehr, in Deutschland zu produzieren.

Wie können wir das ändern? Ganz einfach: indem wir das Angebot erhöhen. Also: Renaissance der Kernenergie. Nicht nur im Nachbarland

Deutschland, sondern weltweit sehen wir, dass das passiert. Das muss aber nicht nur für die drei verbliebenen Kernkraftwerke gelten, sondern für alle Kernkraftwerke, die verfügbar sind – und eben nicht nur bis März, sondern darüber hinaus unbefristet. Dann müssen die Kohlekraftwerke ans Netz. Vor allem Braunkohle kann hier einen großen Beitrag leisten. Und wir müssen alle Ressourcen

zur Belieferung mit Gas nutzen. Ja, auch die russischen Ressourcen müssen genutzt werden.

In Pakistan zum Beispiel herrscht aktuell Energiemangel. Wir kaufen gerade das LNG-Gas weg. Unsere selbstverletzende Politik hat eben nicht nur Auswirkungen auf uns hier. Nein, die Bundesregierung ist mit ihrer Verknappung der Ressourcen mitverantwortlich dafür, dass die Energiearmut in niedrigentwickelten Ländern verstärkt wird. Die grüne Politik der Ampel ist für diese Länder nicht nur dumm und wohlstandszerstörend wie bei uns. Nein, dort ist sie gefährlich, unmoralisch und neokolonialistisch, meine Damen und Herren.

Dann kommen solche irren Geschichten, dass wir den Kohleausstieg von 2038 vorziehen. Der Kohleausstieg war nach Diskussionen auf 2038 festgelegt worden, jetzt steht ohne Diskussionen 2030 im Raum. Es ist völlig klar, dass uns

**Diese Politik der Bundesregierung ist eine sozialistische Verbotskultur.**

das nicht weiterbringt. Im Gegenteil: Damit werden wir weiter den Ast absägen, auf dem wir sitzen. Und die Folgen sind verheerend. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle sieht die Anzahl der Insolvenzen im September gegenüber dem Vorjahr um mehr als 34 Prozent gestiegen; für November sind leider 40 Prozent prognostiziert.

Zu Recht wirft man Putin vor, den Mittelstand nicht zu fördern. Doch hier passiert genau das Gleiche: Gerade der Mittelstand erstickt unter den hohen Energiepreisen. Der Antrieb einer solch beschädigenden Politik ist der gleiche, nämlich die Wirtschaft lenken zu wollen. Das geht eben nicht mit einem Mittelständler, der nah am Kunden und an der Gesellschaft ist. Das geht aber durchaus mit Großunternehmen, deren Manager mit der Politik verflochten sind, an einigen Stellen sogar mit ihr verfilzt sind. Wie leicht die Planwirtschaftler in der Bundesregierung es hatten, unsere weltweit führende Dieselsechologie zu beschädigen und einzustampfen, ist ein Beleg dafür. Mit einem gesunden und seinen Mitarbeitern und der Gesellschaft verpflichteten Mittelstand ginge das nicht so leicht, meine Damen und Herren. Wir erleben hier Morgenthau-planmäßige Züge – die nehmen leider Schritt für Schritt Form an –, nur dass es eben nicht die gesamte Industrie

betrifft, sondern nur den energieintensiven Bereich und den Mittelstand.

Es wird immer gesagt, die Beschädigung unserer Energieversorgung sei sozialverträglich. Man legt dann einen Fonds auf oder sagt: Ja, das wird sozialverträglich, nämlich durch Umverteilung. – Heute hören wir aber, dass die erste Kindertagesstätte in Deutschland sagt, sie könne ihren Winterbetrieb nicht mehr leisten. Sie stellt den Betrieb ein, eine Kindertagesstätte! Das heißt, diese unsoziale Politik geht zulasten unserer Kinder. Das ist mitnichten sozial! Das ist hochgradig unsozial, meine Damen und Herren. Wo Gas und Strom herkommen sollen, ist völlig unklar. Die Gasspeicher sind gefüllt; das ist angeblich ein Kriterium dafür, dass es uns gut geht. Aber mitnichten ist all dieses Gas für uns; das geht auch noch ins Ausland. Es ist völlig unklar, wie wir damit umgehen. Völlig unklar ist auch, wie es zum Beispiel bei PCK in Schwedt weitergeht. Auch hier gibt es nur Absichtserklärungen und leere Worte. Nein, meine Damen und Herren, – diese Politik der Bundesregierung ist eine sozialistische Verbotskultur. Die Bundesregierung sollten wir „Zentralkomitee der Einheitsparteien“ nennen. Das wäre ehrlicher.

(Beifall bei der AfD)

Markus Hümpfer, SPD:

## Sollen die Menschen für Erdgas giftiges Wasser trinken?



Markus Hümpfer (\*1992)  
Landesliste Bayern

Ich kann gut verstehen, dass es eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema gibt. Die Menschen wollen wissen, wie es wirklich um die Energieversorgung in unserem Land steht.

Aber dass ausgerechnet Sie sich um die Energieversorgung in unserem Land scheren, habe ich bisher noch nicht mitbekommen.

Stattdessen führen Sie in jeder Rede die Atomkraft an. Das Thema hat sich doch schon lange erledigt: Isar 2, Neckarwestheim 2, Emsland gehen in den Streckbetrieb. Das dient der Versorgungssicherheit. Davon profitieren vor allem die Bundesländer, die in der Vergangenheit wenig erneuerbare Energien ausgebaut haben, Bayern zum Beispiel. Sie wollen die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern. Sie wollen sogar neue Kernkraftwerke bauen. Sie kennen die Antwort. Selbst wenn Sie das Uran haben: Die Herstellung von Brennstä-

ben dauert bis zu zwölf Monate, meistens länger. Das ist doch keine Lösung für diesen Winter und auch nicht für den nächsten. Das müssen Sie doch langsam verstanden haben. Und dann haben wir immer noch das Problem mit dem Atommüll. Wo soll der denn hin? Sollen wir ihn auf den Mond schießen?

Bayern will den Müll auf jeden Fall nicht, aber die Atomkraft. Das widerspricht sich ein bisschen. Sie finden kein Bundesland, das den Atommüll freiwillig nimmt. Aber vielleicht schla-

gen Sie der Endlagerkommission ja mal Ihre Vorgärten vor.

Dann zum Thema Erdgas. Sie wollen das konventionelle und das unkonventionelle Fracking ausbauen. Fangen wir mal mit dem konventionellen Fracking an, also mit der normalen Erdgasförderung. Wir haben 2021 5,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas in Deutschland gefördert. Wir verbrauchen aber 100 Milliarden Kubikmeter Erdgas jedes Jahr. Unsere Erdgasvorkommen sind so klein, dass es sich gar nicht lohnt, sie weiter zu erschließen; da würden Sie nur Geld verbrennen. Aber Wirtschaftskompetenz haben Sie ja nicht.

Jetzt zum unkonventionellen Fracking. Dabei werden mithilfe von Druck und Flüssigkeiten Gesteinsschichten aufgespalten, um gebundenes Erdgas freizusetzen, Flüssigkeiten, die nicht ohne sind. Sie enthalten stark wasser-

gefährdende, krebserregende und hormonverändernde Toxine. Das ist pure Chemie. Das will niemand bei sich in der Nähe haben. Diese Flüssigkeiten können ins Grundwasser eindringen. Das verpestet unser kostbares Grundwasser, und davon haben wir sowieso schon zu wenig. Was wollen Sie den Menschen in diesem Land eigentlich noch alles zumuten? Sollen die für ein bisschen Erdgas giftiges Wasser trinken? Deshalb ist es gut, dass diese Koalition das Land durch diese schwere Krise führt. Wir haben das Energieangebot bereits konsequent ausgeweitet. Wir haben dafür gesorgt, dass die Versorgung sichergestellt ist. Wir haben zwölf Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 7 Gigawatt ans Netz genommen – trotz Kohleausstieg –, weil wir nicht zwischen Politik und Idealismus unterscheiden, anders als Sie. Isar 2, Neckarwestheim 2, Emsland, das sind drei Atom-

Fortsetzung auf nächster Seite

kraftwerke mit einer Leistung von 4,5 Gigawatt. Wir haben ermöglicht, dass unsere Biogasanlagen kurzfristig mehr Gas und Strom produzieren. Das sind 7 Terawattstunden Strom; das ent-

spricht dem Verbrauch von 2 Millionen Haushalten. Wir haben schon im Osterpaket den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt: Windkraftanlagen, PV, Wasserkraft. Wir haben

auch den Netzausbau beschleunigt. Das schafft Versorgungssicherheit, vor allem für den Süden Deutschlands. Wir bauen LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Stade, Lubmin. Das

macht uns unabhängig. Und das haben wir beschlossen, lange bevor Sie auf die Idee gekommen sind, heute eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema zu beantragen. Diese Koalition handelt entschie-

den. Wir stärken die Versorgungssicherheit Deutschlands.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Jens Spahn, CDU:

## Sie haben nichts entschieden, keine Perspektive gegeben



Jens Spahn (\*1980)  
Wahlkreis Steinfurt I - Borken I

Zu Beginn ein paar Worte zu der Fraktion, die diese Aktuelle Stunde beantragt hat. Sie wollen Wut und Unzufriedenheit schüren. Sie sind Wutschürer. Sie wollen, dass es diesem Land möglichst schlecht geht, wie Sie ja mittlerweile ganz offen zugeben, in der Hoffnung, davon zu profitieren.

Mit den Reden, die Sie hier halten, sind Sie die fünfte Kolonne Putins. Herr Kotré, Sie haben davon gesprochen – ich meine, sonst hören wir hier ja noch ganz andere Töne von Ihnen –, Deutschland und Europa nicht aus der Abhängigkeit von Russland herausführen zu wollen, Sie wollen uns sogar weiter hineinführen. Auf Ihren Demonstrationen schwenken Sie russische Fahnen. Sie sind eine destruktive Opposition. All das, was Sie tun, hat mit Patriotismus nichts zu tun. Sie schaden diesem Land durch die Art, wie Sie Debatten führen.

Wir als Oppositionsfraktion Union wollen, dass es unserem Land gut geht, dass es gut durch diese Krise kommt. Und wir unterstützen die Regierung, wenn sie das Richtige tut, um durch diese Krise zu kommen. Das haben wir in den letzten Monaten gezeigt, als wir vielen Ihrer Gesetze zugestimmt haben.

– Auch das sei gesagt, Herr Kollege Gremmels: Unsere Hand ist weiterhin für eine Zusammenarbeit aus-gestreckt.

Nur gab es in den letzten acht Monaten, bis heute übrigens, nicht ein Angebot zum Gespräch. Das ist okay; Sie haben die Mehrheit. Aber wenn Sie hier immer einfordern, konstruktiv zu sein, sollten Sie vielleicht gelegentlich das Gespräch suchen, statt nur zu schreiben.

Das eigentliche Problem ist ja ein anderes. Das Ampelbild der letzten Wochen ist fatal: zu oft Zögern, Zaudern, Zoffen. Es ist nicht mal klar, welchen Teil der Ampel man überhaupt unterstützen sollte: den Wirtschaftsminister oder den Finanzminister. In keiner Frage herrscht Einigkeit. – Genau, es geht zu wenig um die eigentliche Sachfrage. Worum geht es nämlich? Es geht um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für unser Land und um gezielte Entlastungen für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger. Das sogenannte Machtwort des Kanzlers scheint für die Koalition ein großer Schritt, ein Kraftakt zu sein. Für Deutschland ist es in Wahrheit ein Minischritt, ein Schrittlchen; denn auf dem Weg, das Stromproblem zu lösen, bringt uns das nur ein klein wenig weiter. Bundesminister Habeck sagt, er könne gut leben mit diesem Kompromiss. Das ist aber nicht der Maßstab. Es geht nicht darum, ob Herr Habeck oder die Grünen damit leben können. Es geht darum, ob es Deutschland gut durch diese Krise bringt, und dafür reicht es nicht.

Es ist notwendig, alle Energieerzeugungsmöglichkeiten zu nutzen, die wir haben. Es ist notwendig, dass alles, was ohne Erdgas Strom produzieren kann, ans Netz geht. Und ja, nachdem wir es mehrfach hier vorge schlagen haben, ist einiges passiert – da haben wir auch zugestimmt – bei Biogas, Sonne und Wind. Bei der Kohle – bisher sind nur zwei Steinkohlekraftwerke zusätzlich am Netz – ginge mehr.

Aber es geht eben auch um die Kernkraft. Da verlieren Sie weiter Zeit. Es gibt keinen Gesetzentwurf hier im Deutschen

Bundestag, den wir beraten. In dieser Woche wird es keine erste Lesung geben.

Die Bundesregierung sagt selbst: Der zweite Winter wird wahrscheinlich härter für uns werden, auch in Fragen der Energiesicherheit, als der erste Winter. Deswegen sollten diese Kernkraftwerke bis mindestens Ende 2024 laufen, und wir sollten neue Brennelemente bestellen. Niemand, der mit Vernunft auf das Problem und eine mögliche Lösung schaut, kann zu einem anderen Ergebnis kommen. Deswegen: Wenn Sie

**Mit den Reden, die Sie hier halten, sind Sie die fünfte Kolonne Putins, Herr Kotré.**

sich schon bewegen, dann bewegen Sie sich richtig, um Deutschland gut durch die nächsten zwei Winter zu führen.

Was ich in den Diskussionen nie verstehen werde: Sie lassen lieber den Klimakiller Kohle und Ölkraftwerke auf Schiffen mit Schweröl laufen als klimaneutrale sichere Kernkraftwerke. Bitte erzählen Sie uns nichts von Klimaschutz, wenn Sie ein Kohlekraftwerk aus DDR-Zeiten, eines der ältesten Kohlekraftwerke in Europa, für die nächsten zwei Jahre ans Netz bringen. Da gehen Blei, Quecksilber, Kupfer und Arsen als Emissionen in die Luft. Sie entscheiden sich für den Klimakiller Kohle und lassen lieber die ältesten Kohlekraftwerke in Deutschland ans Netz gehen als sichere, verlässliche Kernkraftwerke. Deswegen: Erzählen Sie uns nichts von Klimaschutz in dieser

Krise!

Was für die Energiesicherheit gilt, gilt auch für die Entlastung. Ein Doppel-Wumms – eher die Sprache der Kirmes als die eines Kanzlers, aber nun ja – war angekündigt. Aber was ist nun damit? Vor sechs Wochen das dritte Entlastungspaket angekündigt, vor drei Wochen ein Abwehrschirm angekündigt, vor eineinhalb Wochen hat die Gaskommission Vorschläge gemacht, und wir wissen immer noch nicht, was davon Sie wann umsetzen wollen.

Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Mittelstand und Handwerk machen sich Gedanken, wie sie ihre Strom- und Gasrechnungen in diesem Winter bezahlen sollen. Sie haben bis jetzt nichts entschieden, keine Perspektive gegeben. Solange Sie das nicht tun, machen Sie es den Vereinfachern von links und rechts zu einfach. Deswegen: Entscheiden Sie endlich! Das gibt dem Land Zuversicht und Zusammenhalt.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bernhard Herrmann, Bündnis 90/Die Grünen:

## Die Gasspeicher sind fast voll: Schauen Sie hin, es geht voran!



Bernhard Herrmann (\*1966)  
Landesliste Sachsen

Herr Spahn, wir haben uns schon wieder – diese ganze Runde – über Lösungsoptionen für gut 5 Prozent der Versorgungssicherheit – um diese geht es nämlich – unterhalten und damit 95 Prozent der Zeit verschwendet. Das werde ich nicht fortsetzen.

Ausgerechnet die AfD beklagt die vorgebliche „Uneinigkeit in der Regierungskoalition“; so heißt es im Titel der von der AfD beantragten Aktuellen Stunde. Ja, un-

terschiedliche Auffassungen gehören nun einmal zur Demokratie, so ist das. Und ja, auch innerhalb einer Koalition wird um gute Lösungen gerungen. Das mag der AfD suspekt sein. Schließlich werden dort die Auseinandersetzungen meist nicht inhaltlich ausge tragen. Sie zerstreiten sich immer wieder persönlich, verschleißen seit Ihrer Gründung einen Parteivorsitzenden nach dem anderen, schrumpfen regelmäßig Ihre Fraktionen auf allen Ebenen. Einigkeit bei der AfD? Wohl kaum!

Mit der Sache aber beschäftigt sich die AfD so gut wie nie; denn sonst hätten Sie gemerkt, dass Atomkraftwerke eben nicht verlässlich zur Versorgung oder gar deren Sicherheit beitragen. Stattdessen ist das Desaster der westeuropäischen Atomkraftwerke neben der Verknappung beim Gas durch den Angriffskrieg Putins das maßgebliche Problem für die vernetzte europäische Stromversorgung, die zum Glück vernetzt ist und nicht nur auf nationaler Ebene funktioniert. Heute vor zwei Stunden wa-

ren ganze 44 Prozent der französischen AKW-Leistung am Netz. Zuverlässig? Nein, das sähe anders aus.

Sie hätten gemerkt, dass es die Ampel trotz der Einstellung der Gaslieferungen aus Russland geschafft hat, dass die Gasspeicher schon jetzt zu fast 100 Prozent gefüllt sind und so auch die Preise für den Gasimport sinken. Schauen Sie hin: Es geht voran! Sie hätten gemerkt, dass die Koalition 200 Milliarden Euro aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds bereitstellen wird, um niemandem wegen hoher Wärme- und Strompreise zahlungsunfähig werden zu lassen, keine Mittelstandsunternehmen und auch keine Industrieunternehmen. Sie hätten gemerkt, dass wir die kluge Entscheidung getroffen haben, die Kohlekraftwerke im nötigen Maß vorübergehend ans Netz zu nehmen, aber auch – denn der Klimawandel wartet nicht – das Aus der Kohleverstromung bis 2030 ansteuern.

Das BMWK hat inzwischen

mehr als 50 Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, die allesamt nötig sind, um möglichst unbeschadet durch die jetzige Situation zu kommen. Wir stärken die Energieeffizienz und bauen die Erneuerbaren massiv aus, so wie noch nie. Leider hat Herr Merz heute Morgen im Deutschlandfunk wieder so getan, als wenn das alles nicht ginge. Er wünscht sich durch die Aufrechterhaltung des Betriebs der AKWs das Ausbremsen der Windenergie; ganz klar.

Der einsetzende Boom bei der Photovoltaik ist beeindruckend und wird zurzeit nur durch die mangelnde Verfügbarkeit von Technik und Installateuren ausgebremst. Der Boom ist kein Wunder: selbsterzeugt für 10 Cent pro Kilowattstunde Strom, selbstverbraucht – das ist eine geniale Sache –, steuerlich absolut vereinfacht, gemeinsam vom gelben Finanzministerium und grünem

Wirtschaftsministerium auf den Weg gebracht. Das ist eine gewaltige Verbesserung; so erfolgreich, dass selbst in der Partei am rechten Rand zumindest einige ab und zu vom Solarstrom schwärmen, um dann aber kurz danach wieder das „Ende der Energiewende“ auszurufen. Wie passt das zusammen? Natürlich gar nicht. Aber Postfaktikern ist das doch egal.

Was also ist mit „Uneinigkeit“ im Titel dieser aktuellen Stunde gemeint? Ja, in der Tat kam das klare Bekenntnis, das nötige Geld in die Hand zu nehmen, dass Menschen und Unternehmen ihre Energie-rechnungen bezahlen können, reichlich spät. Es ist absolut richtig – das hat Robert Habeck schon immer gesagt –: Vernachlässigun-

gen von Investitionen in der Realität in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und Sozialem sind genauso schädlich wie Schulden in den Büchern. Gesellschaftlicher Zusammenhalt und unsere zu erhaltenden Wirtschaftsstrukturen sind knallharte Realität. – Daher Dank auch an den Finanzminister, dass nun – ich muss sagen: endlich! – das Geld da ist, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten, Dank vor allem an die Menschen, Unternehmen und Stadt-

werke bei mir in Sachsen, die mich in meinen Forderungen in den letzten Monaten auch schriftlich immer stärker unterstützt haben.

Oder meint die AfD den Umgang mit den AKWs? Darüber wurde auch wieder so viel geredet.

Dass die drei Ampelparteien hier unterschiedliche Einschätzungen haben, ist doch nun bekannt. Wir Grünen haben die Notreserve für zwei AKWs vorgeschlagen, die es angesichts der Mangellage im Süden, nah an Frankreich, wirklich braucht. Wir stellen sicher, dass die AKWs gut vorbereitet sind, damit sie auch wirklich durch den Winter kommen und nicht der Profitmaximierung dienen. Für den Einsatz des AKW Emsland sehe ich aber keinen fachlichen Grund. Vielmehr twittert ein SPD-Kollege, dass so die Windräder im Norden ausgebremst werden, schon jetzt müssten jährlich 5 Terawattstunden Windstrom abgeregelt werden.

Aber in der Debatte mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien, wird deutlich: Wir wahren immer ein Mindestmaß an Sachlichkeit, an Sachorientierung. Wir unterscheiden uns damit von denen, die in

Wirklichkeit Schaden für das Land wünschen – da bin ich voll bei Ihnen, Herr Spahn –, weil das deren politisches Geschäftsmodell ist.

Wir werden nun konkret die finanziellen Entlastungen auf den Weg bringen, sehr schnell bei Gas und Wärme insgesamt. Etwas komplizierter ist das – das müssen wir den Menschen auch so ehrlich sagen, damit es keine Brüche gibt – beim Strom. Aber auch dort werden wir liefern und noch dieses Jahr und rückwirkend für 2022 massiv entlasten. Bitte schließen wir dazu die Reihen unter uns Demokraten. Bei aller berechtigten und manchmal auch nötigen Uneinigkeit in der Sache: Das gehört zur Demokratie.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ralph Lenkert, Die Linke:

## Es nervt: Schon wieder reden wir über Atomkraft



Ralph Lenkert (\*1967)  
Landesliste Thüringen

Es nervt. Schon wieder reden wir über Atomkraft. Und an die AfD: In jeder Ehe gibt es Meinungsverschiedenheiten, zumindest wenn man, anders als Sie, Gleichberechtigung ernstnimmt. Ich habe Verständnis, wenn Koalitionspartner unterschiedliche Positionen vertreten, auch wenn ich in diesem Fall das Festhalten an Atomkraft blödsinnig finde. Aber es nervt, dass die AfD einen erledigten Koalitionsstreit erneut anfachen will, nur um sich zu profilieren. Wir haben hier wirklich wichtigere Themen zu bearbeiten.

Aber nein, dann drehen wir halt die hundertste Extrarunde und kauen erneut durch, warum Atomkraft Schwachsinn ist. Erstens. Atomkraft ist hochriskant. Geht was schief, dann war es das. Zweitens. Atommüll will keiner haben. Niemand will ihn lagern. Er strahlt Hunderttausende Jahre,

und der irre Glaube an Transmutation ist mehr Fiktion als Realität. Drittens. Der Mythos, dass französischer Atomstrom Deutschland rettet, ist seit diesem Sommer widerlegt. Von 56 französischen Atomreaktoren laufen keine 30. Raten Sie mal, welcher deutsche Strom Frankreich jetzt vorm Blackout rettet? Viertens. Der von Ihnen ignorierte Klimawandel vereitelt die von Ihnen glorreich verehrte Atomenergie, weil wegen der Dürren ausreichend Kühlwasser fehlen wird, so wie diesen Sommer in Frankreich. Fünftens. Lange Bauzeiten von über 15 Jahren für neue AKW. Sechstens. Keine Versicherung bezahlt Schäden nach Atomunfällen. Siebtens. Ohne Milliarden Steuersubventionen wäre Atomstrom unbezahlbar. Achttens. Ganze Regionen

werden durch Uranbergbau zerstört, und Tausende Bergleute sterben vorzeitig an Krebs. Und neuntens. Ich habe jetzt lange genug über den Irrweg Atomkraft gesprochen.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Lust, mit Ihnen an einer Energieversorgung zu arbeiten, die wirklich risikoarm ist, die bezahlbar und sicher ist und von der die Menschen in den Regionen profitieren. Wir müssen dafür sorgen, dass jede erzeugte Kilowattstunde auch genutzt wird. Dafür schlägt Die Linke beispielsweise den Ausbau der Wärmenetze und die Nutzung von

Überschussstrom für Wärme vor; dann stehen Windräder seltener still. Wir fordern auch neue Netzentgelte für Unternehmen. Es ist doch Schwachsinn, dass Unternehmen den billigsten Strom bekommen, wenn sie 7 000 Stunden lang konstant Strom verbrauchen. Ich fordere ein System, das Industrierabatte an die Flexibilität der Erzeugung von Wind und Solarstrom koppelt. Wir fordern, regional erzeugten Strom auch regional in Deutschland zu verbrauchen. Dafür sollten in Deutschland die Preiszonen getrennt werden.

Energie ist Daseinsvorsorge und muss bezahlbar sein. Jeden Tag an der Tanksäule sieht man, dass Konzerne stets versuchen, ein Maximum an Profiten herauszuschlagen. Wir fordern eine strenge Preisaufsicht, die Abzocke und Spekulation verhindert. Die Linke fordert Preisdeckel für Strom, Gas, Fernwärme und alle anderen Heizenergien.

Die Netzentgelte steigen, weil privat organisierte Netzbetreiber ihren Aufbau an Gewinnmargen statt am volkswirtschaftlichen Bedarf orientieren. Wir fordern, die Übertragungsnetze in einem Unternehmen zu verstaatlichen. Die Menschen brauchen preiswerte Grundkontingente für Strom, Gas und Heizenergie. Auch Handwerk, Landwirtschaft und Unternehmen benötigen diese.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, die genannten Maßnahmen helfen; aber ihre Umsetzung wird Zeit brauchen. Deshalb braucht es wirksame Soforthilfen: ab sofort 125 Euro monatlich für jeden Haushalt, das macht 1 500 Euro im Jahr, plus 50 Euro für jede weitere Person; das sind noch mal 600 Euro. Es braucht einen Heizkostenzuschuss zum Wohngeld nach Haushaltsgröße. Wir fordern Zuschüsse zu Energiekosten an Kommunen, an Krankenhäuser, Pflegeheime und an alle Sozialeinrichtungen. Zur Bezahlung können wir 100 Milliarden Euro aus der Extrabesteuerung von Sondergewinnen der Konzerne nehmen und eine Vermögenssteuer einführen.

Kolleginnen und Kollegen, ich muss wiederholen: Über unsere Vorschläge rede und streite ich gern mit Ihnen. Das wäre produktiv, brächte wirksame Ergebnisse für die Menschen, für die Umwelt, fürs Klima. Die eigentlichen Probleme liegen noch vor uns: Es ist der Klimawandel. Der Streit über Atomkraft bremst uns nur aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Wir werden nun konkret die finanziellen Entlastungen auf den Weg bringen.**

**Wir müssen dafür sorgen, dass jede erzeugte Kilowattstunde auch genutzt wird.**



Zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – das Atomkraftwerk Lubmin erfuh den größten Rückbau eines europäischen Kraftwerks.

© picture alliance/dpa | S. Sauer

Dr. Lukas Köhler, FDP:

## Wir müssen die Produktivität in den Vordergrund stellen



Lukas Köhler (\*1986)  
Landesliste Bayern

Lieber Kollege Spahn, Sie haben eben gefragt, wen Sie unterstützen sollen. Ich hätte einen Tipp: Unterstützen Sie doch mal jemanden, der Ihnen ein Konzept aufschreibt, jemanden, der ihnen sagt, in welche Richtung Sie gehen. Denn es gab einen Unterschied. Das war erschreckend zu sehen, dass Ralph Lenkert von der Linken hier konzeptuell mehr vorlegt als die Union. Ich weiß, das findet die SPD nicht sehr erschreckend; aber mich erschreckt das in dieser Debatte ehrlicherweise. Ich finde, es ist eine Überraschung.

Die Diskussion um Netzentgelte und die Zukunft des Stromsystems zu führen, das ist, finde ich, jetzt in dieser Situation tatsächlich geboten; denn, meine Damen und Herren, klar ist doch: Wirtschaftliches Vorankommen – ich weiß, da hören wir jetzt auf, einer Meinung zu sein –, Wirtschaftswachstum hängt doch davon ab, inwieweit wir stabile, verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen setzen. Natürlich sind die Energiepolitik, die Energieversorgung, die Netzstabilität, die Preisstabilität zentrale Bestandteile von wirtschaftlichem Vorankommen. Das ist etwas, in das wir jetzt investieren müssen, in das wir jetzt Gedanken, aber auch Finanzmittel, auch Kapital reinstecken müssen. Deswegen haben wir doch in dieser Bundesregierung mit diesem Parlament schon so viele hervorragende Dinge beschlossen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Netze im überragenden öffentlichen Interesse sind. Wir haben dafür gesorgt, dass Speicher endlich eine eigene Definition haben und so viel besser angereizt werden können. Neben allen anderen Krisenmaßnahmen räumen wir die großen Probleme der letzten Jahrzehnte auf. Das ist der richtige Weg; denn nur das schafft Verlässlichkeit im Netz.

Wir müssen darüber nachdenken – das hat Ralph Lenkert ja angesprochen –, wie Flexibilität belohnt wird; denn die Zukunft ist doch nicht mehr eine Welt, in der wir von russischem Pipelinegas abhängig sein dürfen. Das darf uns nie wieder passieren.

Das bedeutet gleichzeitig: Wir müssen jetzt darüber nachdenken, wie in Zukunft andere Netze, eine andere Flexibilität, aber auch ein anderes Strommarktdesign aussehen können. Genauso müssen wir aber darüber nachdenken: Wie sieht die Industrie in der Zukunft aus, eine Industrie, die auf einem Gaspreis aufsetzt, der sich eben am LNG-, am Weltmarktpreis orientieren wird? Das sind Debatten, die wir jetzt führen müssen. Wir müssen auch darüber debattieren, wie eine solche Gaspreisbremse, wie die Kommission sie fordert, in einer grundsätzlich neuen Welt, in einem New Normal aussehen wird. Das ist exakt die Diskussion, die wir führen.

Aber das ist nicht nur die Diskussion, die wir jetzt führen. Wir

müssen erst mal über diesen Winter kommen. Deswegen ist es völlig richtig, dass wir über diesen Winter die Kernkraft weiterlaufen lassen. Wir sorgen dafür, dass jetzt alles dafür getan wird, Netzstabilität, Preissicherheit, Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Aber das bedeutet doch auch, dass wir über den nächsten Sommer und den nächsten Winter nachdenken müssen. Dafür haben wir aber eine Menge anderer Optionen. Wir haben LNG-Schiffe.

Der Gaspreis fällt übrigens gerade glücklicherweise, weil die Speicher voll sind, weil es genügend LNG-Schiffe in der Pipeline gibt, um angedockt zu werden. Der Gaspreis fällt aber auch deswegen, weil wir politisch

klarmachen, in welche Richtung wir uns bewegen. Das ist Verant-

wortungsübernahme. Das sind Konzepte, die wir jetzt umsetzen und die wir weiterbringen.

Aber natürlich hängt der zukünftige Strompreis auch davon ab, wie schnell wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien vorankommen. Natürlich ist das ein zentraler Bestandteil, weil etwas mit Grenzkosten null, das also in der Produktion nichts kostet, ökonomisch sinnvoll ist. Das sehen wir heute. Das sehen wir an jeder Stelle. Das sehen wir übrigens dann, wenn viel Sonne scheint und viel Wind weht. Jetzt müssen wir doch dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen drumherum aufgebaut sind. Da braucht es gar keine Förderung mehr. Da geht es jetzt darum, dass wir ausreichend Speicher, ausreichend Netze, ausreichend Versorgungskapazitäten haben.

Aber der Wirtschaftsstandort Deutschland hängt nicht nur von der Energieversorgung ab; er hängt auch von verlässlichen Rahmenbedingungen an anderer Stelle ab. Deswegen ist es richtig, dass wir jetzt darüber nachdenken, bei welchen Bürokratiemaßnahmen entlastet werden kann und muss. Wir müssen die Produktivität in diesem

Land in den Vordergrund stellen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir mehr und schneller produzieren und dass wir an einer Industrieland der Zukunft arbeiten. Das ist der Standort, den wir wollen. Das ist der Standort, den wir gemeinsam weiterentwickeln werden.

Aber es geht auch darum, wie wir die Fachkräfteversorgung in den Vordergrund stellen, wie wir im Freihandel weiterkommen. Deswegen fand ich den Vorschlag aus der SPD, auch noch mal mit den USA zu reden, großartig; wir unterstützen das sofort. Es geht darum, wie wir Menschen weiterqualifizieren. Es geht darum, dass wir Menschen entlasten, darum, wie wir Menschen auch in Verantwortung nehmen. Deswegen geht es auch darum, dass wir mit solchen Konzepten wie dem Bürgergeld weiter vorankommen.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Land enorm viel zu tun. Wir gehen es an den unterschiedlichen Stellen an – ich glaube, das ist das Wichtige –, und zwar mit einem anständigen Konzept und viel Diskussionsbereitschaft. Beides freut mich.

Danke.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Der Winter ist übrigens bald!)

**Neben allen Krisenmaßnahmen räumen wir die Probleme der letzten Jahrzehnte auf.**

Marc Bernhard, AfD:

## Machen Sie die weltdümmste Energiewende rückgängig!



Marc Bernhard (\*1972)  
Landesliste Baden-Württemberg

Es war einmal ein Land mit sicherer und bezahlbarer Energie für jedermann, ein Land mit den sichersten Kernkraftwerken und den saubersten Kohlekraftwerken der Welt, ein Land, in dem niemand frieren oder im Dunkeln sitzen musste. Doch im Jahr 2011 beschloss die Regierung, als einziges Land auf der Welt aus der sicheren Energieversorgung auszusteigen.

Die Welt staunte über die von

der Regierung ausgerufenen sogenannten Energiewende. Aber nach kurzer Zeit war sich die ganze Welt einig, dass es sich um die welt-dümmste Energiepolitik handelt, nämlich gleichzeitig aus Kernkraft und Kohleenergie auszusteigen. Denn um zu wissen, dass man ein Industrieland nicht mit Wind und Sonne allein betreiben kann und so schon gar nicht für sichere und bezahlbare Energie sorgen kann, muss man wirklich kein Raketenwissenschaftler sein. Dennoch machten die Regierung und ihre Nachfolgeregierungen, egal ob mit roter, schwarzer, gelber oder grüner Beteiligung, trotz aller wissenschaftlicher Evidenz und weltweiter Warnungen in immer schnellerem Tempo weiter. Und so dauerte es keine acht Jahre, und es mussten bereits 7,4 Millionen Menschen im Land frieren. Und es wurde schlimmer: Nach zehn Jahren hatten sich die Kosten für Energie so erhöht, dass viele um ihre Wohnungen und ihre Arbeitsplätze bangten und auf

Almosen vom Staat angewiesen waren.

So oder so ähnlich wird man einmal die Geschichte unseres Landes erzählen, wenn wir nicht sofort und entschieden gegensteuern.

Deutschland braucht im Durchschnitt 60 Gigawatt Strom. Diese Leistung wurde 2011 vollständig durch Kohle- und Kernenergie erzeugt, auch wenn es Nacht war und kein Wind wehte. Bis heute wurden fast 30 Gigawatt Kohle- und Kernenergie, also praktisch die Hälfte davon, abgeschaltet – von Ihnen. Diese können eben nicht durch Wind und Sonne ersetzt werden, weil auch 1 Million Windräder oder Solaranlagen eben keinen Strom erzeugen, wenn es Nacht ist und kein Wind weht.

Das hat ja wohl auch die Regie-

runge erkannt und uns deshalb in den letzten Jahren von russischen Gaslieferungen völlig abhängig gemacht und damit versucht, die verheerenden Auswirkungen Ihrer Politik zu vertuschen – da waren ja Sie an der Regierung, oder? –, mit dem Ergebnis, dass wir heute die höchsten Strompreise der Welt bezahlen, dass die Spritpreise seit Jahresbeginn um 60 Prozent gestiegen sind und der Gaspreis sich verdreifacht hat. – Genau. – Die Ursache für diese sogenannte Energiekrise ist eben gerade nicht der Ukrainekrieg, sondern das größte Regierungsversagen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Wie unfähig diese Regierung ist, die Energieversorgung der Menschen – schreien Sie nur! – in Deutschland sicherzustellen, hat sich eindrücklich beim Anschlag auf

Nord Stream 1 und 2 gezeigt. Sie war merkwürdig still und tatenlos, um dann in plötzlicher Hektik sage und schreibe drei Wochen später ein Untersuchungsteam loszuschicken, das vor Ort festgestellt hat, dass es gar nicht die notwendige Ausrüstung hat, um den Anschlag überhaupt un-

**Schützen Sie die deutsche Energieversorgung endlich wirksam gegen Staats-terroristen!**

suchen zu können. Das zeugt schon von ganz besonderem Aufklärungswillen. Peinlicher geht es wirklich nicht mehr.

Als Begründung gibt es wirklich nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie können nicht oder Sie wollen nicht die Menschen mit ausrei-

chend bezahlbarer Energie versorgen. Dabei liegt es einzig und allein bei Ihnen. Bringen Sie die saubersten Kohlekraftwerke der Welt wieder ans Netz! Nehmen Sie die noch intakte Leitung von Nord Stream 2 endlich in Betrieb! Nutzen Sie unsere eigenen Gasvor-

kommen! Die können russisches Gas nämlich für die nächsten 40 Jahre komplett ersetzen. Lassen Sie unsere aktiven Kernkraftwerke weiterlaufen, und nehmen Sie die kürzlich abgeschalteten wieder in Betrieb! Machen Sie die weltdümmste Energiewende

rückgängig, und schützen Sie die deutsche Energieversorgung endlich wirksam gegen alle Staatsterroren! Und vor allem: Kommen Sie Ihrer Verantwortung für die Menschen nach, und bringen Sie alles, was Energie erzeugt, sofort ans Netz!

(Beifall bei der AfD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Märchen ist zu Ende! Gut so! Und wenn sie nicht gestorben sind ... – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat er jetzt eigentlich gesagt? Hat nur geschrien!)

Dr. Nina Scheer, SPD:

## Es ist einfach ein Himmelfahrtskommando



Nina Scheer (\*1971)  
Wahlkreis 10

Man muss immer erst mal tief durchatmen, wenn man nach der AfD ans Rednerpult geht, weil man sich wirklich zusammenreißen muss, die Redezeit, die wir alle hier sammeln sollten, nicht für Stumpfsinn zu verwenden, den es hier zu entkräften gälte.

Aber ich fange gleich mit der Sache an. Also, Sie wollen gerne, dass wir uns heute in der aktuellen Stunde mit einer Erweiterung des Energieangebots auseinandersetzen, aber bringen dann nach und nach immer wieder nur das Gleiche vor, wie wir es aus früheren Anträgen kennen. Sie meinen, in der Atomenergie die Lösung zu sehen. Sie wissen genau, dass Sie mit den Dingen, die Sie in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wollen, von den Technologien her Energiesicherheit sowieso nicht mehr bringen könnten. Damit sind die Kernfusion und die Dinge, die Sie sonst noch in der Atomenergie entdecken wollen, angesprochen.

Dann sehen Sie eine Energiesicherheit, die faktenbasiert schlichtweg nicht gegeben ist. Man muss einfach ganz klar konstatieren, dass ein zunehmender Ausbau erneuerbarer Energien, den wir dringend brauchen, sowohl aus ressourcenpolitischen Gründen als auch aus Klimaschutzgründen, mit Blick auf das Strommarktdesign, das man dafür braucht, und mit Blick auf die Netzinfrastruktur, die wir haben und die

wir weiter ausbauen, einen sinkenden Anteil von fossilen Energien und natürlich auch Atomenergie verlangt, weil diese beiden Dinge einfach schlecht zusammenpassen.

Wir brauchen ein Strommarktdesign – auch Lukas Köhler hat es angesprochen – und insgesamt ein Energiesystem, das auf die Eigenschaften der erneuerbaren Energien zugeschnitten ist. Mit „Eigenschaften“ meine ich die fluktuierenden Eigenschaften. Natürlich gibt es nicht zu jeder Minute Wind und nicht zu jeder Minute Sonne; aber es ergänzt sich teilweise. Es muss mit Speichern ergänzt werden, und es muss mit gutem Netzmanagement ergänzt werden. Viele Speicher haben wir schon; sie sind aber zurzeit nicht richtig ins Netz zu bringen, weil sie blockiert werden, genauso wie auch erneuerbare Energien blockiert werden. Sie werden auch von Atomenergie blockiert. Insofern muss auch konstatiert werden: Wir haben mit der Entscheidung

von Olaf Scholz, die überfällig war und zur richtigen Zeit kam, jetzt auch eine politische Entscheidung im Raum. Ich sage das deswegen, weil natürlich damit nicht gesagt ist, dass hier tatsächlich eine energiepolitische Entscheidung, an die noch anzuknüpfen wäre, getroffen wurde, sondern eine Entscheidung, mit der wir – mit den verschiedenen Perspektiven, die wir in der Koalition bei diesem Thema nun mal haben – zu einer gemeinsamen Lösung kommen wollen. Das betrifft jetzt einen Streckbetrieb, und nichts weiter.

Es ist insofern wichtig, das noch mal zu betonen, als natürlich alles Weitere, wie zum Beispiel die Anschaffung neuer Brennelemente, überhaupt nicht mit einer kostengünstigen Energieversorgung vereinbar wäre, mit einer importunabhängigen

Energieversorgung, mit einer den nachfolgenden Generationen gerecht werden- den Energieversorgung. Der World Nuclear Industry Status Report, der gerade wieder neu aufgelegt wurde, hat es auch noch mal belegt. Es ist auch Fakt, dass weltweit kein Atomkraftwerk krisenresistent gebaut wurde – kein einziges! Insofern ist es einfach ein Himmelfahrtskommando, weiter auf diese höchstisikoreiche Technologie zu setzen, die sich nicht mit erneuerbaren Energien verträgt, die erneuerbare Energien im Netz blockiert. Deswegen haben wir richtigerweise erst vor ein paar Wochen – Besser heute runterfahren? Widersprechen Sie sich da nicht vielleicht gerade, by the way? Also, Herr Spahn, das ist ja schon bemerkenswert.

Jetzt höre ich gerade – wer es nicht vernommen hat –: Dann lieber gleich runterfahren! – Entscheiden Sie sich mal! Sie widersprechen sich da gerade.

Gut, aber wir nehmen das gerne mit. Deswegen haben wir ja erst vor wenigen Wochen den Erneuerbare-Energien-Booster beschlossen. Mit diesem Erneuer-

bare-Energien-Booster wird zum Beispiel die stärkere Nutzung von Bioenergie ermöglicht. Allein diese Mengen, die bis Ende 2024 genutzt werden können – allein diese Mengen! – werden errechnetermaßen mehr bringen als die Mengen, die jetzt durch die drei AKWs durch Streckbetrieb ermöglicht werden. Und: Wir haben die Nachtabsenkung für die Windenergie abgemildert; wir haben Erleichterung für das Repowering geschaffen, und es werden noch viele weitere Maßnahmen ergriffen werden können. Insofern sind Sie jederzeit herzlich eingeladen, mitzuwirken. In der Energiewende, in den erneuerbaren Energien liegt die Ausweitung des Energieangebots, die Sie heute diskutieren wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Es ist auch Fakt, dass weltweit kein einziges Atomkraftwerk krisenresistent gebaut wurde!**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Anja Weisgerber (CSU), Kathrin Henneberger (Bündnis 90/Die Grünen), Michael Kruse (FDP), Mark Helfrich (CDU) und Timon Gremmels (SPD).



Die Zukunft der deutschen Energieversorgung? Stimmen aus der Opposition bemängeln immer wieder die fehlende Produktivität der Photovoltaik-Anlagen bei Nacht. Auch Windräder würden bei Flaute nicht produzieren.

leicht  
erklärt!

# Atom-Ausstieg

## Warum er sich verzögert



In den letzten Monaten hat man in den Nachrichten immer wieder vom Thema Atom-Kraft gehört.

Dabei ging es um die Frage: Wie lange sollen Atom-Kraftwerke in Deutschland noch in Betrieb bleiben?

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

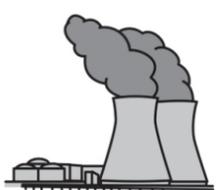
- Was sind Atom-Kraftwerke?
- Welche Meinungen gibt es dazu?
- Was hat Bundes-Kanzler Olaf Scholz letzte Woche über Atom-Kraftwerke entschieden?

### Was sind Atom-Kraftwerke?

Atom-Kraftwerke sind große Gebäude.

In ihnen stellt man Strom her.

Dafür benutzt man besondere Brenn-Stoffe.



Von diesen Brenn-Stoffen geht eine Strahlung aus. So ähnlich wie von der Sonne.

Diese Strahlung nennt man in der Fach-Sprache: radioaktive Strahlung.

Sie ist viel gefährlicher als Sonnen-Strahlen.

Wenn man zu lange in ihrer Nähe bleibt, kann man krank werden und sogar sterben.

Atom-Kraftwerke sind so gebaut, dass die Strahlung nicht nach außen tritt.

Wenn es in einem Atom-Kraftwerk einen Unfall gibt, kann das aber trotzdem passieren.

Zu Atom-Kraftwerken gibt es in Deutschland ganz verschiedene Meinungen.

Viele Menschen finden sie zum Beispiel aus folgenden Gründen gut:

- Mit Atom-Kraftwerken kann man viel Strom herstellen.



- Atom-Strom gilt als günstig.
- Atom-Kraftwerke in Deutschland gelten als recht sicher.

Schon seit vielen Jahrzehnten gibt es aber auch Gruppen, die gegen Atom-Kraftwerke sind.



Sie sagen: Atom-Kraftwerke sind viel zu gefährlich.  
Vor allem wegen der Strahlung.

### Der Atom-Ausstieg

Über Atom-Kraftwerke in Deutschland wurde viele Jahre lang gestritten.

Die entscheidende Frage war:  
Wie lange soll es Atom-Kraftwerke in Deutschland noch geben?

Im Jahr 2011 hat der Bundestag dazu eine Entscheidung getroffen.

Und zwar:

Bis Ende 2022 sollen alle deutschen Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden.

Dazu sagt man auch: Atom-Ausstieg.



Anfang 2011 waren in Deutschland noch 17 Atom-Kraftwerke in Betrieb.

Schon im Jahr 2011 wurden 8 der ältesten Atom-Kraftwerke abgeschaltet.

6 weitere Atom-Kraftwerke wurden in den Jahren danach abgeschaltet.

Im Moment gibt es in Deutschland also noch 3 Atom-Kraftwerke.

Sie heißen:

- Isar 2  
Das liegt in Bayern.
- Neckarwestheim 2  
Das liegt in Baden-Württemberg.
- Emsland  
Das liegt in Niedersachsen.



Der Plan war:

Diese 3 Atom-Kraftwerke sollten bis zum 31. Dezember 2022 abgeschaltet werden.

Dann wären alle Atom-Kraftwerke in Deutschland abgeschaltet gewesen.



### Warum wird jetzt wieder über den Atom-Ausstieg gesprochen?

Das Thema war also eigentlich entschieden.

In den letzten Monaten ist dann aber etwas passiert.

Die Preise für Strom, Erdgas und andere Energie sind stark gestiegen.

Außerdem gibt es Probleme mit der Erdgas-Versorgung.

Und Erdgas wird auch zur Strom-Herstellung genutzt.

Die Leute fragen sich deswegen:

- Werden die Preise weiter steigen?
- Wie kann man sichergehen, dass wir in den nächsten Monaten genug Strom haben?

Dadurch gab es dann wieder Gespräche über die Atom-Kraftwerke.

Die Fragen waren:

- Brauchen wir die Atom-Kraftwerke doch noch länger?
- Können sie dafür sorgen, dass wir genug Strom haben?
- Wird durch die Atom-Kraftwerke der Strom wieder etwas billiger?



### Verschiedene Meinungen

Zu diesen Fragen gibt es ganz unterschiedliche Meinungen.

In den letzten Monaten gab es dabei vor allem einen Streit zwischen 2 Parteien.





Parteien sind Gruppen von Menschen.

Sie haben sich zusammengetan.  
Denn sie haben ähnliche Meinungen  
zu politischen Themen.

Und sie haben ähnliche Ziele.  
Und diese Ziele wollen sie  
gemeinsam umsetzen.

Es gab also Streit zwischen 2 Parteien  
über die Atom-Kraftwerke.

Und zwar zwischen der Partei FDP  
und der Partei Die Grünen.

Diese beiden Parteien sind  
zusammen mit der Partei SPD in der  
Bundes-Regierung.

Die Bundes-Regierung sind die  
Politiker, die Deutschland leiten.

Ihr Chef ist der Bundes-Kanzler.  
Im Moment also Olaf Scholz.  
Er ist von der Partei SPD.

### Die Idee der FDP: Übrige Atom-Kraftwerke weiter nutzen



Die Partei FDP hatte folgende  
Meinung:

Die 3 Atom-Kraftwerke sollen erst  
einmal in Betrieb bleiben.

Sie werden also nicht abgeschaltet.

Erst einmal sollen die Atom-  
Kraftwerke bis zum Jahr 2024 weiter  
genutzt werden.

Dann soll man weitersehen.

Die FDP war auch dafür, neuen  
Brenn-Stoff zu kaufen.

### Die Idee der Grünen: Atom-Kraftwerke nur für den Notfall



Die Partei Die Grünen hatte folgende  
Meinung:

Von den 3 übrigen Atom-Kraftwerken  
soll eins ganz abgeschaltet werden.  
Die anderen 2 sollen nur im Notfall  
genutzt werden.



Das bedeutet:

Sie sollen zwar nicht in Betrieb bleiben.

Aber: Im Notfall werden sie wieder  
angestellt.

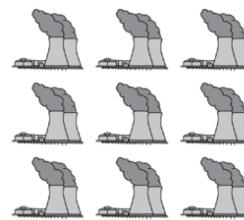
Dann können sie bei der Strom-  
Versorgung helfen.

Die Grünen waren aber auf jeden Fall  
dagegen, neuen Brenn-Stoff für die  
Atom-Kraftwerke zu kaufen.

### Weitere Meinungen

Es gab auch noch ganz andere  
Meinungen zu dem Thema.

Manche Leute haben zum Beispiel  
gesagt:



Sogar abgeschaltete Atom-Kraftwerke  
sollen wieder angeschaltet werden.

Manche Menschen sind auch dafür,  
dass neue Atom-Kraftwerke gebaut  
werden.

### Entscheidung von Bundes-Kanzler Olaf Scholz

In der Bundes-Regierung war man  
sich also nicht einig.

Es gab unterschiedliche Meinungen  
zum Ende der Atom-Kraftwerke.

Die FDP wollte sie weiter nutzen.  
Die Grünen nur im Notfall.

In dem Streit schien es keine Lösung  
zu geben.

Aber: Die Zeit wurde knapp.



Denn: Bisher gilt ja noch die  
Entscheidung vom Bundestag aus  
dem Jahr 2011.

Und die lautet: Auch die letzten 3  
Atom-Kraftwerke werden Ende 2022  
abgeschaltet.

Wenn das nicht passieren soll, muss  
es ein neues Gesetz geben.

Und das muss schnell passieren.



Letzte Woche hat sich dann Bundes-Kanzler Olaf Scholz in den Streit eingemischt.

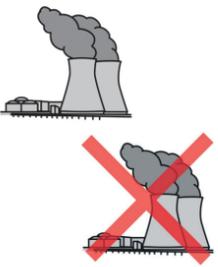
Als Bundes-Kanzler hat er ein besonderes Recht:

Er kann entscheiden, in welche Richtung die Politik der Bundes-Regierung gehen soll.

Daran müssen sich dann die anderen Mitglieder in der Bundes-Regierung halten.

Der Bundes-Kanzler hat entschieden:

Alle 3 Atom-Kraftwerke bleiben erst einmal in Betrieb.



Aber höchstens bis zum 15. April 2023.

Dann werden sie auf jeden Fall abgeschaltet.

Außerdem wird auch kein neuer Brenn-Stoff für die Atom-Kraftwerke gekauft.



Der Bundes-Kanzler hat sich also für einen Mittel-Weg entschieden.

Die Atom-Kraftwerke bleiben noch etwas länger in Betrieb.

Aber nicht so lange, wie manche Leute gefordert haben.

Das muss jetzt noch in einem Gesetz festgeschrieben werden.

## Kurz zusammengefasst



Atom-Kraftwerke sind große Gebäude. In ihnen wird Strom hergestellt.

Zu Atom-Kraftwerken gibt es ganz unterschiedliche Meinungen.

Manche Menschen halten sie für zu gefährlich.

Andere Menschen finden: Sie sind wichtig für die Strom-Versorgung.

In Deutschland wurde im Jahr 2011 entschieden: Bis Ende 2022 sollen alle Atom-Kraftwerke abgeschaltet werden.

Dann kam es aber zur Energie-Krise.

Strom wird teurer.

Und auch die Gas-Versorgung macht Probleme.

Auch Erd-Gas ist an der Strom-Versorgung beteiligt.

Manche Leute haben deswegen gefordert: Die übrigen Atom-Kraftwerke sollen erst mal in Betrieb bleiben.

Darüber gab es einen Streit in der Bundes-Regierung.

Letzte Woche hat Bundes-Kanzler Olaf Scholz dann eine Entscheidung getroffen.

Die 3 letzten Atom-Kraftwerke sollen bis in den April 2023 in Betrieb bleiben.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance/dpa / Thomas Frey. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 43-45/2022

Die nächste Ausgabe erscheint am 14. November 2022.